

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 38. Jahrgang

228 | März/April 2015 EUR 2,00

Aus dem Inhalt

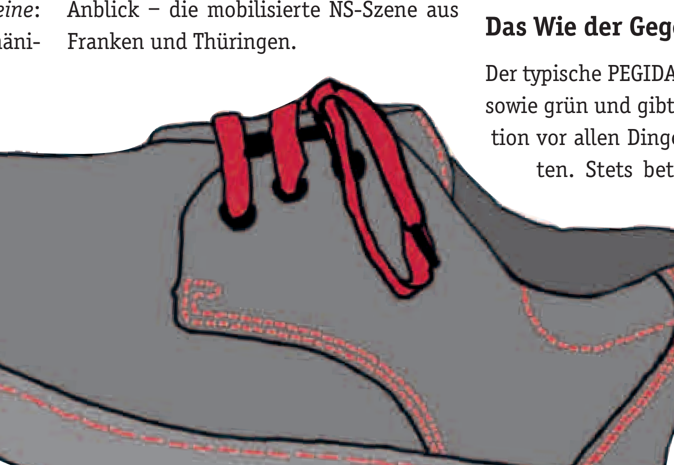
www.direkteaktion.org

Direkte Aktion · Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Wer nach unten tritt

Aus der Mittelschicht formiert sich ein (sozial-)rassistischer Mob

Es war eines dieser gruseligen Beispiele von üblen Zuständen gleich um die Ecke: Am 24. Oktober des vergangenen Jahres titelte die *Thüringer Allgemeine*: „Selbsternannte Bürgerwehr jagt rumänische Arbeiter in Hildburghausen“.



Das sind nicht nur Vorkommnisse in Südspanien, wie in der vorletzten *DA*-Ausgabe beschrieben, auch keine verschwommenen Bilder von Anfang der 1990er. Und es war bevor PEGIDA so richtig loslegte ihre üble Hetzstimmung in Dresden zu verbreiten. Bei Facebook wurde schon Wochen zuvor gegen herbeihalluzinierte übermäßige Kriminalität in der südthüringischen Provinz gewettert, welche gleich nach dem Übergriff von der Polizei statistisch entkräftet wurde.

Eines Nachts lauerten einige Mitglieder der Selbstjustiz-Community Arbeitern aus Südosteuropa auf, die auf Einlass vor dem Betriebstor warteten. Eine Jagd mit mehreren Unfällen entwickelte sich, bis ein Streifenwagen den Verfolgern Einhalt gebot. Es ist kein Zufall, dass sich so etwas hier ereignete. Seit Jahren treibt die NPD-Abspaltung Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH) dort ihr Unwesen. Neben der Kommunalpolitik faschisieren die Nazis die Provinz und sind mittlerweile in Thüringen sowie Franken vernetzt. Die demonstrierenden Auswüchse machen sich nun in der nahe gelegenen ehemaligen Bezirkshauptstadt Suhl Anfang 2015 Montag für Montag bemerkbar. SÜGIDA – also die Südthüringer Variante vom großen Vorbild in Sachsen – macht sich Montag für Montag auf die Socken. Suhl ist neben Dresden einer der wenigen Orte, wo die Islamgegnerschaft in der Überzahl zur bunten Gegendemo ist. Das BZH nutzt die Flüchtlingsunterkunft in der etwas größeren Nachbarstadt als Projektionsfläche, um sich mit ihrem plumpen Rassismus zu profilieren. Jede Woche ein martialischer Anblick – die mobilisierte NS-Szene aus Franken und Thüringen.

Vom preußischen Subjekt

Gleich bei der ersten Demo in Suhl berichtete der Lokalsender *Rennsteig TV* und befragte einige der mitlaufenden Demonstranten. Die outeten sich als eher bürgerliche Unzufriedene, im Gegensatz zum Nazikern. Jene Selbständigen mit sozialen Abstiegsängsten, welche jahrelang Solidargemeinschaften gemieden und denen jetzt die private Krankenversicherung zu teuer wird, haben nun ihre Bühne gefunden. Die Mittelschicht in ihrer verrohten Form besitzt keine Empathie mehr gegenüber den Schwachen der Gesellschaft, sondern übt sich im Schulterschluss mit brutalen Nazi-Trupps. Auch zum OrganisatorInnenkreis um PEGIDA in Dresden gehören neben organisierten Nazis Selbständige, gebildete Menschen mittleren Alters, Rocker und Hooligans. Die klassischen Schichten des Kleinbürgertums in ihrem verklemmten sowie spießigen Habitus, analysiert Danilo Starosta vom Kulturbüro Sachsen das Spektrum. Dass auch dies sich in der Ex-DDR so entwickelt, sollte nicht wundern, denn der real existierende Sozialismus konservierte das Klima des preußischen Obrigkeitsstaates. Zwar verteufeln die meisten der GIDA-Wirren die moderate Politik der jetzigen Bundesregierung, verehren dafür aber umso mehr Putins Russische Föderation, welche für ihre antiliberalen Wunschträume steht.

Das Wie der Gegenrede

Der typische PEGIDA-Gegner ist weltoffen sowie grün und gibt auf Fragen zu Migration vor allen Dingen politische Antworten. Stets betonend wie gut doch die meisten Flüchtlinge sich integrieren, demografische Defizite sowie den Fachkräftemangel kompensieren und wie gut sie sich verwerten lassen. Ein humanistischer Standpunkt kann sich allerdings nicht nur an ökonomischen Aspekten orientieren und sich nicht nur die Rosinen rauspicken, egal welcher Sozialisation und unabhängig von Qualifikation. Auch die soziale Schieflage darf nicht außer Acht gelassen werden, sonst wird Unverständnis aus der Bevölkerung weiterhin die Ernte sein. Wenn ein linker Ministerpräsident sich offen für die Rente mit 70 zeigt, welche ja eigentlich schon möglich ist, eine grüne Kandidatin bei einer Bundestagswahldiskussion sich hinstellt und meint, sie könne sich auch vorstellen bis 70 zu arbeiten, dann dürfen sich solche politischen AkteurInnen nicht wundern, wenn der Sozialneid aufkocht bei nötigen Verbesserungen in der Flüchtlingspolitik wie etwa dem Winterabschiebestopp und der Lockerung des Arbeitsverbotes für Asylsuchende. Solange der Armutsbericht – same procedure as every year – die größer wertende Kluft zwischen Arm und Reich bestätigt und keine strukturellen Gegenmaßnahmen angegangen werden, wird eine verrohende Stimmung gedeihen, die konservative und nationalistische DemagogInnen für ihre Interessen kalt ausnutzen.

Christian Horn

„Rettet die Volkssolidarität!“

FAU geht gegen Arbeitsrechtsverstöße in Leipziger Pflegeeinrichtung vor

Im Oktober 2014 startete die FAU Leipzig ihre Pflegeoffensive. Ziel war es, über Rechte bei der Dienstplangestaltung zu informieren und diesbezügliche Verbesserungen in den Altenpflegeheimen der verschiedenen Träger in Leipzig anzustoßen. Dazu gab es im November einen Infoabend. Zufällig wurde bei der Volkssolidarität, der Träger aus dem sich die meisten InteressentInnen gemeldet hatten, die Betriebsversammlung genau auf diesen Abend gelegt.

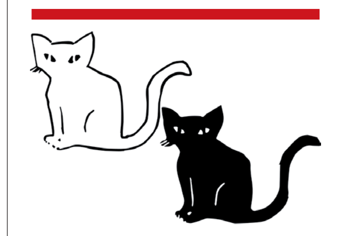
Wenige Tage später wendete sich eine Wohnbereichsleiterin (WBL) aus einem Altenpflegeheim der Volkssolidarität an die FAU. Diese war ohne Angaben von Gründen freigestellt worden. In einer außerordentlichen Teamsitzung behauptete die Heimleiterin jedoch, es ginge um einen schweren Vorfall im Sommer. Trotz Drohung mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen“ schrieb eine Kollegin eine Solidaritätserklärung für ihre freigestellte Wohnbereichsleiterin. Diese wurde von weiteren KollegInnen des Wohnbereichs unterschrieben, mit einer Ausnahme. Diese Ausnahme wurde dann zur kommissarischen WBL ernannt. Arbeitsvertraglich hätte die Stellvertreterin nachrücken müssen. Auch diese wandte sich dann an die FAU. Der freigestellten WBL wurde dann der Schrank im Schwesternzimmer aufgebrochen und die Teamkasse gestohlen. Als sie dort eintraf, um den Schaden zu inspizieren, war noch nicht einmal die Polizei gerufen worden. Dies holte die Bestohlene dann selbst nach. Dabei wurde festgestellt, dass auch die Handschuhe, die die Täterin im Schrank zurückgelassen hatte, weggeworfen waren. Ermittlungen laufen noch. Schon länger gibt es bei diesem Träger das Problem, dass Zuschläge im Krankheitsfall gestrichen werden, Pflegerinnen und Pfleger, aber auch KollegInnen aus dem Erziehungsbereich von einer Stunde auf die andere zum Dienst beordert werden, wenn sie frei haben.

Vor Jahren unterstützte die FAU Leipzig schon Mitglieder der Volkssolidarität, um die Schließung einer Begegnungsstätte zu verhindern, denn der Verein gilt als erhaltenswert, da dort gerade im ehrenamtlichen Bereich viel sinnvolle soziale sowie integrative Arbeit geleistet wird. Noch vor wenigen Jahren galt die Volkssolidarität Leipzig als vorbildlicher Arbeitgeber im Pflegebereich. Ein rein gewerkschaftliches Vorgehen, wie dies gegen jeden anderen Arbeitgeber geschieht, konnte also nicht die alleinige Taktik sein. Vielmehr musste es Ziel sein, die strukturell-personellen Veränderungen, nach denen sich die arbeitsrechtlichen Verstöße häuften, wieder zurückzudrehen. Also wurde das Bündnis „Rettet die Volkssolidarität!“ gegründet, dem neben Mitgliedern der FAU auch Mitglieder anderer Gewerkschaften, Vereine und Organisationen, die für soziale Belange eintreten, darunter Mitglieder und Beschäftigte der Volkssolidarität selbst, beitraten.

Bisher differenziert das Bündnis noch zwischen Vereinsvorstand und Geschäftsführung, was sich aber sicher ändern wird, wenn der Vorstand nicht bald ernsthaft auf die zahlreichen Missstände reagiert. Abmahnungen und Drohungen mit strafrechtlichen Verfolgungen haben das Bündnis noch weiter verbreitert, wodurch motiviert wurde, dazu weitere Internet-Domains anzulegen und einige öffentlichkeitswirksame Aktionen im März zu planen. Die FAU unterstützt aktuell drei Beschäftigte in den arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen. Es zeichnet sich aber gerade ab, dass es mehr werden.

Leo Stein

Catwalk



Grenzenlos solidarisch!

Ein immer wieder in den Massenmedien hochgekochtes Thema beschäftigt uns in der aktuellen Ausgabe der *Direkten Aktion*: Migration und Arbeit. Während weiterhin Menschen das Risiko in Kauf nehmen zu ertrinken oder an einer Grenze erschossen zu werden, nur um sich in Deutschland für den ohnehin nicht üppigen Mindestlohn abziehen zu lassen, verschwendet die Politik keine Zeit, Mühe und Kosten, diese Menschen davon abzuhalten hierher zu kommen oder ihnen den Aufenthalt so unangenehm wie möglich zu gestalten. In der aktuellen Ausgabe werden aber nicht nur die Arbeits- und Lebensumstände von MigrantInnen beleuchtet – auch für wissenschaftliche MitarbeiterInnen wird die Luft im Arbeitsalltag immer dünner. Ebenso sind die Nervensägen von Pegida an uns nicht spurlos vorbei gegangen. In mehreren Artikeln beziehen wir zu diesem Phänomen Stellung.

2 x Demo am 18. in Frankfurt am Main

18. März gegen die EZB-Eröffnung
march18.net
18. April gegen das Tarifeinheitsgesetz
streikrecht-verteidigen.org

3. Anarchistische Buchmesse Mannheim 24. bis 26. April 2015

Die im Zweijahresrhythmus stattfindende anarchistische Buchmesse bietet auch dieses Jahr gute Gründe zum Besuch. Dort gibt es unter anderem eine Lesung aus einem Roman über das Aufmischen von Jobcentern, einen Vortrag zur aktuellen Situation in Rojava und Infos zu „Union-Coop“, der gewerkschaftlichen Organisierung von Kollektivbetrieben, mit der FAU Berlin. Auch ein ausgewogenes Kulturprogramm mit einer anarchistischen Komödie zu Sacco und Vanzetti sowie einem Konzert mit Yok Pockentpunk (aka Quetschenpaua) bietet Abwechslung zu dem reichhaltigen Angebot an libertärer Literatur.
Alle Veranstaltungen im Jugendkulturzentrum FORUM Neckarpromenade 46, Mannheim
www.buchmessemannheim.blogsport.de

Soapidarity!

Die besetzte griechische Baustofffabrik Viomichanikí Metallevtikí (Vio.Me) produziert bereits seit zwei Jahren in Selbstverwaltung biologische Reinigungsmittel. Nun ist die rebellische Seife (bio/vegan) auch hierzulande erhältlich.



Bestellen könnt ihr bei:
viomeberlin.blogspot.eu
ww.syndikat-a.de

FAU-Ticker

+++ Die Anfang 2007 als Branchensyndikat der FAU Hannover gegründete „Gewerkschaft Gesundheitsberufe Hannover" hat sich neu aufgestellt. In den letzten Jahren hatte auch der Bereich Soziale Arbeit organisatorisch an Bedeutung gewonnen. Um dies nun nach außen hin abzubilden, hat sich das Syndikat auf seiner regulären Vollversammlung im Dezember 2014 in „Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe Hannover (GGB)" umbenannt. +++ Die FAU Dresden nimmt regelmäßig an den wöchentlichen antifaschistischen Protesten in der Stadt teil. Einen Bericht u.a. zur antifaschistischen Kampagne des Branchensyndikats BNG findet ihr auf Seite 6. +++ Die FAU Kiel befindet sich in einer Auseinandersetzung mit einem Barinhaber. Ihm wird vorgeworfen, eine Angestellte sexistisch beleidigt zu haben – am Rande der Buchvorstellung „Die Fertigmacher – Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung". +++ Die FAU Mannheim beteiligt sich mit zwei Veranstaltungen an der dritten anarchistischen Buchmesse. Mehr zur Messe in dieser Ausgabe. +++ Die FAU unterstützt die zentrale Demo gegen Tarifeinheit in Frankfurt am Main am 18. April. +++ Ebenso unterstützen die Syndikate aus Dresden, Frankfurt am Main und Erfurt/Jena die Mobilisierung gegen die Eröffnungsfeierlichkeiten der neuen EZB in Frankfurt am Main am 18. März. +++ Die FAU Bielefeld wirbt für ihr gewerkschaftliches Beratungsangebot „Ärger und Nöte im Betrieb". Ebenso engagieren sich die FAUistas in Ostwestfalen gegen „Lohnsklaverei im Schweinegürtel" (mehr dazu auf Seite 6). Neben Veranstaltungen zur Ausbeutung in der Fleischindustrie ist ein Lohnspiegel zum Garten- und Landschaftsbau geplant. +++

Lügenpresse!



Kampagnen-Aufkleber der FAU Dresden

Noch vor allen obskuren Verschwörungstheorien und versteckt bis offen fremdenfeindlichen Slogans war es dieses Wort, mit dem die diversen GIDAS von sich reden machten. Denn für die verhassten Medien war es in der aggressiv gebellten Weise, in der es die „verunsicherten Bürger" (ZDF) vortrugen, ideal zur Inszenierung von Spannung und Identifikation. Die Millionen, die PEGIDA und wie sie alle hießen täglich in gruseliger Faszination vor dem Fernseher bestaunten, konnten sich schon fast selbst gefährdet fühlen, wenn aus dem Mob ein Regenschirm nach der Kamera schlug oder aus hunderten Kehlen „Lügenpresse, auf die Fresse!" erschallte. Gleichzeitig wurde die Ablehnung dieser Parole zum Gradmesser der eigenen Aufgeklärtheit: Man müsse natürlich die Sorgen und Ängste dieser Menschen ernst nehmen, dürfe sie nicht alle über einen Kamm scheren, aber „Lügenpresse" zu skandieren, dass sei wirklich antidemokratisch. Denn, so lernte man es einst irgendwie mal in der Schule, die Medien seien ja die vierte Gewalt unserer Demokratie.

Diese vierte Gewalt, die vor unser aller Augen so tapfer gegen Lutz Bachmann und Anhang kämpfte, die sich nicht einschüchtern ließ und aufopferungsvoll die eigene Quote mit dem Einfangen von rassistischen Schwachsinnskommentaren von beleidigten Vollbroten nach oben trieb, wendet sich nun schon der nächsten Verteidigungsschlacht unserer bundesrepublikanischen Demokratie zu: Der Festigung des deutschen Wirtschaftswahnsinns gegen die schiere Notwendigkeit globalem Krisenmanagements. Die Rede ist natürlich von Austerität und völkischem Aufgeheul gegen Griechenland. Was die dortige Regierung vorhat, ist weder revolutionär noch kühn, sondern folgt purer kapitalistischer Rationalität. Historisch gab es aber immer schon ein Land, in dem Ideologien blühen konnten, die sogar den kapitalistischen Normalvollzug in reaktionärer Weise übertrumpften und somit die internationale Waagschale nach rechts drückten. Der BR-Kommentator, der in der Tagesschau dumm grinsend von der griechischen Regierung als „beleidigte Pubertierende" spricht und in seinem ganzen Beitrag so viel ökonomischen Sachverstand wie ein spät entwickeltes Vorschulkind aufzeigt, oder Rolf-Dieter Krause, EU-Korrespondent der ARD in Brüssel, der seinen Job offensichtlich als Sprecher der deutschen EU-Politik interpretiert, sie und Ihresgleichen lassen sich wirklich nicht als Gegenspieler von PEGIDA und wer weiß was da noch kommen mag begreifen. Wer einmal horcht, was JournalistInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen außerhalb des deutschen Staatsgebietes mehrheitlich zum Thema Austerität von sich geben, bekommt es hierzulande schnell mit der Angst zu tun. In Deutschland grassiert der Wahnsinn – vor und hinter dem Bildschirm.

Die FAU Berlin geht derzeit praktisch gegen beide Spielarten der deutschen Idiotie vor. Die „Mall of Shame"-Kampagne richtet sich ebenso gegen das deutsche Niedriglohndogma wie auch gegen Rassismus und Ausgrenzung. Und auch in Dresden ist die FAU dabei, den Protest gegen PEGIDA mit Fragen rund um die Arbeitsverhältnisse zu verbinden. Zwei Lichtblicke der Vernunft in düsteren Zeiten.

Marcus Munzlinger

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bremen .... FAU Bremen, c/o Jugendhaus Buchte, Buchtstraße 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Göttingen ...... Kontakt über Hannover
Hamburg .... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hameln .... FAU Hameln, c/o Freiraum, Walkemühle 1a, 31785 Hameln, <fauhm@fau.org>, 1. Do. im Monat, 19.30 Uhr
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 30, 30167 Hannover. <fauh-kontakt@fau.org>, (0151) 65754116
Treffen: 1. und 3. Di. im Monat 19.30 Uhr,
Offener Abend: letzten Di. im Monat, 20 Uhr,
Allgemeines Syndikat / GGB: 2. Di. im Monat, 19.30 Uhr,
Gewerkschaft Gesundheits- und Soziale Berufe (GGB), PF 2272, 30022 Hannover, <ggb-hannover@fau.org>, (0151) 65785054, Büro: Di. 16 - 18 Uhr,
Kiel .... FAU Kiel, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>, Anrufbeantworter (0431) 57091884, Mobil (0171) 4848451
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, Haus Friedensbruch, Theaterwall 24a, 26122 Oldenburg, <fauol@fau.org>, 3. Mi. im Monat, 19 Uhr
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern.... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar........... Kontakt über Westmecklenburg

REGION SÜD

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/Main
Frankfurt/Main. FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>,
Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr,
Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG);
Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>
Lich............... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/Main
Mannheim....... FAU Mannheim, c/o wildwest e.V., Alphornstr. 38, 68169 Mannheim, Mo. (ungerade Wochen), 20.15 Uhr, <fauma-sekretariat@fau.org>
München .... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Mi. (gerade Wochen), 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstr., (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, Newsletter: faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/Main
Regensburg..... FAU Regensburg, Mo. 19 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Stuttgart........ FAU Stuttgart, c/o Stadtteilzentrum Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137
Saarland......... Kontakt über Neustadt/Weinstraße
Trier.............. Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

REGION WEST

Bielefeld .... FAU Bielefeld/OWL, Metzerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, <faubi@fau.org>, (01573) 7957110
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi. 20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171
Duisburg......... FAU Duisburg, c/o Syntopia, Gerokstr. 2, 47053 Duisburg, 1. So. 19 Uhr im Monat, <faudu@fau.org>
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Volmerswerther Straße 6, 40221 Düsseldorf, 3. Do. im Monat, <faud -kontakt@fau.org>, (0179) 3258648
Koblenz.......... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Köln .... FAU Köln, c/o SSK, Liebigstr. 25, 50823 Köln, Treffen: Mo. 14-tägig, 19 Uhr, <fauk@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Selbstverwaltetes Zentrum, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Treffen: 3. Mi im Monat, <faums@fau.org>
Solingen .... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, (030) 287 008 04, Offenes Büro: Fr. 17 – 20 Uhr.
Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19 Uhr.
Allgemeines Syndikat, 2. Mi. im Monat, 19 Uhr.
Sektion Kultur, 1. Do. im Monat, 20 Uhr, <faub-kultur@fau.org>
Sektion Bildung, 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>
Sektion Bau und Technik, 4. Mo. im Monat, 17.30 Uhr, <faub-bautec@fau.org>
Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <faub-prekaer@fau.org>
Foreign Members Section, 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... Initiave FAU Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, BNG <bng-dd@fau.org>, (0157)38649518, Treffen: 2. Mi. im Monat, 20 Uhr, Cafe 100, Alaunstr. 100
4. Do. im Monat, 20 Uhr, Wums e.V., Columbusstr. 2
Halle/Saale...... FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, 1. So im Monat, 19 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig, Präsenzzeit: Do. 17 – 18 Uhr, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>
Thüringen .... FAU Erfurt/Jena, c/o veto, Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>
Treffen im Infoladen Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND (ASJ)

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>
Bielefeld .... ASJ Bielefeld , Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld, <selbamachen@riseup.net>, Di. 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>
Herne/ Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

FAU IM NETZ - WWW.FAU.ORG

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort", Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend", Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb".

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord.............. FAU Hamburg <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

SCHWEIZ

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

ÖSTERREICH

Wien.............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

„Und ich dachte, er ist ein Landsmann ... und doch betrügt er mich!“

Über die Lebens- und Arbeitssituation sogenannter Illegaler

Bei meiner Recherche zu diesem Artikel bin ich zwei Menschen begegnet, die sich im Stillen ehrenamtlich um illegale MigrantInnen kümmern. Sie haben mich auf dieses Thema aufmerksam gemacht und mir eine Welt gezeigt, die für mich so nicht vorstellbar war. Darüber zu lesen ist eine Sache, es zu sehen und von Betroffenen zu hören eine andere. Diese zwei Menschen haben mich mit Betroffenen zusammengebracht für ein kurzes Interview. Weil die Betroffenen Angst haben, haben wir alles anonymisiert. An dieser Stelle meinen Dank an meine Helfende für die Übersetzungen sowie meine Hochachtung für ihren Mut.

Laut Statistischem Bundesamt leben in Deutschland 80,62 Millionen Menschen. 7,012 davon haben keinen deutschen Pass. Da sie aber in irgendeiner Form registriert sind, also irgendeinen behördlichen Titel haben, kann man sie zählen. Schätzungsweise eine halbe bis eine Million Menschen fallen aus diesem Erbsenzählsystem heraus. Sie können nicht registriert und gezählt werden, da es sie offiziell gar nicht gibt. Sie sind nicht hier und doch leben und arbeiten sie hier, oft unter sklavenähnlichen Bedingungen. Sie kommen aus Asien, Afrika, dem hinter dem EU-Zaun liegenden Osteuropa oder Südamerika. Häufig getrieben von Armut oder Perspektivlosigkeit im eigenen Land begeben sie sich nach Europa. Nur ein kleiner Teil von ihnen geht nach einer Ablehnung des Asylantrags in die Illegalität. Nicht selten werden sie mit Versprechen geködert, welche die Hoffnung auf ein besseres Leben ohne existenzielle Sorgen wecken. Medial wird dieses Phänomen häufig mit der Prostitution in Zusammenhang gebracht, aber der größte Teil dieser Menschen arbeitet in der Schattenwirtschaft wie etwa in privaten Haushalten, auf dem Bau, in der Lagerwirtschaft oder in der Pflege. Die Löhne, sofern sie bezahlt werden, liegen bei ein bis zwei Euro pro Stunde, die Unterkünfte sind manchmal nur Matratzenlager im Keller. Sie sind Illegale, das wissen sie und vor allem wissen es die ArbeitgeberInnen. Sie haben keine Rechte, keinen Gesundheitsschutz, keinen legitimen Anspruch auf ein ordentliches Gehalt und vor allem haben sie Angst. Angst vor der Abschiebung, Angst, das bisschen, was sie haben, auch noch zu verlieren, da ihre Familien häufig in Vorleistung getreten sind, sich verschuldet haben und auf das bisschen Geld, das von Deutschland aus überwiesen werden kann, wirtschaftlich angewiesen sind.

Meine erste Gesprächspartnerin kommt aus dem asiatischen Raum und ist knapp über zwanzig. Sie ist seit 20 Monaten in Deutschland. Eingereist ist sie mit einem Touristenvisum.

Worin besteht deine Tätigkeit und wieviel verdienst du?

Ich arbeite für eine Familie als Hausmädchen. Ich passe auf die Kinder auf, putze und kümmere mich um die Wäsche. Ich bekomme ungefähr 100 Euro im Monat und zusätzlich 300 Euro, die mein Herr [sic!] an meine Familie überweist.

Wie viel Stunden arbeitest du täglich und wie viele Tage die Woche?

Ich arbeite den ganzen Tag. Ich stehe auf, bevor die Kinder in den Kindergarten müssen, mache das Frühstück für sie, ziehe sie an und mache sie fertig. Danach mache ich die Hausarbeit. Wenn die Kinder vom Kindergarten kommen, spiele ich mit ihnen bis sie ins Bett müssen. Dann ziehe ich mich ebenfalls in mein Zimmer zurück. Ich arbeite sechs Tage die Woche.

Was machst du an deinem freien Tag?

Nicht viel. Normalerweise bleibe ich auf meinem Zimmer. Ich habe Angst erwischt zu werden. Manchmal treffe ich auch Landsleute. Die haben mich hierher vermittelt, als ich mal krank war. Ich habe mich nicht getraut, etwas zu sagen. Eine Freundin hat es gemerkt und hat mich hierher geschickt. Sie haben mich zu einem Arzt gebracht, der hat mich dann untersucht und mir Medikamente gegeben.

Wie bist du untergebracht?

Ich habe ein eigenes Zimmer.

Warum machst du das?

Meine Familie ist arm. Sie leben von meinem Geld. Sie haben auch das Flugticket und die Agentur bezahlt, die mich zu dieser Familie vermittelt hat. Wenn ich jetzt zurückkehre, wäre meine Familie immer noch verschuldet.

Warum macht die Familie das, für die du arbeitest? Und wie geht sie selber damit um?

Ich weiß nicht. Ich glaube, die mögen mich, zumindest die Kinder. Die lassen mich auch sonst in Ruhe. Ich werde nicht geschlagen oder angefasst.

Aber du wirst doch ausgebeutet!

...

Was ist wenn andere kommen? Wenn die Familie Besuch bekommt?

Ich soll sagen, dass ich ein Au-Pair-Mädchen bin und in Deutschland mal studieren möchte. Aber wenn Leute kommen, gehe ich immer auf mein Zimmer oder ins Kinderzimmer zu den Kindern.

Was würde denn passieren, wenn du von der Polizei erwischt wirst?

Na, ich müsste wieder nach Hause.

Wie stellst du dir deine Zukunft vor?

Ich weiß nicht. Eigentlich möchte ich wieder zu meiner Familie, aber ich muss auch Geld verdienen.

Wir lassen von einem Rechtsanwalt den Status klären. Gleichzeitig haben sie den Kontakt zu einer Flüchtlingsberatungsstelle vermittelt, wo eine anonyme Beratung erst einmal gewährleistet wurde.



Quelle: noii-van.resist.ca/?page_id=442

Klare Botschaft auch in Vancouver: Kein Mensch ist illegal!

Europa schottet sich ab

Zwar wird in Sonntagsreden gern vom Fachkräftemangel und erleichterten Einreisebestimmungen gesprochen, doch die Realität für nicht ausgebildete Menschen von außerhalb der EU-Grenzen ist extrem prekär. Aufgrund der weltweiten ökonomischen Ungleichheit sind viele gezwungen, ihren Lebensunterhalt und ihr legitimes Recht auf ökonomische Sicherheit und Zukunft außerhalb ihrer Heimat zu suchen. Eine „Armutseinreise“ in die EU sieht die Gesetzgebung allerdings nicht vor. Eine legale Einreise für Menschen aus Nicht-EU-Staaten zur Arbeitsaufnahme ist auf wenige Berufsgruppen beschränkt. Kleidung für die Erste Welt für einen Hungerlohn nähen ja, aber nicht hier. Aus diesem Grund reisen viele dieser Menschen als TouristInnen ein oder werden von Schleuserbanden sowie dubiosen Vermittlungsagenturen ins Land gebracht.

Meine zweite Gesprächspartnerin kommt ebenfalls aus einem asiatischen Land. Sie ist seit fast drei Jahren in Deutschland und immer beim selben Arbeitgeber. Sie kam ebenfalls als Touristin nach Deutschland. Nach der Ankunft hat ihr jetziger Arbeitgeber ihr den Ausweis weggenommen und ihr die Papiere seiner gleichaltrigen Tochter überlassen. Bei Kontrollen gibt sie sich als seine Tochter aus, die im Restaurant „mal eben aushilft“. Sie hat zwei Kinder, welche in ihrer Heimat bei den Eltern leben. Auch sie wird juristisch beraten.

Wie gestaltet sich deine Arbeit?

Ich arbeite in einem Restaurant in der Küche. Meist 12 bis 14 Stunden am Tag. Ich arbeite sechs Tage in der Woche.

Wie ist deine Unterbringung organisiert? Und wie hoch ist dein Lohn?

Ich bekomme abends eine Matratze in die Küche gelegt. Wenn ich nach Restaurantschluss die Küche sauber gemacht habe. Da wasche ich mich dann auch. Ich bekomme 400 Euro im Monat und mein Essen, manchmal auch etwas Kleidung. Das Geld schicke ich dann nach Hause zu meinen Kindern. Die sind noch klein und gehen in die Schule.

Wie bist du an die Stelle gekommen?

Ich wurde an diese Stelle vermittelt. Sie haben mein Ticket bezahlt. Sie haben gesagt, ich kann in der Küche arbeiten. Als ich hier war, haben sie mir meinen Pass weggenommen. Ich muss das Geld für meine Reise abbezahlen beim Chef. Da ich so aussehe wie seine Tochter, habe ich ihren Pass. Ich dachte, er ist ein Landsmann, das muss doch richtig sein und doch betrügt er mich. Ich habe nicht gewusst, was ich für Rechte habe. 400 Euro sind in meinem Land eine Menge Geld, aber hier ist es nichts. Ich kann meine Kinder nicht sehen, sie nicht besuchen. Was soll ich denn machen?

Was ist dein Wunsch für die Zukunft?

Ich will meine Kinder bei mir haben.

Viele Illegale leben hier isoliert, ständig in Furcht vor Abschiebung. Sie kennen ihre Rechte nicht und können kein soziales oder arbeitsrechtliches Netz aktivieren. Selten werden die NutznießerInnen bestraft. Die Gewinne mit der „Sklavenarbeit“ decken die Strafzahlungen allemal. Aufklärung tut hier Not.

E. A. Homburg

Kolumne Durruti



Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es um die innerdeutsche Kommunikation schlecht bestellt. Besonders die Diskrepanz zwischen geschriebenem Standarddeutsch und gesprochenem, regionalen Idiom verwirrt immer noch. Selten aber waren die Konsequenzen, die sich aus kollektiven Missverständnissen herleiten, derart drastisch wie jüngst im Zusammenhang mit der so genannten Pegida in Dresden und Umland („Sachsen“). Welche Aufregung, welche Unruhe stiftete ein Begriff, der allein aufgrund eines westdeutsch-zentristischen Blickwinkels vollkommen fehlinterpretiert wurde!

Die lokalen Eigentümlichkeiten als unerheblich abtuend, las man das Wort als Kürzel, hinter dem sich eine diffus fremdenängstliche Gesinnung verberge. Woraus rasch abgeleitet wurde, dass es sich bei den zugehörigen Zusammenkünften um ein neues Phänomen handle, aus dem eine deutschlandweite Bedrohung erwachsen könne.

Welch ein Irrtum! Oder wie sonst ließe sich erklären, dass ich schon in den 1990er Jahren an entsprechenden Gegenveranstaltungen teilgenommen hatte? Pegida ist nicht neu, sondern altvertraut. Es ist nur eben das eine, wie es geschrieben, das andere, wie es auszusprechen ist. Entsprechend dem gutturalen, schnarrenden Dresdner Dialekt mag man es zwar Pegida schreiben, doch hört es sich mehr wie „Dünamoh“ an, weswegen es nach alter Rechtschreibung auch „Dynamo“ geschrieben wurde. Folgerichtig nannten sich rechtsradikale Kundgebungen „Heimspiele“, die der linken Gegendemonstranten „Gästekurve“. Die Parolen, die die Dresdner Hooligans („Volk“) skandierten, handelten bereits damals erschöpfend ab, was einem breiteren Publikum („Westen“) erst durch den diesjährigen Umzug ins Freie auffiel. Und nicht nur das: ich erinnere mich lebhaft an das laute Interesse, dass Dresdner Hooligans an unserer sexuellen Orientierung zeigten („ihr seid schwul!“). Unbefangen riefen wir „wir sind schwul“ zurück; allerdings muss ich gestehen, die mit schaumigen Lippen gebrüllte Antwort verstanden wir nicht.

Wie auch bei jener seltsamen Begebenheit, als anlässlich einer antifaschistischen Kundgebung in Hamburg („Rückspiel“) ein VW-Bus voll Dresdner Hooligans am Wegesrand stoppte, wo ich mich gerade mit Gleichgesinnten zusammenrottete. Ein Fenster wurde runtergekurbelt, ein Glatzkopf herausgesteckt und etwas geschrien, was ungefähr klang wie „öhscheißdrönüihraberechtnewa“. Wir verstummten zunächst, sahen einander fragend an, hoben allesamt kopfschüttelnd die Schultern und brachen schließlich in schallendes Gelächter aus. Das Volk aber zog hochroten Glatzkopfes von dannen.

Matthias Seiffert

TERMINE

☞ **Berlin**

Sa. 7. März, 20.15 Uhr
Lichtblick-Kino, Kastanienallee 77
Which Side Are You On?
Film von Ken Loach

Mo. 9. März, 20.15 Uhr
Lichtblick-Kino, Kastanienallee 77
Film: Yorkshire
Dokumentarfilm über die Zeche Hatfield im großen britischen Bergarbeiterstreiks 1984

Fr. 20. März, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Bevölkerungspolitik und Sorgearbeit
Vortrag von Matthias Becker (Mythos Vorbeugung)

☞ **Bielefeld**

Do, 12. März, 19.30 Uhr
Bürgerwache Siegfriedplatz, Rolandstraße 16 (großer Saal)
Ausbeutung und Rassismus auf Berliner Baustelle
Arbeitskampf - „Mall of Shame“

Mo, 20.4., 19.30 Uhr
FAU-Lokal, Metzerstr.20
Gewerkschaftliche Rechte auch im Knast
Vortrag von Peter Nowak

☞ **Dresden**

Do. 26. März, 19.30 Uhr
Wums e.V., Columbusstraße 2
„Lets do a social revolution!“ Wie der Anarchosyndikalismus die Gesellschaft verändern will.
Solitresen mit Essen und Vortrag

☞ **Düsseldorf**

So. 15. März, 18.00 Uhr
FAU-Lokal, Volmerswerther Str. 6
Vortrag: März 1920 „Die vergessene Revolution“

Mo. 20. April, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Volmerswerther Str. 6
Info: AnarchistInnen gegen Hitler

☞ **Kiel**

Di. 21. April, 19.00 Uhr
Hansastraße 48
„Wir übernehmen. Selbstverwaltete Betriebe in Argentinien - eine militante Untersuchung“
Buchvorstellung und Diskussion

☞ **Mannheim**

Sa. 28. März, 14.05 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Globale Krise – globale Streikwelle?
Ausstellungseröffnung zum Comic „Kleine Geschichte der Krisenrevolten“ mit Vortrag

☞ **Moers**

Sa. 21. März, 10 bis 17 Uhr
Barrikade, Bismarckstr. 41a
„Anti-moslemischer Rassismus“
Tagesseminar mit Ismail Küpeli, vorher verbindliche Anmeldung

☞ **München**

Mi. 25.März, 19.30 Uhr
EineWeltHaus, Schwanthalerstr.80
Vortrag: Theorie und Praxis des Anarchosyndikalismus

☞ **Nürnberg**

Do. 19. März, 19.00 Uhr
Projekt31, An der Rampen 31
Soziale Proteste & Bürgerkrieg
Roman Danyluk spricht zur aktuellen Lage in der Ukraine

☞ **Stuttgart**

Mi. 18. März, 19.30 Uhr
Stadtteilzentrum Gasparitsch, Rotenbergstr. 125
Soziale Proteste & Bürgerkrieg
Mit Roman Danyluk

Lassen sich die Ketten sprengen?

Befristung in der Wissenschaft

Befristung als Dauerzustand? Alltag in Medizin und Wissenschaft. Laut Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes arbeiten 83% der Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen mit befristeten Verträgen. Dabei hangeln sich die meisten WissenschaftlerInnen in Kettenverträgen von einem in das nächste befristete Arbeitsverhältnis, obendrein beträgt die Vertragsdauer in den meisten Fällen weniger als ein Jahr.

Kündigst du noch oder befristest du schon?

Wer es in der heutigen Arbeitswelt geschafft hat eine direkte Beschäftigung zu ergattern, muss sich zunächst meist mit einer Befristung rumschlagen. Neben Werkverträgen und Zeitarbeitsfirmen hat es sich eingebürgert MitarbeiterInnen möglichst befristet einzustellen. Dies ist nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) grundsätzlich ohne sachliche Gründe bis zu zwei Jahre möglich, innerhalb der Höchstdauer kann der Arbeitsvertrag maximal drei Mal verlängert werden.[1] Elegant und angenehm vor allem für die Arbeitgeberseite. Den ArbeitnehmerInnen entstehen eigentlich nur Nachteile. Will beispielsweise der Arbeitgeber einseitig ein Beschäftigungsverhältnis beenden, muss er seinen Arbeitnehmer normalerweise kündigen. Dieser hat dann das Recht eine Kündigungsschutzklage einzureichen. Bei einem befristet beschäftigten Arbeitnehmer lässt er den Vertrag einfach auslaufen, der Arbeitnehmer „verliert" so sein eigentliches Recht auf eine Kündigungsschutzklage. Weiterhin werden die spärlichen Einflussmöglichkeiten von Betriebsräten oder Personalräten, beispielsweise einer Kündigung zu widersprechen, umgangen. Auch verlängert sich das Arbeitsverhältnis durch Schwangerschaft oder Elternzeit nicht, sondern läuft zum vereinbarten Zeitpunkt aus. Somit verlieren ArbeitnehmerInnen ihren Anspruch auf vertragsmäßige Weiterbeschäftigung nach Mutterschutz oder Elternzeit. Besonderen Kündigungsschutz genießen schwerbehinderte Menschen mit einem Grad von mindestens 50%. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist eigentlich seitens des Integrationsamts zustimmungspflichtig, so kann eine Kündigung durch den Arbeitgeber erst nach der Zustimmung des Integrationsamtes ausgesprochen werden. Eine Zustimmung ist allerdings nicht erforderlich, wenn das Arbeitsverhältnis durch Ablauf eines befristeten Vertrages beendet wird.

Eigentlich sind sachgrundlose Befristungen für länger als zwei Jahre nach deutschem Arbeitsrecht nicht erlaubt, doch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) macht es möglich. Wissenschaftliches Personal ist noch härter von Befristungen betroffen, da befristete Verträge von wissenschaftlichem und künstlerischem Personal an Einrichtungen des Bildungswesens (= staatliche Hochschulen) dank des WissZeitVG noch weniger strengen Anforderungen unterliegen. Das WissZeitVG ist seit 18.04.2007 in Kraft und hat die Möglichkeit wissenschaftliches Personal befristet anzustellen im Vergleich zu den Befristungsregelungen im vorherigen Hochschulrahmengesetz noch erweitert. Demnach sind sachgrundlose Befristungen bis zu sechs Jahren möglich. Hat der Arbeitnehmer zwischenzeitlich promoviert, ist eine weitere sachgrundlose befristete Beschäftigung von sechs Jahren und im medizinischen Bereich sogar bis zu neun Jahren möglich (6-plus-6- bzw. 6-plus-9-Regel). Darüber hinaus sind weitere Kettenverträge durch Beschäftigung über Drittmittel möglich: Mit dem WissZeitVG wurde auch der Befristungsbestand Drittmittelfinanzierung eingeführt, laut § 2 (2) ist eine Befristung immer zulässig „...wenn die Beschäftigung überwiegend aus Mitteln Dritter finanziert wird, die Finanzierung für eine bestimmte Aufgabe und Zeitdauer bewilligt ist und die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter überwiegend der Zweckbestimmung dieser Mittel entsprechend beschäftigt wird."[2] Dies wird damit begründet, dass wissenschaftliche Projekte fast immer zeitlich begrenzt sind und die Finanzierung durch Dritte aus Privatwirtschaft, Ministerien oder Stiftungen zeitlich daran gebunden ist. Die Drittmittelbefristung ist darüber hinaus auch für nichtwissenschaftliches Personal zulässig.

Was für Folgen hat das?

Vor allem für Arbeitgeber bringt das Gesetz Vorteile. Er kann ohne Risiko und flexibel planen. Durch die kurze Laufzeiten[3] kann immer wieder nach aktueller Finanzlage entschieden werden, ob ein Vertrag verlängert wird. Während andere sesshaft werden und Familien gründen, müssen WissenschaftlerInnen ständig um ihre Arbeitsplätze bangen und gegebenenfalls häufige Arbeits- und Wohnortswechsel hinnehmen. Permanent drohende Arbeitslosigkeit ist ein weiterer Stressfaktor. Zudem muss man sich auch schon während der Beschäftigung ständig mit dem Arbeitsamt auseinandersetzen und sich pro forma innerhalb der Frist von drei Monaten vor Beschäftigungsende arbeitssuchend melden. Mit Glück bekommt man immerhin eine mündliche Zusage einer Vertragsverlängerung. Wenn alles gut läuft, kann der Folgevertrag einige Wochen oder auch erst wenige Tage vor Beendigung des alten Vertrages unterschrieben werden.

Das Bundesbildungsministerium urteilt nach einer Evaluation (August 2008 bis Dezember 2010), das WissZeitVG habe sich bewährt. Fragt sich natürlich: Für wen? Zwar konnte laut statistischem Bundesamt die Anzahl der Beschäftigten von 106.400 (2005) auf 146.100 (2009) erhöht werden, allerdings setzen sich zunehmend befristete Arbeitsverhältnisse durch. Etwa 83% der Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, mit steigender Tendenz, sind befristet beschäftigt, davon wird fast die Hälfte über Drittmittel finanziert.[4] Von den Drittmittelbeschäftigen sind sogar 97% nur befristet beschäftigt.[5] Das Verhältnis von unbefristet zu befristet Beschäftigten hat sich so von eins zu vier im Jahr 2005 auf eins zu acht im Jahr 2010 verschoben.[5] Somit wurde den Hochschulen durch das WissZeitVG eine rechtliche Grundlage geschaffen um im großen Stil von Befristungen bei Arbeitsverhältnissen Gebrauch zu machen, vor allem auch durch den Befristungsbestand der Drittmittelbeschäftigung. Begünstigt wird dies noch durch stagnierende Finanzierung durch Landesmittel und somit eine wachsende Bedeutung von zeitlich begrenzter Finanzierung durch Forschungsförderung (Drittmittel).[5] Die 6-plus-6-Regel war auch schon vor Einführung des WissZeitVG im Hochschulrahmengesetz verankert, nach dieser Zeitspanne waren jedoch nur noch auf Grundlage des TzBfG Befristungen möglich. Diese setzen einen Sachgrund voraus. Da die Drittmittelbefristung nicht eindeutig als Sachgrund definiert war, wurde aufgrund von Prozessrisiken meist auf eine weitere befristete Beschäftigung verzichtet. Dies konnte im ungünstigen Fall auch bedeuten, dass WissenschaftlerInnen nicht weiter beschäftigt wurden, obwohl Drittmittelgelder zur Verfügung gestanden hätten. Als Alternative bietet das WissZeitVG nun die Perspektive sich in endlosen drittmittelfinanzierten Kettenverträgen beschäftigen zu lassen.

Wie können wir uns von den Ketten befreien?

Laut §1 (2) des WissZeitVG bleibt das Recht der Hochschule ihr Personal auch unbefristet zu beschäftigen unberührt. Unbefristete Beschäftigungen sind also durchaus möglich! Laut EU-Rahmenbedingung für befristete Arbeitsverträge soll ein Missbrauch durch aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverhältnisse vermieden werden, trotzdem sind Arbeitsverträge nach dem WissZeitVG nicht grundsätzlich anfechtbar.[6] Allerdings lohnt sich eine Einzelfallprüfung. Ab einer Beschäftigungsdauer von 10 Jahren kann die Befristung als missbräuchlich angesehen werden, zudem wird auch als Indiz für Missbrauch ausgelegt, wenn die Beschäftigungsdauer stark von der Projektdauer abweicht oder wenn jemand in einem anderen Projekt als in dem vertraglich festgelegten Projekt eingesetzt wird.[6] Entscheidend ist allerdings immer nur der zuletzt abgeschlossene Arbeitsvertrag. Interessant ist zu prüfen, ob bei einer Drittmittelbefristung die angeblichen Drittmittel auch tatsächlich Drittmittel sind. So entschied das Arbeitsgericht Gießen, dass Sonderprojekte, die das jeweilige Bundesland finanziert, nicht Drittmittel sondern Landesmittel sind. Im konkreten Fall gab das Gericht einem Mitarbeiter Recht, der über zehn Jahre mit 16 befristeten Verträgen arbeitete. Die letzte Befristung bezog sich auf das LOEWE-Projekt des Landes Hessen (Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz) und wurde für ungültig erklärt – damit befindet sich der Betroffene nun in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis.[7] Sinnvoll ist auch zu prüfen, ob man tatsächlich zum wissenschaftlichen Personal gehört. Erfolg versprechend ist eine Klage auch, wenn es sich bei der Arbeit eindeutig um eine Daueraufgabe handelt.[8]



Wie noch wehren, außer zu klagen?

Eine Klage hilft in erster Linie immer nur einer einzelnen Person und birgt die Gefahr, auch vor Gericht zu verlieren. Trotz unsicherer Arbeitsbedingungen und Kettenverträgen sind WissenschaftlerInnen kaum gewerkschaftlich organisiert, obwohl laut einer ver.di-Studie von 2009 rund 75% der Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen gegenüber Gewerkschaften offen sind.[9] So sollte es doch Aufgabe sein, Wissenschaftliche MitarbeiterInnen zu organisieren, um sich gemeinsam zu wehren. Immerhin werden Forderungen laut nach Mindestquoten für unbefristete Verträge an Hochschulen, Mindestvertragslaufzeiten für befristete Verträge oder die Dauer der Befristung an die Dauer der Drittmittelförderung zu koppeln.[6] Doch was soll die Flickschusterei? So wie es aussieht wäre es am besten zu fordern das Gesetz ganz abzuschaffen, damit für ArbeitnehmerInnen in der Wissenschaft keine Sonderregelungen gelten, sondern die gleichen arbeitsrechtlichen Grundlagen wie für alle anderen auch. Denn selbst die sind ja auch alles andere als grundsätzlich arbeitnehmerfreundlich.

Sasa Rebew

Quellen:

[1] Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz, TzBfG), in Kraft getreten am 01.01.2001, in der Fassung vom 20.12.2011

[2] Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (Wissenschaftszeitvertragsgesetz, WissZeitVG), in Kraft getreten am 18.04.2007

[3] Laut Evaluation des WissZeitVG durch die Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) haben über die Hälfte der befristeten Beschäftigungen vor einer Promotion eine Laufzeit von weniger als einem Jahr

[4] HIS: *Evaluation des WissZeitVG. Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick*

[5] A. Keller: Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum öffentlichen Fachgespräch „Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes" im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages am 30. November 2011 in Berlin

[6] M. Rembold: Gerüttel an Kettenverträgen. Neues zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz, *Laborjournal-Service Magazin für Biomedizin und Biowissenschaften,* 10 (2014)

[7] Tausende Forscher können auf Entfristung hoffen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.08.2014

[8] Wissenschaft durch Kettenverträge gefesselt, *ver.di publik*, 06 (2014)

[9] „Zwischen W3 und Hartz IV" – Arbeitssituation und Perspektiven wissenschaftlicher MitarbeiterInnen. Buchvorstellung 10.07.2013, www.koop-son.de/News-Layout.38+M5c83051d855.0.html

Nicht nur die Täter – das System entlarven!

Ein Beitrag zur Debatte um „Sklaverei im Schweinegürtel" in Niedersachsen

Nach der Debatte um „Armutsmigration" entstand Ende 2014 eine Debatte um „arme Rumänen und Bulgaren" welche von „ominösen" Subunternehmen ausgebeutet werden. Doch in den Enthüllungsartikeln von Spiegel, FAZ und Zeit wird meist unterschlagen, dass es sich hier nicht um eine simple Opfer-Täter Geschichte handelt, sondern die Überausbeutung migrantischer Arbeitskräfte strukturell angelegt ist.

Um das zu verstehen, lohnt ein Blick auf die Schlachtbetriebe des sog. „Schweinegürtels" rund um das niedersächsische Oldenburg. Dank der viel beschworenen wie kritisierten „Europäischen Freizügigkeit" fährt Branchenriese „Danish Crown" hier große Profite ein und lässt sich dazu ArbeiterInnen aus Rumänien schicken. Sie werden ausschließlich über befristete Werkverträge angestellt und in einem weit verzweigten Netz von Unterkünften in den angrenzenden Dörfern untergebracht. Die meisten Unterkünfte haben lange keine Renovierung mehr erlebt und gleichen einer Kasernierung. So profitiert nicht nur das Unternehmen, sondern gleich noch die Region von den sonst nicht zu vermietenden Zimmern. Die Mieten werden direkt vom Lohn abgezogen. Des Weiteren wird für Schlachtwerkzeug und Arbeitskleidung eine weitere Gebühr vor Ausgabe der Lohntüte abgezogen. Der lange erstrittene Mindestlohn wird so ohne Probleme umgangen.

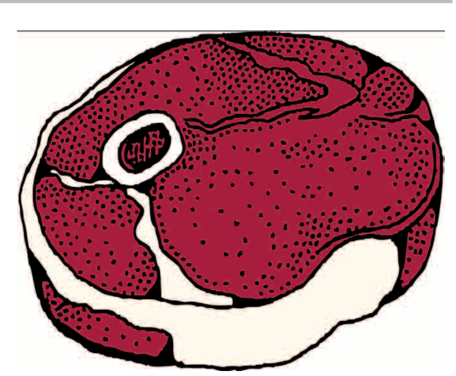
Von kriminellen Praktiken zu europäischen Errungenschaften

Dabei ist die jetzige Situation keine Erfindung des Neoliberalismus oder von „Danish Crown" – Ausbeutung hat hier Tradition. Den Fall des Eisernen Vorhangs und die großen Migrationsbewegungen aus Osteuropa machte sich der damals hier ansässige Fleischkonzern D+S schon bald zunutze. 1993 wurde bekannt, dass D+S ganze Schlachtkolonnen eingeschleust hatte, weder für Papiere noch Bezahlung sorgte und die ArbeiterInnen in völlig überbelegte Zimmer steckte.

20 Jahre später bekommt man bei einer Rundfahrt durch den „Schweinegürtel" den Eindruck, die Geschichte würde sich wiederholen. Nur müssen die heutigen Fleischkonzerne in der Region ArbeiterInnen nicht mehr illegal einschleusen – dies ist durch die Liberalisierung des europäischen Wirtschaftsraumes und die ökonomischen Zuspitzungen heute ganz legal.

Mal hetzen, mal ausbeuten – nur ein scheinbarer Widerspruch

Wer so von der Freizügigkeit profitiert, schneidet sich doch buchstäblich ins eigene Fleisch, wenn mit Blick auf Migration aus Rumänien eine Einschränkung europäischer Freizügigkeit gefordert wird? Eben nicht, denn dabei wird bekräftigt, dass nur der produktive Migrant eine Funktion hat und eine an diese Produktivität gebundene Aufenthaltsberechtigung bekommt. Die angebliche „Bedrohung des Sozialstaates" hat selbigen weiter rassistisch limitiert. Wenn zusätzlich eine industrielle Reservearmee wartet, sinkt die Bereitschaft sich auf Kosten des eigenen Jobs zu wehren. Eine weitere Erschwernis stellt der Aufenthalt dar – denn das Freizügigkeitsrecht ist ein ökonomistisches Aufenthaltsrecht. Nur wer Vermögen oder Arbeit nachweisen kann, erhält die Erlaubnis länger als drei Monate in Deutschland zu bleiben. Gerade dieses schwierige Terrain macht es umso notwen-



diger, engagierte Gewerkschaftsarbeit mit antirassistischer Praxis zusammen zu denken, um auf politische Prozesse einzuwirken und nicht nur situative Verbesserungen zu erstreiten.

Lee Hielscher

Die Polizei, dein Freund und Helfer

Eine kleine Aufzählung von fragwürdigen Geschehnissen

Der 20-jährige Asylbewerber Khaled Idriss Bahray wurde am Dienstag den 13. Januar 2015 umgebracht. Die Polizei, die erst von keiner Fremdeinwirkung ausging, da sie die Messereinstiche nicht wahrnahm, sprach danach von einer Fehleinschätzung. Sie hätten ja nicht erkannt, dass er erstochen wurde. Auch der Notarzt diagnostizierte angeblich einen Schlüsselbeinbruch. Daher wurde die Spurensicherung auch erst ca. 30 Stunden später eingeschaltet. Da die Messerstiche im Hals- und Brustbereich waren sprach der zuständige Staatsanwalt auch davon, dass die Messerstiche zunächst nicht erkennbar gewesen seien. Laut Oberstaatsanwalt Lorenz Haase ist ein rassistisches Motiv nicht erkennbar. Die genaue Todesursache wurde erst bei der Obduktion entdeckt. Dass jetzt ein asylsuchender Mitbewohner wegen Totschlag verhaftet wurde, sagt nichts darüber aus, warum mal wieder bei den Ermittlungen geschlampt wurde.

Bereits am 22. Dezember wurde nach einer Pegida-Demonstration eine Gruppe MigrantInnen von etwa 50 Nazis angegriffen. Dabei wurde eine 15-jährige Migrantin verletzt. Auch hier ging die Polizei den Hinweisen erst auf öffentlichen Druck nach und intensivierte erst dann ihre „Ermittlungsarbeit". Der Feuertod von Oury Jalloh in Dessau am 7. Januar 2005, der sich, obwohl er an Händen und Füßen gefesselt war, selbst mit einem Feuerzeug anzündete, verrät einiges an der Einstellung von vielen PolizistInnen und damit Staatsdienern. Dieser Vorfall wurde im Dezember durch ein Gerichtsurteil wegen fahrlässiger Tötung und 10.000 Euro Geldstrafe gegen den wachhabenden Polizisten beigelegt. Da ist ferner der ehemalige Verfassungsschutz-Präsident von Thüringen, Helmut Roewer, der ja eine stramme Rechtsgesinnung aufweist, worauf nicht nur seine Publikationen beim Ares Verlag hindeutet. Dass in den sechs Jahren seiner Regentschaft die NSU so unauffällig untertauchen konnte, muss daher nicht verwundern. Ob nun aktiv oder passiv daran beteiligt, sei dahin gestellt, aber die Rahmenbedingungen waren 1998 günstig.

Dass solche „staatsdienerischen" Einstellungen nicht nur im Osten der Republik vorkommen, werden viele von uns selbst schon erlebt oder beobachtet haben. In einem Nürnberger Einsatzwagen entdeckten Personen einen Naziaufkleber mit „good night left side". Wie so oft fingen die Ermittlungen gegen die jeweiligen Staatsdiener erst an, nachdem öffentlicher Druck entstand, was zeigt, dass der Staat an sich kein elementares Aufklärungsbedürfnis gegen rechte Straftaten verspürt. Aber auch die Akutere der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten haben oft unter ihren KollegInnen und bei Vorgesetzten keinen leichten Stand. Nicht selten werden sie wie Denunzianten behandelt. Sicherlich verdient die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft nähere Aufmerksamkeit und hilft bei der kritischen Auseinandersetzung mit der Institution Polizei – wenigstens ein kleiner Hoffnungsschimmer.

Markus Bauer

§§§-Dschungel

Kann das Weihnachtsgeld bei vorzeitigem Ausscheiden des Arbeitnehmers zurückgefordert werden?

Zunächst kommt es darauf an, ob diese Sonderzahlung ein Entgelt oder ausschließlich eine Prämie für Betriebstreue ist. Handelt es sich um Entgelt, ist es ein Lohnbestandteil, also für geleistete Arbeit gezahlt wird. Ein klares Indiz hierfür wäre, dass es 13. Monatsgehalt genannt wird. Dann ist eine Rückzahlungsklausel ungültig. Das heißt, dass der Arbeitnehmerin, die vor der Fälligkeit der Sonderzahlung ausscheidet, eine anteilige Zahlung zusteht.
Handelt es sich jedoch um eine Prämie für Betriebstreue, kann das Weihnachtsgeld zurückgefordert werden. Dies muss im Arbeitsvertrag oder im Anhang des Arbeitsvertrages (z. B. Betriebsvereinbarung) eindeutig und an nicht versteckter Stelle erkennbar sein. Beispiel: „Zweck der Gratifikation ist die Würdigung der Betriebstreue". Ein Betrag bis 102,26 Euro kann grundsätzlich nicht zurückgefordert werden, Beträge bis zu einem Monatslohn bis zum 31. März des Folgemonats und Beträge darüber hinaus bis zum Juni.

BAG-Urteil vom 18.01.2012 (10 AZR 612/10) und vom 13.11.2013 (10 AZR 848/12);
§ 307 BGB, § 611 BGB

Wann kann das Unternehmen Kosten für Fort- und Weiterbildungen im Falle einer Kündigung durch die Arbeitnehmerin zurückverlangen?

Rückerstattungsklauseln für Kosten der Berufsausbildung sind generell unzulässig. Fort- und Weiterbildungskosten können auch nicht zurückgefordert werden, wenn der Arbeitnehmer während der Probezeit kündigt, da dies dem Zweck der Probezeit widersprechen würde.
Danach kommt es darauf an, ob die erworbene Zusatzqualifikation für den Arbeitnehmer einen Wert darstellt. Finanziert zum Beispiel die Arbeitgeberin dem Arbeitnehmer einen Führerschein ist die Sache eindeutig. Diesen kann er sogar privat nutzen. Außerdem verbessert der Führerschein die Chancen eine höher bezahlte Stelle zu finden. Anders verhält es sich, wenn ein Callcenter-Agent eine Schulung macht, um für ein bestimmtes Kundenunternehmen des Callcenters arbeiten zu können. Davon hat der Callcenter-Agent nichts, wenn er das Unternehmen verlässt. Im Falle des Führerscheins kann also durchaus eine Rückzahlungsvereinbarung getroffen werden, im Falle des Callcenters nicht.
Damit ein Rückzahlungsanspruch des Arbeitgebers entstehen kann, ist es notwendig, dass der Arbeitnehmer die Kündigung zu vertreten hat. Das heißt, ihm wird verhaltensbedingt gekündigt oder er kündigt ordentlich. Kündigt der Arbeitnehmer wegen Fehlverhaltens des Arbeitgebers, kann letzterer keine Rückzahlung fordern. Der Arbeitgeber kann maximal nur das zurückverlangen, was er bezahlt hat. Wurde zum Beispiel ein Teil über die Bundesagentur für Arbeit finanziert, hat das Unternehmen über diesen Anteil keinen Anspruch. Weiterhin muss die Vereinbarung über die Rückzahlung gestaffelt werden (Anfänglich bis zu 100%, dann abnehmend). Auch soll der Zeitraum, in dem der Arbeitgeber den Angestellten durch die Rückzahlungspflicht an das Unternehmen binden will, „angemessen" sein. Faustregel: Lehrgangsdauer bis zu 2 Monaten: höchstens 1 Jahr; Lehrgangsdauer über 2 Jahre: höchstens 5 Jahre. Wenn dem Arbeitnehmer im Betrieb keine Arbeit zugewiesen wird, für die die Fortbildung benötigt worden wäre, entsteht dem Unternehmen durch Ausscheiden des Arbeitnehmers kein Schaden durch dessen Kündigung und die Rückzahlungsvereinbarung wird ebenfalls unwirksam.

§ 12 Abs. 1 Satz 1 BBiG, LAG Rheinland-Pfalz vom 20.03.2001 (5 Sa 1509/00),
BAG vom 11.04.1984 (5 AZR 430/82), BAG vom 05.12.2002 (6 AZR 537/00)

Ist eine Versetzung mitbestimmungspflichtig?

Eine Versetzung ist im Betriebsverfassungsgesetz wie folgt definiert: voraussichtlich über einen Monat; erhebliche Änderung der Umstände, unter denen die Arbeit zu leisten ist. Wenn dies der Fall ist läuft das ganze Prozedere wie bei einer Kündigung. Der Betriebsrat ist über alle relevanten Fakten zu informieren. Versäumt der Arbeitgeber dies, kann das Arbeitsgericht den Arbeitgeber verurteilen, die Versetzung rückgängig zu machen. Die Versetzung ist auch zurückzunehmen, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung verweigert und auch das Gericht die Entscheidung nicht ersetzt. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn es sich bei der Versetzung eine unzulässige Maßregelung handelt.

§ 95, 99, 100 BetrVG; 612a BGB

Zusammengestellt von Thomas Bloch

In düstren Zeiten

Was Pegida für eine radikale Gewerkschaftsbewegung heißt

Dresden, eine Stadt im fremdenfeindlichen Taumel. Schon von Beginn der Pegida-Proteste an mehrten sich in Dresden Übergriffe gegen AntifaschistInnen und MigrantInnen. Aber auch in der Politik machte sich ein deutlicher Rechtsruck bemerkbar. Die AfD, in Sachsen schon immer mit Samthandschuhen angefasst, wurde weiterhin geadelt. Die Linke, immerhin zweitstärkste Partei des Landes, kam in Diskussionen um die rechten Proteste ebenso wenig zu Wort wie andere linke Organisationen. Schaltstellen politischer Meinungsbildung wie der konservative Politologe Werner Patzelt (TU Dresden) und der Vorsitzende der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, kokettierten offen mit der Bewegung.

In der Stadt und weiten Teilen Sachsen kommt diese Haltung nicht von ungefähr. In dem seit 25 Jahren von der CDU regierten Land ist es gängige Taktik, rechten Argumentationsmustern Raum zu geben um ein Erstarken linker Kräfte zu verhindern. So finden sich ranghohe CDU-Mitglieder Sachsens auch in Initiativen wie „Linksruck stoppen!" oder sind auf Anti-Abtreibungsdemonstrationen zu sehen. Daneben wird sich auf Seiten der Staatsanwaltschaften und des Verfassungsschutzes viel Mühe gegeben emanzipatorische Zusammenhänge zu diffamieren.

In der aktuell sehr bedrohlichen Situation konnten radikale Linke und Flüchtlinge aber auch große Fortschritte in der Zusammenarbeit machen. Die FAU-Strukturen in Dresden beteiligten sich neben den wöchentlichen antifaschistischen Protesten auch unterstützend an Hilfsaktionen für Flüchtlinge. Des Weiteren versuchten FAU-Aktive mit eigenen Stickern und Plakaten den rechten Konsens auf der Straße in Frage zu stellen. Mitglieder der Gastro-Sektion BNG-FAU setzen sich darüber hinaus mit rassistischer Türsteherpraxis in Dresden auseinander, druckten mit guter Resonanz Kampagnenaufkleber a la „KellnerInnen / TürsteherInnen gegen Pegida" und



brachten in manchen Betrieben mit den KollegInnen zusammen Schilder mit Aufschriften wie „Kein Bier für Pegida" an. In die antifaschistischen Gegenproteste intervenierte die FAU in Dresden mit einem Flugblatt. In ihm wurde festgestellt, dass der Zulauf von sozial verunsicherten und von der Politik frustrierten Bevölkerungsteilen nur dann nachhaltig gestoppt werden kann, wenn dem eine bessere, antikapitalistische sowie basisdemokratische Alternative gegenüber gestellt würde.

Auch im Umland war die FAU anlässlich der Gegenproteste zu einer NPD-Veranstaltung aktiv. In einem Redebeitrag vor den BürgerInnen des kleinen Örtchens Bad Schandau wurde klar die Notwendigkeit von Selbstorganisation und antikapitalistischer Kritik geäußert, um antifaschistischen Widerstand wirksam werden zu lassen. Die Folge war viel Zuspruch unter den Teilnehmenden und eine Ausweitung der Kontakte in der Region.

Die Entscheidung, die aktuellen Auseinandersetzungen mit der eigenen Position zu unterstützen, hat sich als richtig erwiesen. Die FAU erfuhr in diesem Zuge Mitglieder- und Interessiertenzuwachs. Gleichzeitig braucht es mehr Konzepte, wie Flüchtlinge ohne Arbeitserlaubnis besser organisiert und unterstützt werden können. Für ein langfristiges Kontra gegen den überwältigend starken rechtssympathisierenden Bevölkerungsanteil wird es aber vor allem die Präsenz unserer gesellschaftlichen Ideen in der Öffentlichkeit und die besondere Hervorhebung internationaler Kämpfe brauchen.

Wolf Meyer

Statt Alkohol 2,99 Euro für Mineralwasser

Rechenkünste beim Hartz IV-Regelsatz

Es gibt sie noch, die „guten Menschen" inmitten der sozialen Eiseskälte. Anfang Februar 2015 präsentierte die Hans Böckler Stiftung das Arbeitspapier 309. In der Studie „Der Einfluss verdeckter Armut auf das Grundsicherungsniveau" plädiert die Autorin neben der Rücknahme der Verkleinerung der Bezugsgruppe oder der Streichung von Ausgaben dafür, die „verdeckt Armen" aus der Referenzgruppe herauszunehmen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte daraufhin, die Regelsätze seien „künstlich runtergerechnet", das müsse sofort geändert werden. Wie sich das DGB und Böckler-Stiftung vorstellen, hat die Verteilungsforscherin Dr. Irene Becker in der Studie berechnet: Der Hartz-IV-Regelsatz sei 45 Euro zu niedrig.

Der Regelsatz (Arbeitslosengeld II für Alleinstehende) beträgt aktuell 399 Euro. Darin enthalten sind für Ernährung und alkoholfreie Getränke 141,65 Euro, für Bekleidung und Schuhe 33,52 Euro, für Verkehr 25,14 Euro, für Energie und Wohnungsinstandhaltung 33,36 Euro, für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 44,05 Euro und für Bildung ganze 1,52 Euro. Für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen erhält man 7,90 Euro. Für die Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände ganze 30,24 Euro. Kaputt gehen darf weder die Waschmaschine, der Kühlschrank oder gar ein Computer. Reisen ist mit dem Regelsatz überhaupt nicht möglich. Und Teilhabe am kulturellen Leben auch nicht.

Der Streit um den Regelsatz wird weitergehen. Am 9. Februar 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein Urteil zu den Regelsätzen beim Arbeitslosengeld II und beim Sozialgeld verkündet. Statt Hartz IV substantiell in Frage zu stellen, übten sie vor allem Methodenkritik. Sofort begannen die Tricksereien. Beim Regelsatz wurde die preiswerteste Variante errechnet, in dem sie die Referenzgruppe von bisher 20 auf 15 Prozent verkleinerten. Die Referenzgruppe ist der untere Einkommensbereich, also jetzt die unteren 15 Prozent, deren Konsumausgaben maßgeblich für die Regelbedarfsermittlung sind. Zudem wurden Schnittblumen sowie die 19,19 Euro für Tabak und Alkohol gestrichen, als Ersatz gab's 2,99 Euro für Mineralwasser.

Nicht nur die Politik und Wissenschaft, auch Wohlfahrtsverbände, DGB und Erwerbslosenvertretungen betätigen sich als Rechenkünstler. Das „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum" sah eine „Dimension des Mangels" in einer „Bedarfslücke" von 150-170 Euro. Statt der bisher üblichen Anteile für die tägliche Ernährung zwischen 2,82 Euro (Kleinkinder) und 4,77 Euro (Erwachsene) im Jahre 2013 errechneten sie zwischen 3,03 Euro und 8,06 Euro.

Das Bundesverfassungsgericht ließ sich nicht beeindrucken, es brachte 2014 ein neuerliches Urteil heraus. Wie brutal muss man sein, um festzustellen, dass „vorliegend jedenfalls nicht erkennbar geworden (sei), dass existenzgefährdende Unterdeckungen eintreten". Der Regelsatz sei „noch" verfassungsgemäß. Zweifel am derzeitigen Ergebnis der Regelbedarfsermittlung gab es nur bei „sprunghaften Preissteigerungen beim Haushaltsstrom", „zu knapp bemessenen Mobilitätskosten", „unrealistischen Zurechnungen von Haushaltsausgaben auf einzelne Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft" und „[einem] möglicherweise zu geringen oder fehlenden Spielraum, der für den ‚internen Ausgleich' (zwischen im Einzelfall über- und unterdurchschnittlichen Bedarfen) und das Ansparen für unregelmäßig anfallende Ausgaben notwendig wäre". Die ExpertInnen aller Seiten rechnen und fühlen sich auch noch gut dabei. Wer davon allerdings leben muss, wird für seine Armut noch verachtet.

Anne Seeck

Weitere Infos zum Bündnis:
www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org

Zahlen, bitte!

Armutsbericht Reloaded

Die Tendenz ist bekannt, das Ausmaß erschreckend, aber nicht verwunderlich: Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer schneller auseinander. Vom kommenden Jahr an wird das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des weltweiten Wohlstands besitzen. Demnach besaß das reichste Prozent in der Welt 2009 bereits 44 Prozent, im vergangenen Jahr war der Anteil schon auf 48 Prozent gewachsen und 2016 wird das eine Prozent der Superreichen laut Oxfam mehr als 50 Prozent des weltweiten Wohlstands besitzen. Noch drastischer wird das Bild, wenn man sich die Spitze der Reichsten ansieht: Nach Oxfams Recherche besitzen die 85 reichsten Menschen der Erde genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen – das sind rund 3,5 Milliarden Menschen.
(Quelle: Oxfam, 19. 1.2015)

Mindestlohn und Ausnahmen

Seit Jahresbeginn gibt es den Mindestlohn von 8,50 Euro. Das macht in Vollzeit übrigens nur knapp über 1.300Euro brutto aus, wovon nach Abzug der Lohnnebenkosten nicht viel mehr übrig bleibt als unbedingt nötig. Dass Arbeitgeber dieses Gesetz als standortgefährdend für die Wirtschaft verurteilten, war zu erwarten. Aber der Gesetzgeber hat durch die Hintertür so viele Ausnahmen in das Gesetz aufgenommen – in Bezug auf Zeitungszustellende, Langzeitarbeitslose, Saisonbeschäftigte, Minderjährige usw. – dass kaum einer Arbeitgeberin Angst und Bange werden muss. Gerade für viele Minijobbende sollte der Mindestlohn mehr Freizeit bedeuten und theoretisch müssten mehr Minijobs entstehen, auch wenn die Arbeitgeber von Arbeitsplatzabbau reden. Dass Arbeitszeiten korrekt belegt sein müssen, sollte eigentlich auch klar sein. Aber nachdem bekannt wurde, dass Arbeitgeber die Arbeitszeiten nicht korrekt aufschreiben können und daher das Mindestlohngesetz als Bürokratiemonster bezeichnen, lässt Frau Nahles nun weitere Ausnahmen prüfen.

Markus Bauer



Der große Bruder schaut dich an.

Kontrolle, Überwachung, Einschüchterung

Bundestrojaner kennt keine Grenzen

Mit Hilfe der einst als Bundestrojaner bezeichneten und nicht nur bei autoritären Staaten beliebten Spionagesoftware FinFisher sollen von Bahrain aus mehrere ausländische IP-Adressen, darunter auch in Deutschland, überwacht worden sein. Nun droht der Münchner Firma, welche früher Gamma International hieß, ein Beobachtungsvorgang des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof, welcher auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei zurückzuführen ist. Es geht um den Anfangsverdacht geheimdienstlicher Agententätigkeit.
Hintergrund ist der Hack eines FinFisher-Servers, bei dem Mitte 2014 etliche Gigabyte an Daten veröffentlicht wurden. Die AktivistInnengruppe Bahrain Watch wertete daraufhin die Logfiles aus und identifizierte die Namen von überwachten Oppositionellen. Laut Bahrain Watch soll es sich bei dem Kunden der deutsch-britischen Schnüffelsoftware um eine Regierungsstelle des Königreichs Bahrain handeln.

www.golem.de/news/finfisher-angriff-auf-deutsche-ip-bundesanwaltschaft-prueft-verdacht-gegen-bahrain-1502-112413.html

Berliner Überwachungspraxis

Berliner U-Bahnhöfe sollen demnächst mit 1000 neuen Überwachungskameras aus- und umgerüstet werden, welche per Fernsteuerung zoomen und schwenken können. Bisher sind in den 173 U-Bahnhöfen bereits 2000 Kameras verbaut.
Bei der S-Bahn soll es zwar keine der neuen interaktiven Kameras geben, jedoch ist geplant, die Anzahl der überwachten Bahnhöfe von bisher 19 auf 84 zu steigern, was etwa die Hälfte der vorhandenen S-Bahnhöfe ausmacht. Hier werden, im Gegensatz zur U-Bahn, nur die Bahnsteigkanten gefilmt, um den Zugführenden die Abfertigung über Bildschirme im Führerhaus zu erleichtern. Gespeichert werden die Bilder der Überwachungskameras von Bussen und S-Bahnen für 48 Stunden, was in Zukunft auch für die U-Bahnhöfe gelten soll.
Laut Innenverwaltung forderte die Polizei im Jahr 2014 in etwa 3000 Fällen Material aus Überwachungsanlagen der Berliner Verkehrsbetriebe für die Identifikation von Verdächtigen oder für die Aufklärung von Gewalttaten an.

www.golem.de/news/u-bahn-neue-ueberwachungskameras-koennen-schwenken-und-zoomen-1502-112451.html

Überwachungsphantasien - Der Albtraum kehrt zurück

Kaum waren nach dem Attentat auf *Charlie Hebdo* die Schüsse verhallt, nutzten führende CDU-PolitikerInnen die Gelegenheit, um nach mehr Überwachung zu rufen. Altbewährt ist hier die Methode der Vorratsdatenspeicherung, welche 2006 von der EU als Richtlinie verordnet und 2010 vom Bundesverfassungsgericht gekippt wurde.
Eine zwölfmonatige Vorratsdatenspeicherung gibt es in Frankreich bereits seit 2006, was das Attentat auf das Pariser Satiremagazin aber nicht verhindern konnte. Nach den Anschlägen von Kopenhagen wittert nun auch die CSU eine Chance, um bei diesem Thema mehr Druck zu machen. So forderte deren Generalsekretär Andreas Scheuer „das richtige staatliche Rüstzeug im Kampf gegen den islamistischen Terror".
Dabei gelangte das dänische Justizministerium bereits im Jahr 2013 zu dem Schluss, dass das „Session Logging" für die Polizei bei der Aufklärung von Straftaten vollkommen nutzlos ist. Dies war eine verschärfte Form der Vorratsdatenspeicherung, bei der auch die besuchten IP-Adressen gespeichert werden. Dänemark beendete diese Praxis im letzten Jahr.
Für den Europäischen Gerichtshof ist die Speicherung von Kommunikationsdaten ohne Verdacht auf Straftaten nicht mit EU-Recht vereinbar. Das hatte Mitte 2014 zur Konsequenz, dass die Vorratsdatenspeicherung auch auf EU-Ebene gekippt wurde.

www.digitalegesellschaft.de/2015/02/vds-gespenst-europa
www.heise.de/newsticker/meldung/CSU-verlangt-Vorratsdatenspeicherung-nach-Kopenhagener-Morden-2550418.html

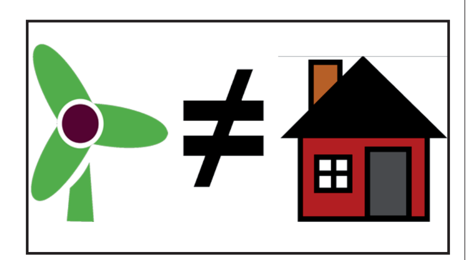
Kryptokrieg

Während sich das „Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik", kurz BSI, mehr oder weniger erfolgreich dafür einsetzt, deutsche Unternehmen mittels Verschlüsselung von Kommunikation und Daten sicherer zu machen, sieht das Bundesinnenministerium die Sache anders.
Nach Innenminister De Maizière sollen BürgerInnen ihre Kommunikation zumindest nicht vor dem Staat verheimlichen dürfen. Damit unterstützt er die Pläne des britischen Premiers Cameron und dessen Überwachungsbehörde GCHQ, welche dieser nach seiner Wiederwahl im Mai umsetzen will. Hierbei wird eine aus den USA vorgeschlagene Lösung favorisiert, bei welcher die Internetfirmen verschlüsselte Nachrichten lesbar machen sollen, was praktisch unmöglich ist. Wahrscheinlicher ist ein generelles Verbot der Verschlüsselung von Nachrichten.

www.heise.de/newsticker/meldung/Grossbritannien-Cameron-will-gegen-Verschluesselung-vorgehen-2516774.html

Zusammengestellt von Nina Schäfer

Wir sind nicht Prokon!



Als vor etwas mehr als einem Jahr der Windkraftbetreiber Prokon Pleite ging und Tausende von Kleinanlegern viel Geld verloren hatten, ahnte noch niemand, welche Auswirkungen das auf den gesamten Bereich der solidarischen Ökonomie haben würde. Als Reaktion auf die Pleite hat die Bundesregierung nämlich im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, das sogenannte „Kleinanlegerschutzgesetz". Hinter diesem so harmlos klingenden Bandwurmwort verbirgt sich eine Gesetzesänderung, die u.a. das gesamte Finanzierungsmodell des Mietshäuser Syndikats gefährdet – und nicht nur das des Syndikats: Der Bestand von zahlreichen sozialen Initiativen, wie etwa auch anderen Wohnprojekten, freien Schulen, Kollektivbetrieben, Kitas oder Dorfläden ist dadurch akut bedroht. Bei den rund 90 Syndikatsprojekten würde insbesondere die vorgesehene Prospektpflicht die Kosten, und damit die Mieten, massiv nach oben treiben. Dagegen haben zahlreiche Initiativen protestiert. Der von der Bundesregierung verabschiedete Referentenentwurf hat nun die von vielen Initiativen der Solidarökonomie vorgetragene Kritik zwar teilweise berücksichtigt, aber nach wie vor enthält der Entwurf Auflagen für die Annahme von Nachrangdarlehen, die das Fortbestehen vieler Projekte stark gefährden. Für sämtliche Mietshausprojekte würde demnach weiterhin die hohe finanzielle und bürokratische Hürde der Prospektpflicht gelten. Um den Fortbestand solidarisch finanzierter Strukturen zu erhalten, fordert das Mietshäuser Syndikat deshalb eine Lockerung dieser restriktiven Anforderungen:

1. Anhebung der Obergrenze der Vermögensanlage auf deutlich über 5 Millionen Euro
2. Anhebung der maximalen Zinshöhe auf mindestens 2% p.a.
3. Keine Bindung der Ausnahmeregelung an die Rechtsform
4. Aufhebung des Werbeverbots

Aktuelle und ausführlichere Informationen findet ihr unter www.syndikat.org/wirsindnichtprokon. Außerdem haben wir eine Petition „Für sinnvolle Ausnahmeregeln im Vermögensanlagegesetz" gestartet: www.openpetition.de/petition/online/fuer-sinnvolle-ausnahmen-vom-vermoegensanlagen-gesetz-vermanlg.
Wir würden uns natürlich freuen, wenn ihr die Petition unterstützt.

Thomas Hohner

Diebe in Anzügen tragen Filzstiefel

In Berlin kämpfen rumänische Bauarbeiter mit der FAU für die Auszahlung ihrer Löhne. Die Bosse geben sich unschuldig und verschleiern ihre geschäftlichen und persönlichen Beziehungen



Quelle: FAU Berlin

Fast 400 Demonstrierende am Nikolaustag 2014 gegen die üble Ausbeutung

Auf Baustellen weht ein rauer Wind, soviel ist klar. Auf vielen deutschen Baustellen scheint aber, neben der harten körperlichen Arbeit, auch übelste Ausbeutung und menschenunwürdige Behandlung insbesondere migrantischer ArbeiterInnen aus dem EU-Ausland gängige Praxis zu sein. Neu ist nun, dass sich geprellte Arbeiter zur Wehr setzen. Unlängst fanden polnische Kollegen Unterstützung bei der FAU Freiburg (*Direkte Aktion* berichtete in Nr. 226), derweil kämpfen rumänische Arbeiter in Berlin – seit November 2014 dort in der FAU organisiert – für ausstehende Löhne von rund 60.000 Euro.

Gearbeitet hatten sie, teils seit Juli, bis Mitte Oktober 2014 im Herzen der Hauptstadt: bei der Errichtung der „Mall of Berlin", die im Herbst 2014 trotz Mängeln beim Brandschutz feierlich eröffnet wurde. Für den Bau dieses Shopping- und Wohnkomplexes am Potsdamer Platz haben hunderte Arbeiter aus Rumänien – so berichten die Genossen – für kaum sechs Euro Stundenlohn zehn Stunden am Tag geschuftet. Bereits in dieser Zeit war es zu Unregelmäßigkeiten sowie zu Protesten und Arbeitsniederlegungen gekommen. Schließlich wechselten sie – in der Hoffnung auf Besserung – von einem Subunternehmen zum nächsten. Am Ende zahlten beide Subunternehmen nicht einmal die rechtswidrig niedrigen Löhne vollständig aus: „Uns wurde nicht nur der Lohn vorenthalten", erklärt ein Genosse, „wir haben auch mehrfach Willkür und Drohungen (auch von Gewalt) erfahren. Uns wurden schriftliche Arbeitsverträge vorenthalten und es wurden gar keine oder völlig unzureichende und überteuerte Unterkünfte gestellt." Ein anderer sagt: „Ich hatte zwei Ziele, als wir mit den Protesten begonnen haben: Erstens wollte ich um unsere Würde kämpfen, zweitens um das Geld." Dann hält er feierlich inne: „Ersteres haben wir schon geschafft."

Bevor sie der FAU Berlin beitraten, waren die Kollegen bereits beim öffentlich finanzierten *Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte in Berlin* im DGB-Haus, wo man die wachsende Zahl von Beratungen für ArbeiterInnen aus Rumänien und Bulgarien ebenso bestätigt wie beim interkulturellen Verband *Amaro Foro*. Dieser Fall darf somit als symptomatisch gelten für die steigende Ausbeutung von ArbeiterInnen aus EU-Ländern, die für Niedrigstlöhne angeworben werden und dann nicht einmal vollständig bezahlt werden. Allerdings ersetzt die rechtliche Beratung und Geltendmachung von Ansprüchen nicht die gewerkschaftliche Aktion.

Dafür sorgte schnell und entschlossen die FAU Berlin und insbesondere die dortige Sektion für migrantische ArbeiterInnen, die *Foreigners Section*, sowie eine eigens gegründete Arbeitsgruppe. Mit täglichen Kundgebungen und einer lautstarken Demonstration machte die Basisgewerkschaft samt ihrer neuen Genossen in der Vorweihnachtszeit 2014 die „Mall of Shame" zum Symbol der Ausbeutung migrantischer ArbeiterInnen und, so schreibt die *Märkische Allgemeine* Ende Januar, „zum Gegenstand der Berichterstattung sämtlicher Berliner Medien". Tatkräftig unterstützt wurden sie dabei durch FAU-Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich an der umgehend ausgerufenen Mail-Protest-Kampagne beteiligten.

Die Unternehmer

Der Bau der „Mall of Berlin" soll nach Angaben des *Rundfunk Berlin-Brandenburg* etwa eine Milliarde Euro gekostet haben. In Auftrag gegeben wurde er von der HGHI Leipziger Platz GmbH, die Ausführung übernahm eine „Arbeitsgemeinschaft Leipziger Platz N° 12" unter Geschäftsführung der inzwischen insolventen Fettchenhauer Controlling und Logistic (FCL) GmbH. Direkt verantwortlich für den Lohnbetrug sind die Subunternehmen Metatec-Fundus GmbH & Co. KG aus Berlin-Kreuzberg sowie Openmallmaster GmbH aus Frankfurt am Main, jedoch liegt die Hauptverantwortung für die Zustände auf der Baustelle bei der „Arbeitsgemeinschaft" und letztlich beim Auftraggeber. Hintergründe in *Direkte Aktion* Nr. 227.

„Wir haben nichts mit den Arbeitern zu tun."

Die Unternehmer (siehe Kasten) versuchen derweil, sich ihrer Verantwortung zu entziehen und distanzieren sich voneinander. Auftraggeber Harald Huth (HGHI) lässt sich mit den Worten zitieren: „Wir haben nichts mit den Arbeitern zu tun. Das ist Angelegenheit der FCL, die wir für alle erbrachten Leistungen vollständig bezahlt haben." Die ausführende FCL indes meldete Mitte Dezember Insolvenz an. Das allerdings hindert Ex-Geschäftsführer Andreas Fettchenhauer weder daran, mit rund einem halben Dutzend Firmen weiter im Baugewerbe tätig zu sein, noch an dem Versuch, der FAU Berlin per Einstweiliger Verfügung einen Maulkorb zu verpassen. Vertreter der Subunternehmen erklärten indes wahlweise „nie rumänische Arbeiter beschäftigt" (Metatec) oder aber „ebenfalls kein Geld bekommen" (Openmallmaster) zu haben – ersterem stehen u.a. sogenannte Verzichtserklärungen entgegen, die einzelne Kollegen für Abschlagszahlungen unterzeichnet haben. Letzteres bestreitet Fettchenhauer vehement. Und während Huth die Zusammenarbeit mit Fettchenhauer Mitte Dezember gekündigt haben will, arbeitet die „FCL Fettchenhauer Construction GmbH" derzeit in Berlin-Lichterfelde munter am Umbau des LIO-Einkaufszentrums – einem Projekt der Huth'schen HGHI.

Die FAU Berlin setzt die Proteste derweil auch 2015 fort und weitet sie aus, etwa mit Flyer-Aktionen in Lichterfelde oder mit einer Kundgebung bei Metatec. Zudem unterstützte die Basisgewerkschaft ihre Genossen dabei, nun auch vor dem Arbeitsgericht zunächst Klage gegen die Subunternehmen zu erheben und wehrt sich selbst gegen „die Einstweilige" und die damit verbundene Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit – es bleibt also spannend.

Ein mafiöses Netzwerk

Spannend dürfte auch der Prozess gegen die frühere Berliner Beton-System-Schalungsbau (BSS) GmbH werden, die Ende 2011 (neben anderen Firmen) im Fokus von Ermittlungen der Zoll-Soko „Taurus" gestanden hat. Damals berichtete der *Spiegel* über ein „mafiöses Netzwerk" auf dem Bau – die dort beschriebenen Methoden scheinen dieselben zu sein, denen die Genossen der FAU Berlin unlängst zum Opfer fielen. Im März 2015 wird nun die Hauptverhandlung vor der 24. Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main stattfinden: Angeklagt ist – neben dem Subunternehmer Sotirios L. und sechs weiteren Personen – auch der ehemalige Geschäftsführer des Auftraggebers BSS, Peter K., der zusammen mit Fettchenhauer einer von drei BSS-Gesellschaftern war. Während letzterer heute beteuert: „Bei der BSS war ich persönlich zu keinem Zeitpunkt Geschäftsführer", wies ihn das Impressum der BBS-Website im Oktober 2011 nicht mehr nur als „Assistens" [sic!], sondern als „Mitglied der Geschäftsführung" aus. Pikant ist zudem: Das 2011 umgehend erfolgte Dementi zur Berichterstattung infolge der Zoll-Razzien – „bei der BSS [hat es] keine Verhaftungen von Führungskräften ... gegeben. Die Geschäftstätigkeit der BSS als solche steht nicht im Fokus der Ermittlungen" – übernahm mit der Kanzlei Lerch & Coll. eben jene Kanzlei, die 2015 eine Einstweilige Verfügung gegen die FAU Berlin erwirkte.

André Eisenstein

Aktuelle Informationen: *berlin.fau.org/mall*
www.facebook.com/mallofshame
Ein Kommentar zur Demonstration:
lowerclassmag.com/2014/12/pay-you-fuckers

Dreck am Stecken

Die Ergebnisse einer Umfrage...

Die FAU Kiel hat im September vergangenen Jahres einen Fragebogen zu Arbeitsverhältnissen im Reinigungsgewerbe veröffentlicht und diesen im Kieler Stadt- und Einzugsgebiet verbreitet. Die Auswertung des Fragebogens zeigt ein erwartet bitteres Bild: In vielen Betrieben, hervorzuheben sind hier die Gastronomie und das Hotelgewerbe, finden sowohl Schwarzarbeit als auch systematische Hinhaltetaktiken seitens der Geschäftstreibenden statt. Angestellte werden regelmäßig später als vereinbart ausgezahlt und zum Teil gibt es regelmäßige Zahlungsaufschübe. Arbeitsverträge würden häufig nur mündlich oder in skizzierter Form vereinbart.

Migrantische Beschäftigte sind aufgrund der sprachlichen Hürden besonders von ausbeuterischen Formen der Beschäftigung betroffen. Die Unkenntnis der deutschen Sprache wird von ChefInnen genutzt, um entweder Falschinformationen zu streuen oder aber auch um Ängste zu schüren und somit die Beschäftigten erpressbar zu machen. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist eher die Ausnahme in Betrieben, bei denen keine tarifliche Absprache getroffen wurde. Vereinzelt zeigt sich ein sklavenähnliches System, bei dem Menschen systematisch ausgebeutet werden. Grundlegend sind die sprachliche Hürde, Unkenntnis der eigenen Rechte, Schwarzarbeit und die Notwendigkeit alleinerziehend Geld zu verdienen. Vor allem migrantische Frauen leisten neben dem offiziellen 450-Euro-Job unbezahlte oder nur sehr schlecht bezahlte Überstunden und werden auch abseits ihrer eigentlichen Tätigkeitsfelder eingesetzt. So musste eine Reinigungskraft etwa Kinder hüten und als Köchin arbeiten.

In Privathaushalten ist die Grenze noch fließender, denn neben der sozialen Einbindung als Quasi-Teil der Familie ist die finanzielle Abhängigkeit noch größer als bei Betrieben, da der Arbeitsbereich auch gleichzeitig den Wohnraum darstellt. So entsteht bei jederzeit möglichem Abruf zur Arbeit die Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit. Auch weisen einige Fragebögen auf das „Ausleihen" der Arbeitskraft an Bekannte hin. Besonders diese Form stellt einen Graubereich zu Zuständen dar, die offiziell als Sklavenhaltung und Menschenhandel tituliert werden. Arbeitgeber wissen um die Angst von schwarz arbeitenden Menschen vor Entdeckung und die Strafandrohung reicht meist aus, um diese folgsam – auch bei groben und wiederkehrenden Arbeits- und Menschenrechtsrechtverstößen – und gefügig zu halten. Auch zeigte sich in einem Fall eine Verbindung eines Hotelbetriebes zu einer stadtbekannten rechtsaffinen Naturheilpraxis.

Die Auswertung offenbarte, dass die Unzufriedenheit zwar groß, aber die Hürde doch sehr hoch ist sich diesen Zuständen entgegenzustemmen. Es bleibt die schwierige Frage, wie Menschen in solchen Verhältnissen unterstützt werden können, ohne ihre Angst zu befeuern oder sie zu bevormunden. Erst nach Beendigung solch ausbeuterischer Verhältnisse waren Einzelne bereit konkret über ihre Arbeitgeber und die Bedingungen, unter denen sie litten, zu sprechen. Die FAU Kiel wird die Betriebe, die bei der Umfrage als besonders ausbeuterisch zu Tage traten, im Auge behalten und weiterhin versuchen unbemerkt die Beschäftigten zu erreichen.

Benjamin Steilmann

Meldungen aus der FAU

Dachau bei München

Weiterhin aktiv ist die Unabhängige Betriebsgruppe in den Amper Kliniken in Dachau. Nachdem der Vorstand versuchte die Aktivisten durch Verbot der Betriebszeitung *ANTIGEN* einzuschüchtern (siehe *DA* 226), wird nach Druck in der Öffentlichkeit seitens der Helios-Pressesprecherin zurückgerudert. Aktuell macht die Betriebsgruppe gegen die Schließung der Küche mobil. 40 Kollegen und Kolleginnen würden dadurch ihren Job verlieren. Auch gegen die schlechten Arbeitsbedingungen nach dem Outsourcing im Reinigungsbereich wurden Aktionen organisiert. Schon in der Vergangenheit solidarisierte sich die Gruppe mit aktiven Mittagspausen. Der Helios-Konzern als neue Eigentümerin wird wegen seiner maßlosen Profitvorstellungen sowie der rücksichtslosen Personalführung angeprangert.

Nähere Informationen im Interview mit dem Portal Ungesundleben: www.ungesundleben.org/privatisierung/index.php/Bayern#Interview_mit_der_Unabh.C3.A4ngigen_Betriebsgruppe_Amper_Kliniken_Dachau

Köln

Ebenfalls thematisch vielschichtig unterwegs ist die FAU Köln. So beteiligen sich die FAUistas aus der Rheinmetropole an den Demonstrationen gegen Pegida, Hogesa sowie Kögida. Wieder dabei war die FAU Köln bei einer Solidaritätsaktion für die Gefangenen und anderen Opfer von Repression in Spanien. Geplant ist ab März eine Veranstaltungsreihe namens „Libertäre Wochen" mit Themen wie der Geschichte der FAUD in den 1920er sowie der FAU Köln in den 1970er/80er Jahren, Vorträgen und Filmvorführungen über Arbeitssicherheit, Selbstorganisation, internationale Arbeitskämpfe u.a.

Dresden

Die FAU Dresden unterstützt weiterhin einen Bauarbeiter aus Bulgarien im Lohnkampf gegen eine Briefkastenfirma. Er und seine KollegInnen wurden letzten Herbst nicht bezahlt worden. Als sie sich organisierten, wurden sie von Schlägertrupps bedroht. FAU und Nachbarschaftsvernetzung organisierten Übersetzung, Schlafplätze und Anwälte für die KollegInnen. Nach erstem Druck und durch die Veröffentlichung des Falls wurde ein Teil der Summe ausgezahlt. Der Kollege will aber vor Gericht den vollen Lohn erstreiten und den Fall aber auch die Hilfe der FAU unter Beschäftigten in Bulgarien bekannt machen.

Arbeiter und Arbeitslose in einer bürgerlichen Revolution

Das Beispiel der „Rehberger" und Gustav Adolph Schlöffels 1848

Die Märzrevolution von 1848 wird in den Geschichtswissenschaften meist als „bürgerliche Revolution" dargestellt, oft sogar als „deutsche Revolution". Beide Begriffe sind irreführend: Zwar waren die Ergebnisse dieser Revolution durchaus „bürgerlich": In den Schulen ist die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche und die Erarbeitung einer Verfassung das wesentliche Element, das von der Revolution geblieben ist. Die AkteurInnen, die aber tatsächlich die Revolution durchführten, waren ArbeiterInnen bzw. Arbeitslose. Das Bürgertum profitierte letztlich von diesen militanten ArbeiterInnen, die es gleichzeitig fürchtete und inhaltlich zurückdrängte.

1848 war weiterhin weder nur ein deutsches noch nur ein europäisches Phänomen: Es war eine globale Revolution in einem Ausmaß, wie es erst in den Revolutionen von 1910 (Mexiko) bis 1936 (Spanien), dann 1968 sowie in den heutigen globalen Kämpfen wiederkehren sollte. Neben die bekannteren Beispiele in Frankreich – dem Vorspiel zur Revolution in Deutschland – und Italien treten Revolutionen z.B. in Ungarn, der Ukraine und Rumänien wie auch in Kanada, Nueva Granada (Kolumbien, Venezuela, Panama) oder Brasilien.

Die Rolle der frühen Arbeiterbewegung

Dass 1848 in der frühen Arbeiterbewegung eine wesentliche Rolle spielt, ist offensichtlich: Nicht umsonst erscheint eben in diesem Jahr mit dem „Manifest der kommunistischen Partei" der Schlüsseltext der jungen Bewegung. Der 18. März, der Jahrestag der Berliner Barrikadenkämpfe, ist bis nach dem Haymarket Riot 1886 der Feiertag der Arbeiterbewegung – gleichzeitig erinnert er an die Pariser Kommune 1871. Ab 1922 wird er von der Roten Hilfe zum „Tag der politischen Gefangenen" deklariert.

Namentlich steht vor allem Stefan Born und seine kurzlebige „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung" (AdA) für die Beteiligung der ArbeiterInnen. Born organisierte – entsandt von Marx im Auftrag des „Bund der Kommunisten" - vor allem die Berliner Buchdrucker. Die Buchdrucker – und auch Buchdruckerinnen – gelten seinerzeit als „Avantgarde" der jungen Bewegung. Der schnelle Wandel des Druckgewerbes ist exemplarisch für die Industrialisierung. Der Beruf brachte eine Belesenheit mit sich und die massive Ausweitung des Drucks führte zu zahlreichen politischen Publikationen. Gleichzeitig ging die Entwicklung der Druckindustrie durchaus mit einer Abqualifizierung und Prekarisierung einher, auch zu Frauenarbeit an den Druckpressen. Die lesenswerte SPD-Haushistorikerin Helga Grebing hat 2013 zum 150jährigen Jubiläum der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (AdAV) um Ferdinand Lassalle kritisiert, dass die Geschichte des AdA hier fast immer übergangen wurde.

Stefan Born selber beschreibt rückblickend, wie aus der rein theoretischen kommunistischen Bewegung eine selbstbewusste Arbeiterbewegung wurde: „Weggewischt waren für mich mit einem Male alle kommunistischen Gedanken, sie standen mit dem, was die Gegenwart forderte, in gar keinem Zusammenhang… Was kümmerten mich entfernte Jahrhunderte, wo jede Stunde nur dringende Aufgaben und Arbeit in Fülle darbot".[1]

Frühe Sozialdemokratie gegen Protosyndikalismus

Angesichts der „wirklichen Bewegung", wie Marx es in der „Deutschen Ideologie" nannte, verblassten die theoretischen Debatten, die auch im Bund der Kommunisten und beim frühen Marx noch den utopischen Odem des Frühsozialismus atmen. Dieser Pragmatismus Borns ist zwar einerseits sympathisch, begründet aber andererseits auch tatsächlich die Idee der Sozialdemokratie: „soziale Reformen im demokratisch organisierten Staat", wie Grebing es formuliert. Stefan Borns „Arbeiterverbrüderung" konzentrierte sich auf „qualifizierte Fabrikarbeiter und die Schicht der proletarisierten Handwerker"[2] und grenzte sich scharf von einem angeblichen „Lumpenproletariat" ab, unter dem z.B. Ungelernte, Tagelöhner und Arbeitslose verstanden wurde. Gegen diese ArbeiterInnen-Gruppen wurde eine angebliche „proletarische Moral" von Fleiß, Anständigkeit und Ehre formuliert, die „direkte Aktion" als Mittel wird von Born abgelehnt. Die erste spezifische Arbeiterorganisation in Deutschland ist dann für Born auch eine „Ordnungsmacht, die zusammen mit dem Bürgertum die errungenen Freiheiten gegen die Reaktion verteidigen soll", bis, so Born selber, „wir es dahin bringen, dass wir als Arbeiterklasse, als eine Macht im Staate dastehen".[3] Stefan Borns Konzept entspricht hier der damaligen Vorstellung von Karl Marx, in einem Bündnis von Bürgertum und Arbeiterklasse vorerst eine bürgerliche Revolution zu gestalten. Bartnik und Bordon betonen, dass diese Vorstellungen Borns – ständig wiederholte Aufrufe zu Disziplin, Sauberkeit und Pünktlichkeit – einerseits dazu beigetragen habe, die kapitalistische Fabrikmoral durchzusetzen und andererseits die revolutionären Energien so kanalisierte, dass die Etablierung und Positionierung der SPD ein Ergebnis war – und zwar als „eine der größten Niederlagen [der deutschen Arbeiterbewegung, Anm. des Autors]"[4]

Doch diese Position wurde keineswegs überall geteilt. Kann man die „Arbeiterverbrüderung" und Stefan Borns Zeitung „Das Volk" auch inhaltlich als Prototyp der deutschen Sozialdemokratie betrachten, so formulierte Gustav Adolph Schlöffel in seiner Zeitung „Der Volksfreund" Ideen, die später im Syndikalismus wieder auftauchten: Schlöffel, beeinflusst vom Frühsozialismus, sah keine Möglichkeit eines Bündnisses von ArbeiterInnen und BürgerInnen, denn dieses hatte längst ein Bündnis mit dem Junkertum, ein Bündnis der herrschenden Klassen, geschlossen, das die ArbeiterInnen für sich kämpfen ließ und diese dann fallen ließ wie eine heiße Kartoffel. Gegen ein solches Bündnis setzte Schlöffel eine spezifische „Organisation der Arbeiter und der Arbeit", so der Titel einer unvollendeten Artikelserie. Schlöffel betont hier den engen Zusammenhang von ökonomischem und politischem Kampf und formuliert Grundsätze des Syndikalismus: „keine Isolierung der Arbeiterorganisation außerhalb des Produktionsbereichs in Form etwa einer politischen Partei, sondern Entwicklung von Kämpfen in Wechselwirkung der Arbeiterassoziationen auf Betriebs- und Branchenebene".[5]

Wer war Gustav Adolph Schlöffel?

Der schlesische Fabrikantensohn G.A. Schlöffel hatte ab 1846 in Heidelberg Philosophie studiert und sich dort im geheimen „Neckarbund" an der badisch-pfälzischen Revolution beteiligt. Aus dem Neckarbund heraus initiierte Schlöffel 1847 einen ersten Arbeiterverein mit. Verschiedentlich ist er bei Aufständen in Baden und im Odenwald zu finden, u.a. als Kritiker des Revolutionsführers Friedrich Hecker, der ihm nicht radikal genug vorgeht. 1848 reist er nach Berlin, wird hier agitatorisch tätig. Am 10. Mai 1848 wird er wegen Aufruhrs verhaftet. Seine sechsmonatige Haft verbüßt er in Magdeburg, flieht aber drei Wochen vor Ende der Haft, um an den revolutionären Ereignissen in Wien teilzuhaben. Von dort aus verschlägt es ihn in die ungarische Revolution. Nach einer Intrige kehrt er ins Badische zurück, arbeitet eine Zeit lang als Frankfurter Parlamentskorrespondent für die „Neue Rheinische Zeitung" Als in der Pfalz die revolutionären Kämpfe wieder entfachen, wird er hier tätig und am 21. Juni 1849 im Gefecht durch eine preußische Kanonenkugel getötet – angeblich ist er, angesichts der verlorenen Schlacht, mit wehender Fahne den gegnerischen Preußen entgegen gestürzt, um seinem Leben ein Ende zu setzen.[6]

Die Rehberger

Der Resonanzboden, auf dem das radikale, proletarische Engagement in Berlin 1848 stattfindet, sind die Rehberger: 1.500 Berliner Arbeitslose, die zu Notstandsarbeiten in den Rehbergen am Stadtrand von Berlin zwangsverpflichtet wurden. „Die Erkenntnis der Absurdität ihrer Arbeit, die zum Teil nur darin bestand, Sandhügel abzutragen, um sie woanders wieder aufzuschichten, förderte bei den Beschäftigten schnell das Bewusstsein, dass der ihnen bezahlte Lohn […] nur ein Bestechungsgeld für die Nichtbeteiligung an den Straßenunruhen darstellte"[7] – wer fühlt sich da nicht an die Hartz IV-Maßnahmen erinnert!

Entsprechend waren Bummelstreik und Sabotage unter den Rehbergern an der Tagesordnung, ebenso Holzdiebstahl als „Lohnzuschuss" und Widerstand gegen die Vorarbeiter – und sie beteiligten sich eben auch an den Straßenkämpfen. Meist wohnungslos, siedelten die Rehberger sich in einfachen Holzhütten direkt an ihren Arbeitsplätzen an. Durch diesen engen Lebenszusammenhang etablierte sich unter ihnen eine eigene subproletarische Kultur, zu der z. B. die „Katzenmusiken" gehörten, die Politikern vorgespielt wurden. In den bürgerlichen und proto-sozialdemokratischen Publikationen galten die Rehberger als faul und zügellos, gleichzeitig werden sie als „grobe Gestalten" dargestellt. Robert Springer beschreibt sie zeitgenössisch wie folgt:

„Sie arbeiteten, wie man sagt, wenig, lebten aber sonst einträchtig, prügelten sich gemütlich, widersetzten sich den Schachtmeistern […]. […] Man sah sie häufig vom Morgen bis zum Abend in drohenden Haufen vor dem Berliner Rathause, Lohnerhöhung fordernd oder irgendeine Beschwerde führend; in dem politischen Klub traten einzelne Begabte unter ihnen zuweilen als Redner auf und ergänzten den mangelnden Ausdruck ihrer Rede durch die vielsagende Mimik ihres Knotenprügels […]"[8]

Schlöffel und andere erkannten dagegen ein Potential in den Widerstandsformen der Rehberger. Er verteilte den „Volksfreund" umsonst unter ihnen und formulierte Flugblätter mit ihnen. Die „Rehberger" standen für die nicht-integrierbaren, militanten Arbeiterschichten, mit denen weder Bürgertum noch das vermeintliche „Proletariat" viel zu tun haben wollte.

Theorien des Scheiterns

Diese Gründungsspaltung der Arbeiterbewegung hat sich im Prinzip bis heute erhalten: Wir finden sie in der Trennung von Kernbelegschaften und LeiharbeiterInnen bzw. noch stärker osteuropäischen WerkvertäglerInnen. Wir finden sie in der Trennung von „ordentlichen", tariflichen Streiks und den Riots etwa in Athen, Paris, London oder Stockholm. Global sind sie die „Überflüssigen" oder „Überzähligen", wie Marx sie genannt hat, deren Widerstandsmittel wir nicht verstehen (wollen) – einschließlich fundamentalistisch religiöser Strömungen. Mit diesen Trennungen einher geht seit 1848 oder sogar früher die Trennung einer angeblich vernünftigen, politischen und „bewussten" Arbeiterbewegung und der „anderen Arbeiterbewegung", wie Karl Heinz Roth sie genannt hat, die ihre direkten (ökonomischen) Interessen – Nahrung, Kleidung, Unterkunft – in Brotkrawallen, Raub und Überfall oder eben in genannten Riots durchsetzten – vermeintlich irrational und ohne dieses dubiose „Klassenbewusstsein". E.P. Thompson hat bereits vor 50 Jahren darauf hingewiesen, dass die Beschreibung solcher Klassenkämpfe nicht als „primitiv" bezeichnet werden kann.[9]

Diese am Beispiel 1848 zu sehende Klassenzusammensetzung und –spaltung war es letztlich auch, die aus dem jungen revolutionär Marx den Theoretiker gemacht hat, der, wie Ahlrich Meyer schreibt, sodann eine „Theorie der Niederlage" formulierte: „Die Kritik der politischen Ökonomie ist ihrem Selbstverständnis nach keine Revolutionstheorie. Jedenfalls hat die Konstitution des revolutionären Subjekts in ihr keinen systematischen Ort".[10] Die Revolution von 1848, in die auch Karl Marx – siehe eben das Manifest! – große Hoffnungen gesteckt hatte, wurde für ihn die Grundlage für eine Theorie, die die sozialen Bewegungen „an die Entwicklung und Modernität des Kapitals" bindet.[11] Damit wurde auch nur das moderne Proletariat – das Industrieproletariat – zum privilegierten Träger der Revolution und manifestierte eine viele Arbeitende - MigrantInnen, ReprodutkionsarbeiterInnen u.v.a. - ausschließende Tradition, die sich sowohl in Partei-Marxismus wie auch in der Sozialdemokratie historisch und aktuell widerspiegelt.

Teodor Webin

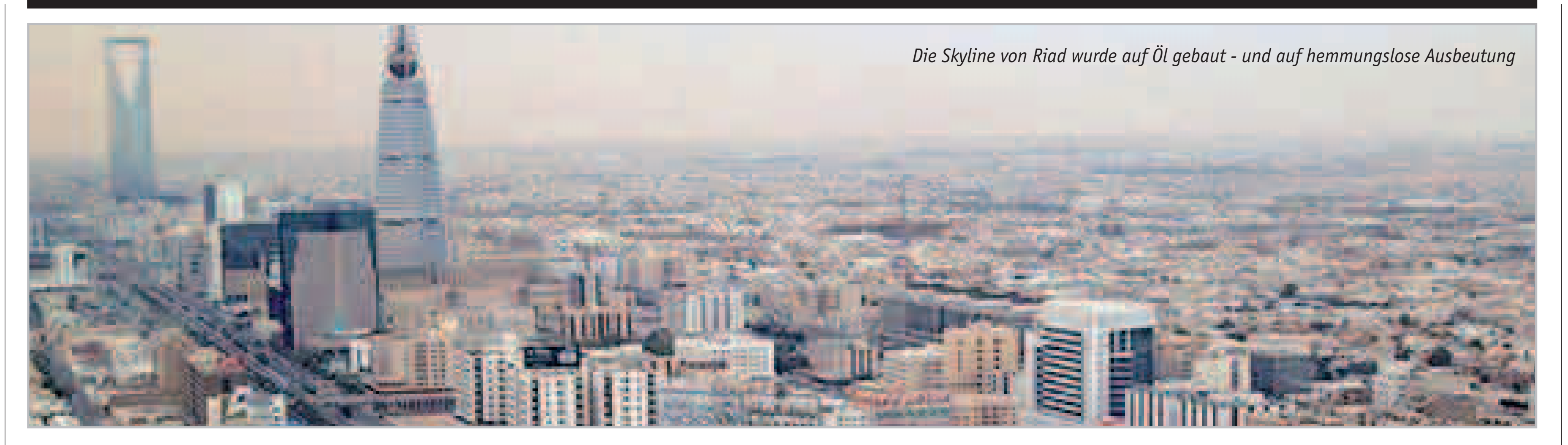


Das „Lied der Rehberger" beschreibt satirisch und dennoch entlang der Tatsachen die damaligen Lebensumstände.

"Die scheene Zeit is bald entfloh'n,
Drum nu noch frisch jetummelt.
Heit jeht et noch uf Dagelohn,
Doch ach Herrje, von morgen schon
Wird uf Accord jebummelt!"

Quellen:

[1] Zitiert nach Grebing, Helga: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. München 1970. S.44
[2] Bartnik, Norbert und Frieda Bordon: *Die Rehberger. Subkultur der Berliner Erdarbeiter um 1830*. S.80. In: Bergmann/Janssen/Klein (Hrsg.): *Autonomie im Arbeiterkampf. Beiträge zum Kampf gegen die Fabrikgesellschaft*. München/Hamburg 1978. S.67 – 87
[3] Ebd. S. 81
[4] Ebd. S. 68 f.
[5] Ebd. S. 83
[6] Vgl. Wernicke, Kurt: *Die Spuren eines Revolutionärs*. Revolutionär Gustav Adolph Schlöffel (1828–1849). Berlinische Monatsschrift Heft 6/99. S.53 – 59
[7] Bartnik/Bordon, S. 73
[8] Zitiert nach Schulz, Ursula (Hrsg.): *Die Deutsche Arbeiterbewegung 1848 – 1919 in Augenzeugenberichten*. Düsseldorf 1976. S.62
[9] Thompson, E.P.: *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*. Frankfurt a.M. 1987. S.636f
[10] Meyer, Ahlrich: *Eine Theorie der Niederlage. Marx und die Evidenz des 19. Jahrhunderts*. S.323. in: Roth, Karl Heinz und Marcel van der Linden (Hrsg.): *Über Marx hinaus*. Berlin/Hamburg 2009. S. 311 – 333
[11] Ebd. S. 323


Die Skyline von Riad wurde auf Öl gebaut - und auf hemmungslose Ausbeutung

Das Land der unbegrenzten Ausbeutung

Amir Dam über sein Leben als Sohn eines jordanischen Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien

Aufgrund der Anstellung meines Vaters war ich lange Zeit ein Teil der saudischen Gesellschaft. Ich bin dort geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen. Die Zeit in Saudi-Arabien war für uns alle von Rassismus und Ausgrenzung geprägt. Für die saudischen Mitschüler waren meine Geschwister und ich lediglich „Ajnabi" (Fremde, Ausländer), die ihre Heimat nur für Geld verlassen haben und ihre Seele für selbiges verkaufen würden. In Deutschland entspricht das in etwa dem Diskurs über sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Die Schulzeit war von sinnlosen körperlichen Auseinandersetzungen zwischen „Ajnabis" und Saudis gezeichnet, die von den Lehrer_innen ignoriert wurden. Der Zugang zu Freizeitangeboten und Sporteinrichtungen war uns Ajnabi-Kindern untersagt. Das Verlassen unseres Hauses ohne Begleitung verboten uns unsere Eltern strengstens, zu oft hörte man Geschichten von entführten Kindern der ausländischen Familien, weil diese so „beliebt" seien und so exotisch in ihren Jeans aussähen.

Der saudische Traum

Seit der Entdeckung des Öls 1938 bis zur heutigen Zeit gilt Saudi Arabien als eines der am schnellsten wachsenden Wirtschaftsländer der Region. Mit etwa 90 Prozent Anteil am saudischen Budget und einem reellen Profit von über 102,9 Milliarden Dollar im Jahr 2012 ist das Öl der Garant für das luxuriöse Leben und eine sichere Zukunft. Saudi Arabien wurde aus ökonomischer Sicht zum Land der unbegrenzten Möglichkeiten; eine Fülle an Stellenangeboten und hohe Verdienstmöglichkeiten sind ein Magnet für Arbeiter_innen aus aller Welt. Heute arbeiten und leben etwa zehn Millionen Ausländer_innen in Saudi Arabien und stellen damit etwa ein Drittel der Bevölkerung. Sie belegen etwa 42 Prozent der Arbeitsplätze, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor. 83 Prozent der ausländischen Arbeiter_innen verdienen weniger als 533 US-Dollar im Monat, und nur 14 Prozent von ihnen verdienen durchgängig mehr als 533 US-Dollar im Monat (vgl. Aljazeera International Academy data). Damit liegen sie fast 200 Dollar im Monat unter dem festgeschriebenen Mindestlohn für Saudis im öffentlichen Dienst. Der private Sektor kennt allgemein keinen Mindestlohn.

Die Verteilung der Arbeitergesellschaft ist klar und einfach strukturiert. Menschen aus Indien, Pakistan und Bangladesch sind meist als Reinigungskräfte oder in der Abfallentsorgung eingestellt; ganz generell findet man sie im Dienstleistungssektor, der vornehmlich schwere körperliche Arbeit beinhaltet. Hier wird man weit und breit keinen Saudi antreffen. Im mittleren Beschäftigungsfeld, in dem zumindest Schul- und Sprachkenntnisse erforderlich sind, z.B. in der Gesundheitsfürsorge oder dem Tourismusbereich und der Gastronomie, findet man vornehmlich Menschen aus den Philippinen oder aus Zentralasien. Ihnen sagt man ein besseres „Hygieneverständnis", besseres Aussehen und bessere Sprachkenntnisse (vor allem Englisch) nach. Junge Frauen von den Philippinen oder aus Sri Lanka werden auch gerne als „Hausmädchen" engagiert, fast jede saudische Familie hat zumindest eine. Dies ist jedoch noch mal ein ganz eigenes Thema.

Im Bereich der akademischen MINT-Berufe werden vor allem arabische Muttersprachler bevorzugt eingestellt, viele von ihnen kommen aus Ägypten, Syrien, dem Libanon und Jordanien. In den Spitzenpositionen, wie der Geschäftsführung der zumeist privaten Firmen, findet man dann die Europäer_innen oder US-Amerikaner_innen. Viele von ihnen arbeiten für die saudische Erdölförderungsgesellschaft Aramco und leben in vom Rest der Bevölkerung abgeriegelten Siedlungen.

Verwischte Grenzen zwischen Arbeitsrecht und Leibeigentum

Wer in Saudi Arabien arbeiten möchte, muss sich für gewöhnlich erst einmal bei einer „employ agency" bewerben, nur danach kann man einen Vertrag bei den zukünftigen Bossen unterschreiben. Erst dann wird vielen bewusst, dass ihr Leben sich nachhaltig verändert hat. „Arbeitgeber" werden in Saudi Arabien auch „kafiel" genannt, was übersetzt so viel heißt wie „Bürge": Jemand, der in allen Bereichen des Lebens für dich als „Arbeitnehmer_in" verantwortlich ist. Ohne einen „kafiel" ist die Einreise nach Saudi Arabien schwer möglich. Falls man nicht schon vorgewarnt wurde, wird spätestens nach einer Weile deutlich, dass dieser Kafiel eine schwere Einschränkung der eigenen Menschenrechte bedeutet. Ohne seine schriftliche Erlaubnis war es sehr lange nicht möglich, die Stadt zu verlassen. Erst vor Kurzem wurde diese Praxis offiziell verändert. Viele Nicht-Saudis nennen dieses Papier „Sklaven-Dokument". Ein Kafiel behält den Reisepass bei sich, meist gut verwahrt in einem Safe. Das Land ohne seine Erlaubnis zu verlassen, ist letztlich utopisch. Es ist nicht möglich, ein Auto kaufen, den Job zu wechseln oder ein eigenes Bankkonto ohne seine Einwilligung zu eröffnen. Der Kafiel wird in jeden Teil des Lebens miteinbezogen, ob es den Arbeiter_innen gefällt oder nicht: Wer einem Kafiel ausgeliefert ist, ist weitgehend unmündig. Anstelle eines Reisepasses händigt der Kafiel ein „Ansässigkeitsdokument" aus, das die Arbeiter_innen immer, ob Tag oder bei Nacht, bei sich tragen müssen, denn sie werden überall und ständig danach gefragt. Aber all das akzeptieren viele – für das Einkommen, das nirgendwo sonst erzielt werden kann, wozu auch die Steuerfreiheit gehört. Dafür legen viele Arbeiter_innen ihre persönlichen Rechte nieder. Ein Großteil von ihnen hat in der Heimat einfach keine andere Wahl.

Bis heute gibt es keine Organisation, die sich für die Rechte und Anliegen der ausländischen Arbeiter_innen in Saudi-Arabien annimmt und sich für sie einsetzt. Die entsprechenden Gesetze und Regulationen für ausländische Arbeiter_innen sehen in Saudi Arabien keine Renteneinzahlung oder Finanzierung der Altersvorsorge vor. Stattdessen gibt es den sogenannten „End of Service Benefit/Award". Diese Einmalzahlung setzt sich aus den gearbeiteten Jahren und dem zuletzt gezahlten Gehalt zusammen. Allerdings ist diese Einmalzahlung von der Einschätzung des Arbeitgebers abhängig. Ihm sind qua Gesetz unterschiedliche Möglichkeiten zur Einschränkung oder kompletten Streichung der Zahlung gegeben – so dass eine willkürliche Entscheidung nicht gerichtlich angefochten werden kann (vgl. das „System of Employment and Employees law" von 2005).

Zementierte Chancenungleichheit

Als ich 24 war, verließ meine Familie Saudi Arabien endgültig. Mein Vater ging wie viele andere vor und nach ihm ohne den „End of Service Benefit" mit 59 Jahren zurück in seine Heimat. Das Schulsystem war relativ unterentwickelt und ohne feste Formen. Das Wiederholen von Schuljahren konnte bis ins Unermessliche gestreckt werden und erlaubte es häufig, dass schon fast erwachsene junge Männer mit Elfjährigen gemeinsam in dieselbe Klasse gingen. Heutzutage haben etwa 68 Prozent der Saudis einen High-School- oder einen geringeren schulischen Abschluss. Die Arbeitslosenquote liegt bei ihnen bei zwölf Prozent.

Für uns arabischsprachige Ausländer_innen war es sehr schwer. Doch unsere Schwierigkeiten waren nichts im Vergleich zu dem, was viele Menschen über sich ergehen lassen mussten, die keine Muttersprachler waren. Für sie war es schlichtweg verbal zu schwierig, sich selbst zu verteidigen. Vor allem waren sie häufig um einiges mehr auf ihre Anstellungen angewiesen als viele arabischstämmige Familien.

Amir Dam

Sudanesischer Frühling?

Die Opposition gegen al-Bashir vereint sich

Gute Nachrichten aus dem Sudan sind selten. Amnesty International konnte letztes Jahr einen viel beachteten Erfolg verbuchen, als es der NGO gelang, durch internationalen Druck die schwangere Meriam Yehya Ibrahim zuerst vor dem Tod durch Steinigung zu bewahren und dann sogar ihre Ausreise aus sudanesischen Gefängnissen nach Europa durchzusetzen. Der Erfolg der Kampagne dürfte dadurch begünstigt worden sein, dass sich der Sudan seit einigen Jahren wieder bester Handelsbeziehungen gerade mit westlichen Staaten erfreut, die durch derart unschöne Meldungen nicht getrübt werden sollen.

Diese Beziehungen sind für das Regime im Sudan nicht nur wirtschaftlich von Vorteil, sondern auch politisch: Ebenfalls letztes Jahr musste der Internationale Gerichtshof in Den Haag die Ermittlungen gegen Präsident Umar Hasan Ahmad al-Baschir einstellen, obwohl in Den Haag schon seit vielen Jahren ein Haftbefehl wegen Völkermordes gegen ihn vorliegt. Begründung des Gerichtshofes: Die internationale Gemeinschaft hatte die Ermittlungen schlichtweg unzureichend unterstützt. Derweil leiden diejenigen Opfer des Regimes, die nicht wie Meriam als gut vernetzte Akademiker*innen die Möglichkeit haben, Amnesty International auf sich aufmerksam zu machen, weiterhin unter Folter, Verfolgung und Mord.

Schwieriges Bündnis für ein schweres Ziel

Al-Bashir steht international so gut da wie noch nie in seiner über 25-jährigen Diktatur. Ein Land, in dem es nur eine staatliche Einheitsgewerkschaft gibt, die die Löhne nach den wirtschaftlichen Interessen des Landes und so auch seiner Partner festlegt, hat durchaus globale Attraktivität. Die kämpferischen Gewerkschafter*innen der 80er Jahre wurden fast alle nach dem Putsch al-Bashirs inhaftiert und hingerichtet.

Und doch ereignen sich derzeit wichtige Umbrüche im Land, die dem Präsidenten gefährlich werden könnten. Die verschiedenen Oppositionsgruppen haben begonnen, sich zu vernetzen. Dabei könnten die einzelnen Akteur*innen unterschiedlicher nicht sein, sowohl hinsichtlich ihrer politischen Ideen als auch ihrer Methoden: Von bürgerlich-liberal bis kommunistisch, von atheistisch bis christlich und sogar islamistisch oder von sozialer Bewegung bis bewaffneter Miliz – aus diesem Flickenteppich soll eine große Oppositionsbewegung hervorgehen. Die soziale Not und die politische Unterdrückung im Land lassen einen solchen Schritt aus der Sicht vieler als notwendig erscheinen. In der Region Darfur sind nach wie vor die größten Flüchtlingscamps der Welt, Millionen leben in Zeltdörfern oder Baracken und sind auf fremde Hilfe angewiesen. Der Terror der regierungsnahen islamistischen Milizen, die außerhalb der Camps jede auch nur vermutete Abweichung vom Dogma der islamistischen Partei bestrafen, sorgt für den unablässigen Zustrom von Flüchtlingen in die Camps. Bereits vor Monaten schlug das UNHCR Alarm: angesichts der UN-Hilfslieferungen zugunsten der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak könnte es nun zu einem schweren Engpass in Darfur kommen, Hunderttausenden droht die Unterversorgung.

Die sich neu formierende Oppositionsbewegung möchte mit diesen Zuständen Schluss machen. Unter dem Slogan „Verschwinde, al-Bashir" tritt sie für die Absetzung des Präsidenten, die Beendigung der Diktatur und die Durchführung freier und allgemeiner Wahlen ein. Dies wäre auch die Bedingung für jegliches freies Gewerkschaftsleben im Sudan.

Marcus Munzlinger



Diktator al-Bashir: Sind die Tage des Tyranns gezählt?

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Türkei: Regierung verbietet Metaller-Streiks

Eigentlich kam es bereits Mitte Dezember 2014 zu Tarifabschlüssen zwischen dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie der Türkei (MESS) auf der einen und zwei Metall-Gewerkschaften auf der anderen Seite. Nur handelte es sich bei diesen Gewerkschaften um Çelik-Is und Türk-Metal. Die eine verortet sich in der Nähe der regierenden AKP, die andere sogar im Umfeld der rechtsextremen Grauen Wölfe. Die der sozialdemokratischen Gewerkschaftsföderation angehörende Birlesik Metal-Is (BMI) wollte sich allerdings nicht mit diesen ausgehandelten Tarifen zufrieden geben. Die unteren Gehaltsgruppen machen 70 Prozent des Branchenpersonals aus. Um sich gegen die weitere faktische Zementierung des Niedriglohnsektors zu wenden, traten so am 29. Januar an 22 Standorten mehrere tausend Beschäftigte in einen Streik. Doch wurde dieser schon am Tag darauf unterbunden: Präsident Erdogan griff unter Zustimmung der Regierung auf ein noch unter der Militärjunta geschaffenes Instrument zurück und verbot den Streik „einfach" kurzerhand für die folgenden 60 Tage, unter Berufung auf eine vermeintliche Gefährdung der nationalen Sicherheit. In der Folge kam es sporadisch zu Betriebsbesetzungen, die allerdings nur wenige Stunden anhielten. Der Streik wurde nur mancherorts unvermindert weitergeführt. Offiziell ruft die BMI nun deswegen ihre Mitglieder unter anderem zum „Bummelstreik" auf. Dieses einmal mehr skandalöse Vorgehen Erdoğans rief eine breite Welle von Solidarisierung auf den Plan, auch international.

Indien: 100.000 Frauen gegen Privatisierung

Im südindischen Bangalore gingen am 12. Februar 100.000 Erzieherinnen und ihre Unterstützerinnen auf die Straße. Eine der größten Arbeiterinnendemonstrationen in der Geschichte Indiens! Grund für die Massenmobilisierung ist die Absicht des hinduistisch-konservativen Präsidenten, die staatlichen Kinderkrippen zu privatisieren. Dies hätte nicht nur negative Auswirkung für die Betreuung der Kinder, die nicht selten gesundheitliche Fürsorge beinhaltet, sondern auch auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Deswegen hielten die Gewerkschaftsföderationen AITUC und CITU ihre Mitglieder bereits seit dem 2. Februar zum Streik an. Nun sicherte auch die Provinzregierung Karnatakas den Arbeiterinnen zu, sie gegenüber der Zentralregierung in ihren Interessen zu vertreten. Neben einer Ablehnung der Privatisierung beinhalten die Forderungen der Betreuerinnen Lohnerhöhungen, eine Lebensversicherung von 50.000 Rupien pro Arbeiterin und die Schaffung einer Krankenversicherung für alle Angestellten. Dieser in seine Größe außergewöhnliche „weibliche" Widerstand erlangte bedauerlicherweise in vielen Medien wenig Beachtung.

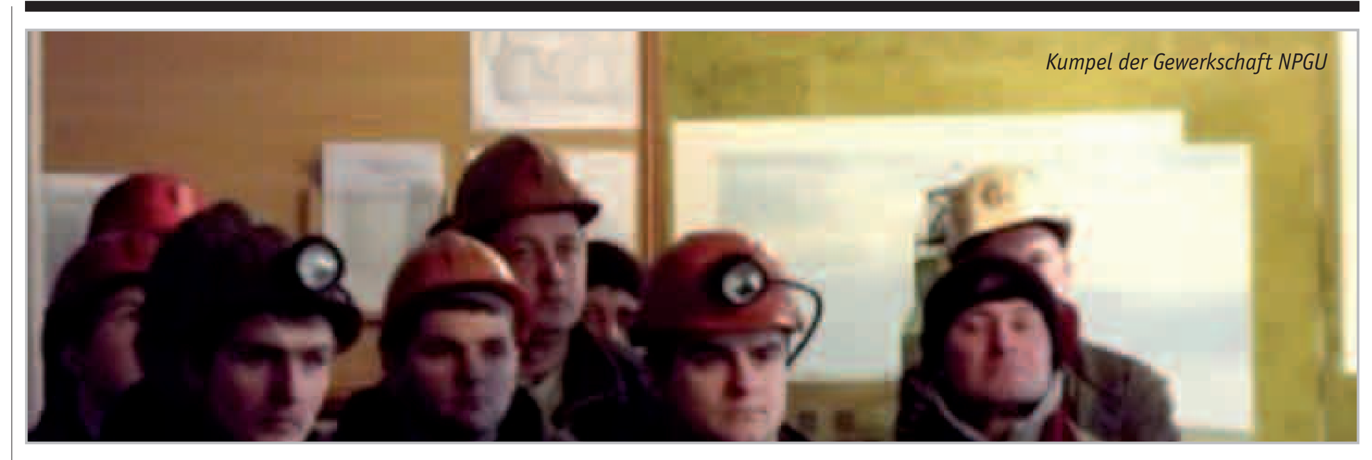
USA: Ein Win-Win-Streik?

Seit Anfang Februar befinden sich 5000 Ölarbeiter an neun Standorten in landesweiten Streiks – zum ersten Mal seit 35 Jahren. Betroffen sind vor allem Raffinerien des BP-Konzerns. Die Gewerkschaft United Steelworkers of America (USW), die landesweit etwa 30.000 Arbeiter in verschiedenen Berufen der Ölindustrie vertritt, rief zu den Arbeitsniederlegungen auf. Dies führte zu einem fünfzehnprozentigen Einbruch der landesweit raffinierten Menge und bewirkte schlagartig, dass der Preis für Nordseeöl der Sorte Brent beispielsweise von ca. 49 Euro je Barrel auf etwas über 55 Euro stieg – nicht gerade ein Nachteil für die Ölunternehmen. Doch die Arbeiter haben eigene triftige Gründe für den Ausstand: Statt höherer Löhne fordern sie vor allem bessere, sicherere Arbeitsbedingungen und eine geregelte Abrechnung von Überstunden, da vielerorts erhebliche personelle Unterbesetzung herrscht und es durch den erhöhten Arbeitsdruck gehäuft zu Unfällen kommt: 43 Mal im Jahr wird in US-Raffinerien Brandalarm gemeldet, im Jahr 2011 starben 112 Arbeiter. (Für die Folgejahre existieren noch keine ausgearbeiteten Statistiken.) USW-Funktionär Tom Conway ließ verlauten: „Diese Branche ist die reichste der Welt. Sie kann es sich leisten, die geforderten Veränderungen vorzunehmen." Aus der Bevölkerung gab es bisher ungewohnt viele Solidaritätsbekundungen.

Schottland: Arbeitslosen-Aktivist verhaftet

Skandalös: Der 51-jährige Aktivist Tony Cox, Mitglied des Scottish Unemployed Workers Network, wurde Anfang Februar wegen angeblich „bedrohlichen Verhaltens" von der Polizei festgenommen. Sie bezieht sich dabei auf eine Ruhestörung, die sich ein paar Tage zuvor in einem Jobcenter ereignet hatte. Zwar war der betroffene Aktivist „schnell" wieder frei, doch das unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei mobilisierte einige Dutzend UnterstützerInnen in der ostschottischen Region Tayside. In den Redebeiträgen wurde betont, wie „normal" Schikane von Amtswegen mittlerweile geworden sei und welche Schande sie oft für die Betroffenen ist. Auch überregional soll es Unterstützungsaktionen gegeben haben.

Redaktion Globales


Kumpel der Gewerkschaft NPGU

Zwischen Krieg und Maloche

Zur Lage der Bergleute in der Ukraine

Ende Januar berichtete Pawlo Lysjanskyj, der stellvertretende Vorsitzende der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine (NPGU) auf einer Veranstaltungsreise durch vier deutsche Städte über die soziale Situation der Bergarbeiter und ihre Auseinandersetzungen mit den verschiedenen politischen Kräften in der Ukraine. Pawlo stammt aus Swerdlowsk im östlichsten Oblast Luhansk und ist in vierter Generation Bergmann. Bereits im Alter von 15 Jahren fuhr er in den Schacht ein. Der folgende Text beruht auf seinen Ausführungen, die er auf der Veranstaltung am 27. Januar 2015 in München gemacht hat.

Nach der Unabhängigkeit 1991 trennte sich ein kämpferischer Teil der ArbeiterInnen von den alten, noch aus sowjetischen Zeiten stammenden Gewerkschaften, die eigentlich nur noch mit dem Verteilen von Urlaubsreisen und Weihnachtsgeschenken an ihre Mitglieder beschäftigt waren. Es entstand mit der Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine (KWPU) ein neuer, unabhängiger Dachverband, der heute in neun Branchen (Metall, Bergbau, Gesundheitssektor, Bildungswesen, Eisenbahn/Verkehr, Tabakindustrie usw.) mit etwa 240.000 Mitgliedern vertreten ist. Zu einer der wichtigsten Kräfte innerhalb dieser Gewerkschaftskonföderation zählte von Anfang an die NPGU, die im Unabhängigkeitsprozess aus ersten Basisgruppen in diversen Zechen entstand.

Waren die Bergleute des Donbass lange Zeit eine unersetzliche Stütze der ukrainischen (und vorher sowjetischen) Volkswirtschaft, die sich durch ihre widerständige Praxis einen Sechsstundentag und einen überdurchschnittlich hohen Lohn erkämpft hatten, so hat die neoliberale Politik der diversen Regierungen in Kiew den Bergbau in eine tiefe Krise gestürzt. Heute gibt es noch insgesamt 120.000 Bergarbeiter, wovon knapp die Hälfte in der NPGU organisiert ist. Bis auf zwei Bergwerke im Westen des Landes (Lwiw, Wolhynien) befinden sich alle Zechen in der Ostukraine. Bereits vor der aktuellen Krise verschleuderte die Regierung die rentablen Bergwerke an Rinat Achmetow, den reichsten Oligarchen der Ukraine. Für die in Staatseigentum verbliebenen und auf Subventionen angewiesenen Zechen fehlte bald das Geld. Schließungen und Kürzungen waren die Folge. Zur schwierigen sozialen Lage im Donbass trägt zudem die enorm hohe Inflation sowie die Streichung von öffentlichen Wohnzuschüssen bei. Als wäre dies nicht schon schlimm genug, leiden die Bergarbeiterfamilien nun auch noch unter Krieg und Separatismus. Von den heute noch 100 Bergwerken und Zechen liegen 65 auf separatistisch besetztem Gebiet und 35 auf dem von der Regierung kontrollierten Territorium.

Die von den Separatisten besetzten Gebiete

Obwohl einige Bergleute auf Seiten der Separatisten zur Waffe gegriffen haben, ist dies eine verschwindend kleine Minderheit. Die übergroße Mehrheit lehnt Krieg und Separatismus klar ab. Die separatistischen Autoritäten der selbsternannten „Volksrepubliken" sorgen für keinerlei Hilfe und Unterstützung für die Zechen. Vielmehr unterbinden die separatistischen Kräfte jegliche eigenständige Protestaktionen der ArbeiterInnen, notfalls sogar mit Waffengewalt. Der selbsternannte Chef der Donezker Volksrepublik (DVR) hat bereits angedroht, gegen die Gewerkschaftsvielfalt in seinem Herrschaftsbereich vorzugehen und nur noch eine einheitliche und ihm genehme Gewerkschaft zuzulassen. Dies richtet sich ganz offensichtlich gegen die NPGU, die mit ihrer anti-separatistischen Einstellung den DVR-Verantwortlichen ein Dorn im Auge ist.

Doch die Bergleute haben noch ganz andere Sorgen. Einige Zechen stehen unter Wasser, andere sind durch Kriegsschäden irreparabel zerstört. Nur in den Achmetow-Zechen geht die Arbeit relativ geordnet weiter, und hier werden auch die Löhne weiter ausgezahlt. Doch die Separatisten haben die Arbeitszeit um zwei Stunden verlängert, die Urlaubstage von ehemals 58 auf nun 28 Tage reduziert und private Renten abgeschafft. Bereits vor einiger Zeit begonnene Verhandlungen mit der NPGU und anderen unabhängigen ArbeitervertreterInnen haben die separatistischen Autoritäten wieder ausgesetzt. Die Bergleute und ihre Gewerkschaft NPGU sehen sich unklaren Machtverhältnissen gegenüber, da einzelne Warlords mittlerweile gegeneinander kämpfen und es sogar zu Erschießungen von örtlichen Kommandeuren kam. Die Bergleute im separatistisch besetzten Gebiet können längst nicht mehr legal protestieren, und auch der Verhandlungsweg ist blockiert. Ein einzelnes Menschenleben ist in der Ostukraine zurzeit nicht mehr viel wert.

Die Regierungsgebiete

Die NPGU hat Kontakte auf beiden Seiten der umkämpften Gebiete. Obwohl in den von der Regierung kontrollierten Territorien klare Zuständigkeiten das Handeln der Bergleute merklich erleichtern, kritisieren sie dennoch die antisoziale Politik Kiews. So hat die Regierung die Durchlässigkeit zwischen den Gebieten eingeschränkt und Einfuhrkontrollen eingeführt. Die staatlichen Bergwerke erhalten keine Subventionen mehr und sind von Schließung bedroht; eine junge Bergarbeitergeneration wird ohne Perspektive allein gelassen. Dies gleicht einem Spiel mit dem Feuer, da die Kumpel jederzeit zu den Waffen greifen könnten. In dieser schwierigen Situation muss die NPGU gegen die Pläne aus Kiew kämpfen, alle in Staatsbesitz befindlichen Bergwerke zu schließen. Ein dementsprechender Beschluss des Parlaments von Mai 2014 konnte jedoch wegen der Protestaktionen der Bergleute bis heute nicht umgesetzt werden. Eine weitere Forderung der Kumpel verlangt die Auszahlung der Löhne, auch für die ArbeiterInnen in den separatistischen Gebieten. Die NPGU weist immer wieder auf die gute Qualität der Kohle im Donbass hin und verlangt daher die Fortführung sowie die Modernisierung der Zechen. Doch die gegenwärtige Regierung in Kiew kauft lieber Kohle im Ausland (Südafrika und Russland!), da sie diese für Wärmekraftwerke, die Stahlproduktion und den Verbrauch in Privathaushalten dringend benötigt.

Andererseits hat die ehemalige Janukowytsch-Regierung die Filetstücke der staatlichen Bergwerke für 49 Jahre an Achmetow verpachtet, womit dieser zum Hauptstromlieferanten in der Ukraine aufgestiegen ist. Auffallend ist, dass die Achmetow-Betriebe nicht nur durch Entlassungen und Rationalisierung geprägt, sondern die einzigen Zechen sind, die im separatistischen Gebiet weiterhin ungehindert arbeiten... Zwar gilt in den staatlichen Bergwerken – im Gegensatz zu den Achmetow-Zechen – nach wie vor der gesetzliche Sechsstundentag, aber die unrentablen Zechen stehen unmittelbar vor dem Aus.

Forderungen der Bergleute

Wie bisher vielleicht deutlich wurde, hat der Separatismus in der Ostukraine keine proletarische Basis. Seine bewaffneten Kräfte setzen sich aus prorussischen NationalistInnen, aus über die Grenze einsickernden Nazis, russischen Geheimdienst- und Militärangehörigen sowie aus Bodyguards der lokalen Oligarchen zusammen. Leidtragende der Gefechte ist die örtliche Bevölkerung, die dementsprechend kriegsmüde ist. Die in der Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine organisierten ArbeiterInnen und somit auch die Bergleute des Donbass wollen die sofortige Beendigung des Bürgerkrieges und fordern daher ernsthafte Friedensverhandlungen anstatt eines wie auch immer gearteten „Sieges". Sie stehen klipp und klar zur Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine. Die NPGU weist unaufhörlich darauf hin, dass jeder Kriegstag die Spaltung des Landes nur vertieft.

Neben antimilitaristischen Protesten führen die Bergleute auch den Widerstand gegen die antisoziale Politik der Kiewer Regierung fort. Sie kämpfen weiterhin gegen die Schließung der Zechen und die Fortsetzung der Subventionen, für das Ausgleichen der Lohnrückstände und den Verzicht auf Lohnkürzungen sowie gegen ein Gesetz, das die Erwerbsunfähigkeitsrente abschaffen soll. Ganz allgemein fordert die NPGU eine demokratische Mitbestimmung der Gewerkschaften bei Fragen, die den ukrainischen Bergbau betreffen.

Roman Danyluk

Linke Regierung? Die gesellschaftlichen Kämpfe gehen weiter!

Kommentar zur Wahl in Griechenland

Die Regierungsübernahme Syrizas (Allianz der radikalen Linken) sorgte bei deutschen Linken für Jubel. Wer gesellschaftlichen Wandel oder ein emanzipatorisches Projekt erwartet, wird jedoch ein braunes Wunder erleben. Nach der Einigung von Parteichef Aléxis Tsípras mit Pános Komménos, dem Gründer der nationalistisch-populistischen Néa Dimokratía-Abspaltung Anel (Unabhängige Griechen), warnen griechische Genoss_innen vor der Herrschaftsfalle nationale Einheit.

In Folge der Niederschlagung der Massenproteste 2010/2011 und der harten Repression der letzten drei Jahre hatte eine Minderheit in der anarchistischen Bewegung für die Wahl von Syriza geworben. Bessere Ausgangsbedingungen für soziale Kämpfe sollten geschaffen werden. Nun kommt es darauf an, die eigene Agenda voranzutreiben. Schon sechs Tage vor der Wahl schritten in Ioánnina knapp 100 Anarchist_innen zur Wiederbesetzung des während der Räumungswelle 2013 geräumten Zentrums Antibíosi. Andere damals geräumte Häuser und Zentren in Athen, Pátras und Thessloníki warten auf die Wiedereröffnung. Die Arbeiter der besetzten und in Selbstverwaltung betriebenen Fabrik Vio.Me erhöhen den Druck für eine Legalisierung des Betriebes. Auch die entschiedenen Kämpfe der Basisgewerkschaften gegen die Öffnung der Kaufhäuser am Sonntag werden nun zugespitzt. Weitere Forderungen wie die Schließung des neu eröffneten Hochsicherheitstrakts Kategorie C in Domokós, die erleichterte Einbürgerung von Migrant_innen sowie die griechische Staatsbürgerschaft für alle im Land geborenen Kinder, gilt es – gegen den Widerstand von Anel – durchzusetzen.

Eine linke Regierung sei links, „wenn sie sich selbst überflüssig macht“ und täglich „mehr Raum für Selbstorganisierung“ eröffnet, schreibt Genossenschaftler Kóstas Legákis am 10. Februar in der linken Tageszeitung Efimerída ton Syntaktón. Er fordert „die Übertragung der Macht“ auf die unteren Bevölkerungsschichten. Es gehe nicht an, weiterhin kapitalistisches Wachstum zu propagieren und mit „der Verschwendung natürlicher Ressourcen, der Zerstörung von Allgemeingut und der Entfremdung menschlichen Lebens durch eine Kultur des Konsums“ fortzufahren. Das Ende der Privatisierungen sowie die Erhöhung von Löhnen und Renten seien zwar nötig, aber nicht genug. Die Umgestaltung der Gesellschaft an Stelle von weiterem kapitalistischen Wachstum sei das Gebot der Stunde. Soziale Bewegungen und selbstverwaltete Projekte forderten von der Regierung „keine Zuschüsse, sondern Raum und Luft zum Atmen“.



Nach der Wahl ist vor der Wahl – Demonstration in Patras

Ein am 11. Februar von Klassenhass auf indymedia athens veröffentlichter Text ruft „die Arbeiterklasse“ auf, nicht in „die historische Falle der Bosse“ zu tappen und „der Nation“ als „patriotischem Ausweg aus der Krise zum Aufschwung“ ihre Zustimmung zu erteilen. Der angebliche Ausweg halte nur „brutale Ausbeutung in unerträglichen gesellschaftlichen Verhältnissen für Proletarier_innen“ bereit. Schon 2012 sei auf Veranstaltungen zum Aufstieg der Faschisten von Chrysí Avgí immer wieder zu hören gewesen, „die Linke solle die Nation nicht den Faschisten und Rechtsradikalen überlassen“. Die „Nation“ sei „ein weiterer Anknüpfungspunkt des Kampfes“, an dem die Linke intervenieren müsse, um ihr „eine andere, volksnahe (filolaikó, populär, von unten) Bedeutung“ zu geben. Dies sei ein Beispiel der „allgemein verbreiteten politischen Überzeugung weiter Teile der Linken, die seit vielen Jahrzehnten vollständig auf vielfältige Art in den Staat integriert“ ist. „Eine patriotische und nationalistische Sicht“, die sich ohne Problem auf „die rechtsradikale Krücke Anel und Kamménos als Verteidigungsminister“ stützt und gleichzeitig zu linken Kundgebungen zur „Unterstützung der nationalen Verhandlungen“ mit der Troika aufruft. Der Prozess zur Erlangung proletarischer Zustimmung zur Durchsetzung der Interessen griechischer Bosse sei nicht mit der Regierungsübernahme von Syriza abgeschlossen. Es sei „im Gegenteil ein dauernder Prozess der Verschärfung des Patriotismus unter linken Vorzeichen“, zu dem auch die schon einige Zeit verwendete „nationalistische Rhetorik der Nation unter neuer deutscher Besatzung“ beitrage.

Kritische Solidarität

In Deutschland dürfte die Kampagne „kein deutsches Geld für faule Griechen“ nun reanimiert werden. Bei aller Skepsis gegenüber der Querfront in Athen kann es hier nur darum gehen, den berechtigten griechischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Nicht die Griech_innen schulden uns Geld; umgekehrt wird ein Schuh daraus! Neben Reparationszahlungen für die Verwüstung des Landes und für Hunderttausende von Griechen, die zwischen 1941 und 1944 ermordet wurden und verhungerten, geht es um einen Zwangskredit in Höhe von damals 476 Millionen Reichsmark. Soviel presste die Deutsche Reichsbank 1942 der Bank von Griechenland zur Deckung von Besatzungskosten ab. Allein diese Schulden Deutschlands belaufen sich inzwischen auf 11 Milliarden Euro. Griechische Widerstandsorganisationen fordern seit vielen Jahren Reparationszahlungen, sie nennen einen Gesamtbetrag von 162 Milliarden Euro ohne Zinsen.

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

Kein Job ohne Ausbeutung gefunden...

Interview mit Nikos Koukos, Mitglied der Foreigner Section der FAU Berlin

Passend zum Schwerpunkt Arbeit und Migration hier ein kleines Interview mit einem Genossen aus Berlin zu seiner Migrationsgeschichte. Sicher sehr FAU-spezifisch, aber nicht uninteressant:

1) Wie war die Situation in deinem Heimatland, als du gegangen bist?

Ich habe Griechenland Anfang 2011 verlassen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die ökonomische Krise und die Sparpolitik noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Der größte Teil der Gesellschaft lebte immer noch in seiner Ignoranz gegenüber den Problemen, die kreiert wurde durch die Abwesenheit des Überlebensdrucks und der humanitären Krise.

Dann änderte sich etwas drastisch in den nächsten Jahren: Die Radikalisierung großer Teile der Gesellschaft und sogar ein Wiedererstarken der Neonazis nach langer Zeit, die wieder die Chance erhielten, öffentliche Reden zu halten. Für unsere Bewegung war es der Höhepunkt für eine exzellente Zusammenarbeit in den letzten Jahren mit Sozialen Zentren und öffentlichen Versammlungen, eine starke selbstorganisierte Arbeiterbewegung mit starken Basisgewerkschaften in vielen unterschiedlichen Branchen und öffentlichen Bereichen.

2) Was war dein persönlicher Grund?

Ich habe Griechenland verlassen, um meine Erfahrungen zu teilen und in einen Austausch zu kommen mit anderen Genossen aus anderen Ecken der Welt. Außerdem wollte ich sehen, wie die Dinge an einem Ort laufen, an dem der Kapitalismus stärker und fortgeschrittener ist als in einem Staat im Süden Europas. Ich kam dann schlussendlich nach Berlin während dieser Suche.

3) Wie war es für dich, hier einen Job zu finden, um dich zu finanzieren?

Ich hatte kein großes Problem, hier einen Job zu finden, weil ich Koch bin und die Stadt einen großen Gastronomiesektor hat. Aber ich habe noch keinen Job außerhalb der Standard-Ausbeutungsmaschinerie gefunden, auch obwohl ich bereits seit vier Jahren hier bin.

Einleitung und Übersetzung
Michael Rocher



Nicht alles, was glänzt, ist Gold

Kommentar aus dem Baltikum von einem verreisten *DA*-Redakteur

Nun gut, vielleicht fällt so etwas nur auf, wenn mensch sich nicht in Deutschland aufhält, aber neben PEGIDA und anderem sind mir die medialen Äußerungen zu „den“ Griechen ein besonderer Dorn im Auge, von den Kommentarspalten gar nicht zu reden. Ein Vergleich wird immer wieder gern benutzt: „Die total verwöhnten Griechen übertreiben doch maßlos – im Baltikum haben sie doch auch eisern ihre Reformen umgesetzt und haben sich den Euro geradezu verdient – und deren Wirtschaft funktioniert!“ Den Euro mal beiseite geschoben, hinkt dieser Vergleich natürlich gewaltig. In der *DA* #225 schrieb ich ja bereits zur gewerkschaftlichen Situation in den baltischen Ländern. Dort klang schon an, dass hier – bedingt durch die Zeit innerhalb der Sowjetunion – ein obrigkeitsfolgsames Denken noch sehr ausgeprägt ist. Und schaut mensch auf die Situation hier, kann nun wirklich nicht von einem Paradies die Rede sein. Das fängt allein bei den Mindestlöhnen an – in Estland gelten 2,13 Euro bei gleichen Lebenshaltungskosten wie in Deutschland, in Lettland 1,93 Euro und in Litauen 1,76 Euro. In den beiden letzten Ländern sind die Waren des täglichen Bedarfs in etwa 20 Prozent billiger als hierzulande, dennoch bleibt diese Untergrenze nahezu lächerlich. Aber wird wirklich irgendjemand so bezahlt hier? In Estland ist die Beschäftigung vergleichsweise hoch, weshalb nur wenige Menschen so wenig verdienen, auch wenn es sie gibt – in Lettland und Litauen ist dies tatsächlich vermehrt der Fall. Das bedeutet also eine Arbeitszeit von 45 bis über 50 Stunden pro Woche, wobei im Monat um die 300 Euro herum kommen. Und es geht weiter – Krankengeld? Wurde beispielsweise im öffentlichen Dienst in Litauen abgeschafft, um die Maastrichtkriterien zu erfüllen, jetzt wurde es wieder auf dem altem Niveau eingeführt – 80 Prozent des Gehalts. Alles, was die Menschen da überleben lässt, ist, dass sie ihre Wohnungen selbst besitzen (weshalb aber auch wenig saniert wird).

Die Menschen leiden hier immer noch unter neoliberalen Reformen, die durch europäische Institutionen vorgeschrieben wurden – denn viele der Reformen zur Einführung des Euro kamen nicht aus eigener Hand. Die Regierungen hier haben dies jedoch einfacher durchdrücken können, da es kaum eine Kultur des Widerstands gibt. Es gibt hier erste zarte Pflänzchen, sich miteinander zu solidarisieren und bessere Bedingungen an den Arbeitsplätzen zu fordern, allerdings ist dies noch ein weiter Weg. Dennoch zahlt der anhaltende Lebensdruck auch hier seinen Tribut: Gewalt ist auf der Straße alltäglicher als in Deutschland, Alkoholismus besonders in den ehemaligen sowjetischen Industriebezirken ein echtes Problem. Ein weiteres Konfliktfeld bleibt ebenso die Problematik der russischen Minderheiten in Estland und Lettland (dort etwa ein Viertel der jeweiligen Gesamtbevölkerung) und in Litauen nur in der Hauptstadt Vilnius. Dabei wurde das Nationalitätenproblem zwar in den letzten fünf Jahren etwas entschärft, da Russisch mittlerweile in allen Schulen, auch denen der Esten und Letten, erste Fremdsprache ist, dennoch persistiert der Konflikt zwischen einer ärmeren russischsprachigen Bevölkerung und einer lettischen, estnischen und litauischen Bevölkerung, die tendenziell leichter an Arbeit kommen kann. Sein Übriges tut dabei natürlich auch der Putinsche Apparat, der versucht, die Menschen nach Nationalitäten aufzuwiegeln. Dabei fällt durch die anhaltend schlechten Bedingungen auf, dass die Trennung der Gesellschaften nicht mehr rein nach Sprachen geht, sondern inzwischen durchaus in die jeweilige Schicht. Es fehlt im alltäglichen Leben noch sehr viel Solidarität miteinander – ein Problem, das ich bei allen sozialen Schieflagen dennoch in Deutschland als stärker ausgeprägt empfinde als hier. Gerade dadurch, dass viele kaum mehr als die jeweils anderen besitzen, ist zumindest im privaten Bereich Platz für eine sehr großzügige Solidarität.

aus Tallinn
Michael Rocher





Je (ne) suis (pas) Charlie!

Ein Attentat und seine Folgen

Vorwort der Hintergrund-Redaktion:
Der Angriff auf „Charlie“ war nach Meinung der Hintergrund-Redaktion nicht einfach „nur“ ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Spätestens mit der Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt, in deren Verlauf vier jüdische Geiseln[1] ermordet wurden, bekommt der Angriff eine klar antisemitische Ausrichtung. Verschiedene Untersuchungen der letzten Jahre belegen eine Zunahme des Antisemitismus in Europa. Mit Blick auf Frankreich lässt sich folgendes festhalten: Laut dem Schutzdienst für die jüdische Gemeinschaft richteten sich 2014 40 Prozent aller rassistischen Angriffe gegen JüdInnen, die gerade ein Prozent der Bevölkerung ausmachen. Außerdem hat sich die Anzahl der antisemitischen Angriffe nahezu verdoppelt (2014: 854 | 2013: 423). Gleichzeitig gibt es in Frankreich ein hohes Bewusstsein dafür, dass Antisemitismus ein großes Problem darstellt (laut einer EU-Studie von 2013 sahen dies immerhin 88 Prozent der Bevölkerung so). Als ob das nicht schlimm genug wäre, hat auch der antiislamische Rassismus im Zuge der Ereignisse vielleicht neue Formen, aber auf jeden Fall eine neue, breite Öffentlichkeit bekommen, manifestierte sich dieser doch in den Tagen nach dem Angriff auf Charlie *und den jüdischen Supermarkt in Angriffen auf Moscheen und islamische Gebetsräume. Die Gefahr (nicht nur in Frankreich, sondern auch und gerade in Deutschland) besteht nun darin, unter dem Deckmantel des Anti-Antisemitismus einen antiislamischen Rassismus noch gesellschaftsfähiger zu machen als er ohnehin schon ist.*

[1] Zusammen mit der Charlie-Mitarbeiterin Elsa Caya waren fünf von sechszehn Ermordeten JüdInnen.

Attentat und Geiselnahme

Am Mittwochvormittag, den 7. Januar 2015, stürmten zwei bewaffnete Männer – mutmaßliche Islamisten – die Redaktionsräume des französischen Satiremagazins *Charlie Hebdo* und richteten ein Blutbad bei dessen Redaktionskonferenz an. Unter den zwölf Toten befinden sich vier namhafte Zeichner sowie zwei Polizisten, die zum Personenschutz bzw. als Fahrradstreife vor Ort waren.

Die Täter flüchteten mit einem Auto, das von einem dritten Mann gefahren wurde, und konnten sich zunächst verstecken. Später wurde dann der Fluchtwagen gefunden und darin ein Personalausweis, der angeblich die Polizei auf die richtige Spur brachte. Zwei Tage später waren dann alle drei Männer tot, zwei starben bei einem Feuergefecht mit der Polizei in einem Pariser Vorort und der dritte bei der Beendigung einer gewaltsamen Geiselnahme in einem jüdischen Geschäft.

Drohungen gegen das Satiremagazin gab es schon lange und häufig – ebenso einen Brandschlag 2011 auf das Redaktionsgebäude. Die Drohungen nach dem Abdruck der umstrittenen Mohammed-Karikaturen aus der dänischen Zeitung „Jyllands-Posten“ waren u.a. der Grund, warum einer der Zeichner einen Personenschützer hatte und das Redaktionsgebäude von der Gendarmerie überwacht wurde.

Dieser militärisch gut geplante und durchgeführte Anschlag schockte nicht nur die französische Öffentlichkeit. Der Anschlag wurde schnell politisch als ein Angriff sowohl auf die Presse- und Meinungsfreiheit als auch auf den „freien Westen“ an sich ausgelegt. Manch ein Pressevertreter zog Parallelen zum 11. September, was bezüglich der Opferzahlen und der Hintergründe nicht unbedingt kohärent ist.

Schock und Solidarität

Als Reaktion hierauf reagierte die „Grande Nation“ mit einer „Je suis Charlie!“-Kampagne. Auf Werbeflächen, öffentlichen Anzeigetafeln auf Autobahnen und den Jacken des kleinen Mannes auf der Straße prangte der Schriftzug „Je suis Charlie!“. Es entstand eine regelrechte kollektive Identität, deren Bezugspunkt die Solidarität mit jenem Satiremagazin war. Und das über politische Grenzen hinaus. Anarch@s und FN-Anhänger, UMP-Wähler und sozialistische PolitikerInnen marschierten Arm in Arm für die Pressefreiheit - angeführt von der französischen und der internationalen Politprominenz aus dem europäischen Ausland – selbst solche, die es in ihren Ländern sonst nicht so genau mit der Pressefreiheit nehmen. In seltener Einheit marschierten die beiden großen politischen Parteien UMP und PS durch Paris, während die ausgeladene Marine Le Pen (FN) ihre Anhänger in die Banlieue zu einer Kundgebung eingeladen hatte. Ein blanker Zynismus, dass die FN, gegen die „Charlie Hebdo“ 1995 eine Petition gestartet hatte, nun das Attentat für ihre nationalistische und islamophobe Propaganda ausschlachtet.

> ***Spätestens mit der Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt, [...] bekommt der Angriff eine klar antisemitische Ausrichtung.***

So wurde *Charlie Hebdo*, ein aus anarchistischer Tradition stammendes, linkes Satireblatt, zum zweiten Mal ein Opfer. Die einen ermordeten die Macher, die anderen instrumentalisierten die Getöteten für ihre politischen Ziele. Tote können sich ja leider nicht wehren...

Um das Trauma zu verstehen, welches der Anschlag in der französischen Öffentlichkeit ausgelöst hat, reicht es nicht aus, lediglich den Anschlag zu betrachten. Das Satiremagazin *Charlie Hebdo* ist eine Institution in Frankreich. Als Nachfolgeblatt der zeitweilig verbotenen anarchistischen Satirezeitschrift *Hara-Kiri* verteidigt Charlie wie keine andere Institution in Frankreich das Recht auf Blasphemie, das sich aus der bis zur französischen Revolution zurückreichenden laizistischen Tradition entwickelt hat. Auf dieses Recht ist man in Frankreich sehr stolz und die Wochenzeitung *Marianne* diskutierte, ob nach dem Attentat auf *Charlie Hebdo* die Laizität Frankreichs auf dem Spiel steht. Es ist ein Blatt, das auch in gewisser Hinsicht die öffentliche Meinung polarisiert(e) und damit in der französischen Medienlandschaft eine besondere Stellung einnahm. Sowohl von katholischer als auch von muslimischer Seite gab es mehrfach (erfolglose) Klagen gegen das Satiremagazin. Zum anderen gehört die Lektüre von *Charlie Hebdo* für viele Franzosen zum Erwachsenwerden dazu. Es ist m.E. vergleichbar mit der Bravo-Sozialisation deutscher Jugendlicher.

Stilblüten und kritische Solidarität

Nicht nur die Medien in Frankreich – von der Rugby-Wochenzeitung bis zur letzten Provinzpostille – waren alle Medien mit Charlie solidarisch und druckten Cartoons nach. Und auch das Ausland machte mit – allerdings mit manch einer bigotten Geste. So wurden in manchen amerikanischen Zeitschriften die Cartoons zwar nachgedruckt, aber verpixelt, d.h. dass der Kampf für Presse- und Meinungsfreiheit einer gewissen Selbstzensur untergeordnet wurde.
Dieser Akt der Zensur spiegelt ein Problem wider, was viele mit *Charlie Hebdo* haben. Charlie ist ein anarchisches Blatt, d.h. ein Blatt, das sich nicht um politische Korrektheit schert und im besten Sinne das Postulat Kurt Tucholskys, „Satire darf alles!“, mit Leben erfüllt. Charlie teilt aus – gegen Christen, Juden und Muslime, gegen Homos und Heteros. Niemand ist verschont geblieben.

In der linksradikalen Szene wurde in den letzten Jahren vehement Kritik an der Zeitschrift geübt. Cartoons wurden häufig als antisemitisch, rassistisch, frauenfeindlich und homophob gebrandmarkt. Ebenso war ein häufig vorgebrachter Vorwurf, dass die AutorInnen Sachverhalte zu stark vereinfachen würden.

Aus dieser Haltung heraus wurde die Mainstream-Kampagne „Je suis Charlie!“ von vielen Linken abgelehnt und zu einer distanzierteren Solidarität aufgerufen. Diese Einstellung findet sich auch in der recht nüchtern ausgefallenen Erklärung der Fédération Anarchiste: „Dieses Attentat sollte uns ins Bewusstsein rufen, dass religiös motivierte Aufklärungsfeindlichkeit als Politik mörderisch ist. Wir verurteilen die Mörder, sind aber gleichzeitig auf der Hut angesichts der Reaktionen von Rechtsextremen oder polizeilichen Maßnahmen seitens des Staates.“ In der von ihr publizierten Wochenzeitung *Le Monde Libertaire* war das Thema zwar präsent, aber nicht der Auftaktartikel. Der Schwerpunkt lag auf dem Recht auf Abtreibung und der Selbstbestimmung über den weiblichen Körper. Die Titelseite wurde jedoch von einer dazu passenden Karikatur von dem *Charlie Hebdo*-Zeichner Cabu geziert. In einem längeren Artikel wurde vorrangig das Thema „Hypocrisie“ im Zusammenhang mit dem Attentat aufgegriffen.

Viele offene Fragen

Das Attentat auf die Redaktion von *Charlie Hebdo* lässt viele Fragen offen. Beispielsweise waren die drei Männer der Polizei schon längere Zeit bekannt und sie standen unter Beobachtung. Entweder waren die drei also sehr geschickt, oder man hat sie gewähren lassen, vielleicht sogar in der Zielauswahl beeinflusst? Islamophobe Strukturen und Politiker gibt es in Frankreich zur Genüge. Die Deutschen haben mit der NSU-Geschichte auch schon ein adäquates Beispiel für solche Verstrickungen geliefert.

Die Tat und die Flucht waren sehr gut vorbereitet. Doch welcher Terrorist verliert seinen Ausweis im Fluchtauto? Und wozu einen Polizisten niederschießen und anschließend auf offener Straße exekutieren? Sollte die Tat besonders spektakulär und brutal wirken? Falls ein großes Medienecho das Ziel war, so ist das auf jeden Fall gelungen.

Doch in diesem Artikel wollen wir keinen Kriminalroman schreiben und letztlich spielen der genaue Tathergang und die Frage, ob es sich um drei Fanatiker oder um Auftragskiller handelt, nur eine untergeordnete Rolle. Viel wichtiger ist es, zu analysieren, welche Maßnahmen damit legitimiert werden und welche Position wir beziehen sollen. Ganz in dem Sinne: „Remember the dead – fight for the living!“

Die Rolle von Medien und Politik

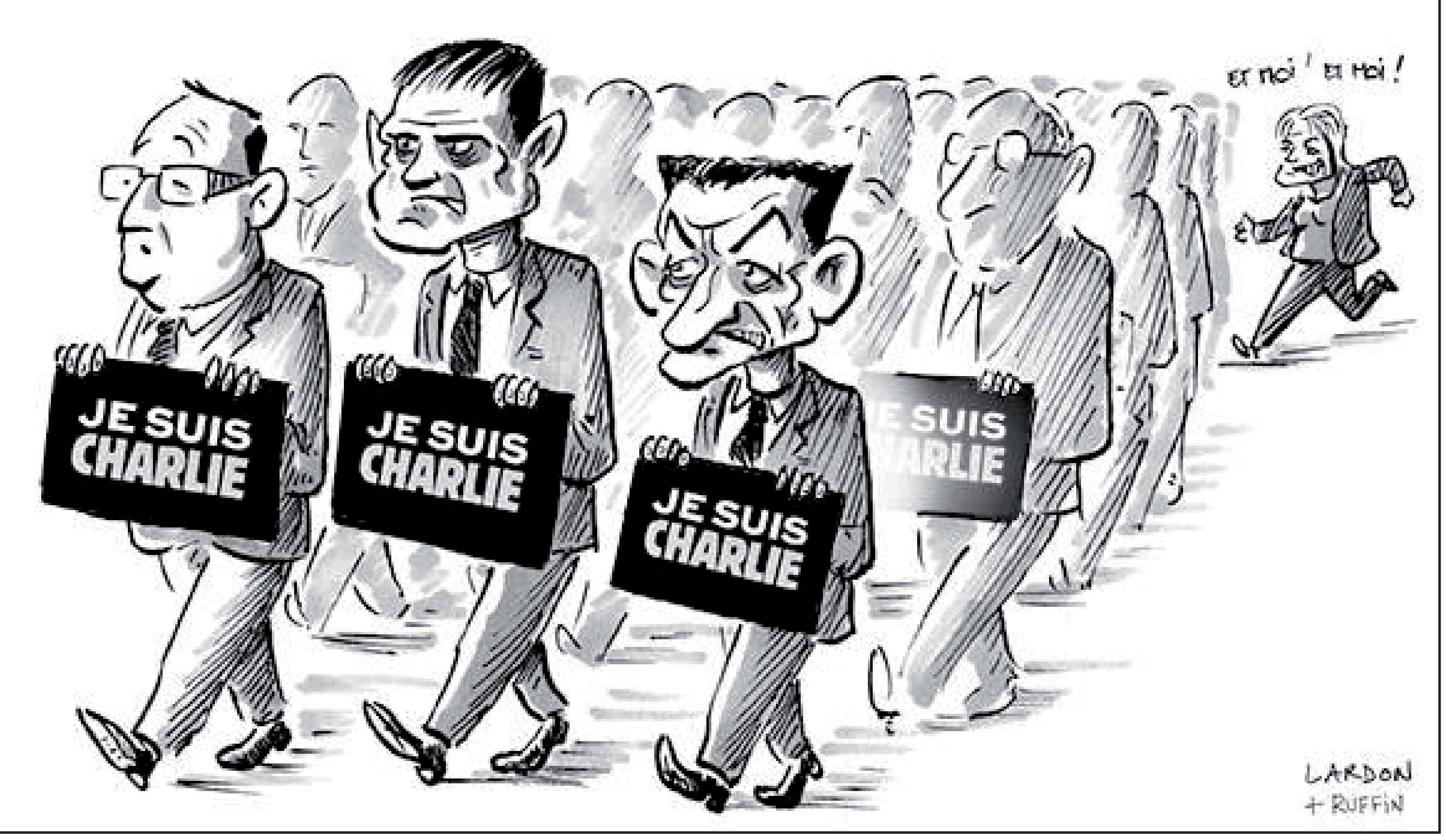
Noch am Mittwoch, den 7. Januar, wurde in sämtlichen Medien fast ausschließlich und in aller Ausführlichkeit über das Attentat berichtet und zahlreiche namhafte Politiker beeilten sich mit ihrer Solidaritätsbekundung. Plötzlich waren alle „Charlie“ und glühende Verfechter der Meinungsfreiheit als demokratisches Recht, besonders diejenigen, die sich vorher nie für diese Zeitung interessiert haben oder von ihr aufs Korn genommen wurden Es wurde immer wieder von „einem Angriff auf die Republik und die Demokratie“ gesprochen. Es gelte entschlossen und vereint einem undemokratischen Feind entgegenzutreten und republikanische Werte zu verteidigen. Was diese Werte genau sein sollten wurde nicht weiter erläutert.

Die Demonstration in Paris am Sonntag, den 11. Januar, war jedenfalls mit je nach Angabe 700.000 bis zwei Millionen Menschen ein riesiger Mobilisierungserfolg. Öffentliche Verkehrsmittel waren an diesem Tag kostenlos. In der ersten Reihe liefen die „größten Verteidiger“ der Meinungsfreiheit und republikanischer Werte: Merkel, Hollande, Samaras, Erdogan, Poroschenko, Valls usw. demonstrierten Einigkeit und heuchelten um die Wette. Und auch Sarkozy konnte es sich nicht nehmen lassen, sich in die erste Reihe zu drängen. Stellvertretend für die Heldentaten dieser „Demokraten“ steht das Beispiel des türkischen Präsidenten Erdogan: In der Woche nach dem Attentat ließ er Räumlichkeiten einer Zeitung durchsuchen und Redakteure verhaften, die die Sonderausgabe von *Charlie Hebdo* übersetzen wollten. Wie seine Regierung mit Meinungsfreiheit umgeht hat sie zum Beispiel mit mehreren Toten im und um den Gezi-Park deutlich gezeigt. Auch der andauernde Krieg in den kurdischen Gebieten ist nicht gerade ein Beispiel von Akzeptanz der Menschenrechte.

Aber über solche Details wurde in den Mainstreammedien nicht berichtet. Auch über TAFTA oder darüber, dass sämtliche französischen Atomkraftwerke inzwischen altersschwach sind, verlieren die Medien kein Wort. Dafür haben wir nun eine nationale Einheit. Was scheren uns noch Lohnkämpfe oder das Renteneintrittsalter? Die Republik wurde angegriffen! Der Inhalt des offiziellen Diskurses und das verwendete Vokabular ähnelt stark dem unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg eingesetzten. Unterschwellig wurde jedenfalls klar: Bei aller Differenz brauchen wir jetzt einen starken Staatsapparat und ein effektives Überwachungssystem. Eine Schwarz-Weiß-Landschaft wurde geschaffen: Entweder wir sind für die „demokratische Republik“, oder für die „abscheulichen Terroristen“. Die Masche ist nicht neu, das Erzeugen eines positiven Zusammengehörigkeitsgefühls kombiniert mit der Abscheu gegenüber einem imaginären Feind. „Wir lassen uns nicht spalten“ heißt die offizielle Parole, dabei geschieht genau das. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns, so einfach ist das. Der Hass auf den Islam wurde durch die Ereignisse enorm angeheizt. Noch in der Nacht vom 7. auf den 8. Januar wurden eine Moschee und ein Gebetsraum mit Handfeuerwaffen beschossen. Innerhalb der folgenden zwei Wochen kam es zu mindestens dreiunddreißig Attacken auf islamische Einrichtungen und jede Menge Angriffe gegen Personen.



DOUBLE PEINE POUR CHARLIE :
TUÉ PAR DES CONS… RÉCUPÉRÉ PAR DES CONS…



Doppeltes Leid für Charlie: Von Idioten getötet… Von Idioten vereinnahmt…

Sicherheitsapparat

Das Klima der Angst und der Einheit wurde geschickt ausgenutzt, um verschiedene Sicherheitsbestimmungen durchzusetzen und neue Mittel für Geheimdienste bereitzustellen. Unter dem Vorwand einer Ausnahmesituation werden Ausnahmeregeln getroffen, die dann bestehen bleiben und zur Normalität werden.

In Frankreich gibt es seit 1978 den „Plan Vigipirate", eine Ausnahmeregelung, die seitdem regelmäßig verschärft wurde und nun zum „Plan Vigipirate Attentat" weiter verschärft wird. Ein Ende dieser Verschärfungen ist nicht in Sicht. Doch trotz Plan Vigipirate wurde das Attentat auf *Charlie Hebdo* nicht verhindert.

In Paris kommt der Metroverkehr ständig wegen „verdächtiger Pakete" zum Erliegen. (Mittlerweile gibt es regelmäßige, mehrsprachige Lautsprecheransagen, die die Fahrgäste bitten, darauf zu achten, dass sie ihr gesamtes Gepäck beim Einsteigen in die Metro dabei haben.) Ein offizielles Informationsblatt für Eltern informiert über potentielle Hinweise auf, die für eine Hinwendung zum Djihadismus hinweisen können. Polizei und Militärpatrouillen sind in überdurchschnittlichem Ausmaß unterwegs. Allein in Paris werden 5.000 zusätzliche Polizisten eingesetzt. Zum Versenden von Post über 250 Gramm wird ein gültiger Personalausweis benötigt und eine Inhaltsangabe der Sendung kann abgefragt werden.

Öffentliche Einrichtungen werden seit dem 8. Januar stärker überwacht als sonst. Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen können nur noch mit entsprechendem Ausweis betreten werden – selbst die von Michel Foucault mitgegründete Alternativuniversität Paris 8-Saint-Denis gleicht einem Überwachungsstaat. Damit ist der öffentliche Charakter solcher Einrichtungen verloren gegangen. Selbst in Kindergärten wird aufgrund der Terrorwarnung vereinzelt Eltern der Zugang zu den Räumen verwehrt.

Seitens des Erziehungsministeriums wurde auch die „Vermittlung der republikanischen Werte" im Schulunterricht verstärkt eingefordert. Grund hierfür dürfte u.a. sein, dass sich viele muslimische Schüler geweigert hatten, an der offiziell verordneten Gedenkminute für die Opfer teilzunehmen. Im Gespräch war auch die Denunziation solcher Schüler als potentielle Sympathisanten und gefährdete Gruppe. Eine Hysterie, die an die Reaktionen an manchen deutschen Universitäten nach dem 11. September erinnert, wo in vorauseilendem Gehorsam die Namen von Studierenden aus muslimischen Ländern an die Sicherheitsbehörden weitergegeben wurden.

Am 21. Januar wurden zusätzliche 425 Millionen Euro für 2.680 neue Arbeitsplätze im „Antiterrorkampf" bereitgestellt, 1.400 Stellen davon sind für den Geheimdienst vorgesehen. Doch lassen wir uns nicht von den Begriffen in die Irre führen. Bei den „Antiterrorkämpfern" handelt es sich um Schnüffler und gut bezahlte Schläger, die als „Stützen des Systems" jeder revolutionären Bewegung entgegenwirken.

Letztlich steht uns nun ein „patriot act" à la française ins Haus. Internetüberwachung ist in Frankreich ja schon seit geraumer Zeit gang und gäbe, soll nun aber noch weiter verschärft werden. Das alles ist nicht neu, sondern setzt ein schon vor Jahren ausgearbeitetes Programm um Der Anschlag auf *Charlie Hebdo* beschleunigt den Ausbau des Überwachungsstaates. Das Ziel ist ganz klar: Die totale Kontrolle der Bevölkerung und Zerschlagung jeglicher Widerstandsstrukturen im Keim.

Für uns als AnarchistInnen ist die Situation damit nicht gerade einfacher geworden. Wir wollen kein Teil einer nationalen Einheit sein wollen und auch keine kapitalistische Vertreterrepublik. Wir sind gegen jeden religiösen Zwang und gegen jede Barbarei. Wir sind für eine Welt der Solidarität und des gegenseitigen Respekts. Wir sind für Frieden, Freude und Crêpes und setzen uns dafür ein!

aus Paris
Maurice Schuhmann & Oskar Wilde

Es war einmal ein Land...

...wo Fremde nur schwer hineinkamen. Meistens wurden sie als Arbeitskräfte angeheuert. Eines Tages dachten die UreinwohnerInnen, dass sie das Volk seien und durchbrachen eine Mauer und Stacheldrähte, weil sie doch auch mal frei sein wollten und dadurch fast überall hinreisen konnten. Aber als sie feststellten, dass nicht nur die Bananen herüber kamen, sondern auch noch die Ausgebeuteten aus vielen Ländern, die hier Zuflucht suchten, da war der Spaß vorbei. Und sogleich bemerkten diese ZweibeinerInnen, dass man mit Feuer und Hakenkreuz diesen Zuzug verhindern konnte. Dass ihnen damals die Politik mal wieder Recht gab und die Asylgesetze verschärften, bestätigte nur ihre Meinung, dass sie im Recht seien. Auch nach über 25 Jahren konnten sich einige daran erinnern und dachten sich, dass sie das Abendland wieder mal retten müssten. Dass solche Subjekte auch im Rest der Republik vorkommen ist leider selbstverständlich. Aber wo eine moderne allgemeine Bildung nur rudimentär vorhanden ist, sollte man nicht erwarten, dass mit diesen eine freidenkende Gesellschaft aufzubauen wäre. Bestärkt wurden sie wieder einmal durch „Seriöse" wie etwa Volker Kauder oder SpitzenvertreterInnen aus der CSU. Aber für solche BrandstifterInnen und ihre Biederleute könnte man doch einfach die Zeit ein bisschen zurückdrehen. Wir geben ihnen ein hübsches Fleckchen Erde, um das wir dann eine Mauer mit vielen Stachelzäunen bauen, sodass sie sich sicher fühlen können von keinem Ausländer, Flüchtling oder Immigranten bedroht zu werden. Das Land können sie dann auch AFD nennen - (Ausländerfreies Deutschland). Außen rum bauen wir dann schöne Aussichtstürme damit der Rest der Republik auch mal schauen kann wie so eine reine Rasse sich national gebärden kann. Und wenn sie mal Hunger haben, werfen wir ihnen die Bananen einfach rüber. Dann hätte der Rest der Menschheit seine Ruhe und könnte die vielfältige Kultur in unseren Lande freier genießen als es momentan möglich ist. Falls dann noch andere FanatikerInnen auftreten, die etwa irgendeine Religion verteidigen wollen, können wir ja diese zusammenführen.

Markus Bauer

Kick it like Pauli

Über Fußball als Kult



In den Farben getrennt, in der Sache vereint – Fahnen von verschiedenen Istanbuler Fußballclubs bei sozialen Protesten

Ja, es ist wahr: Seit der Antike sollen Brot und Spiele die unglückliche Menschheit bei Laune halten. Während römische Plebejer es noch spaßig fanden, Gladiatoren zuzusehen, wie sie sich gegenseitig zerhackten, oder wie Gefangene von wilden Tieren zerrissen wurden (der pure Sadismus also), dreht es sich heute vor allem um einen scheinbar harmlosen Ball aus Kunststoff oder Leder, der über eine Linie in ein Tor getreten oder geköpft werden soll. Doch niemand sollte sich täuschen: Nicht zufällig ähneln die römischen Arenen den neuen Fußballstadien, und beide verschlucken sie riesige Menschenmassen. Und ebenso wenig zufällig umarmen Staatsoberhäupter jedweder Couleur als selbststilisierte Mütter und Väter der „Nation" „unser aller Mannschaft" und sonnen sich im Glanz der Sieger – wie einst die Cäsaren. Diese durch Sport und besonders Fußball erzeugte Illusion eines „Wir" ist wirksamer Kitt jeder Herrschaft, dabei geht es den Mächtigen doch sonst vor allem um ein übles Treten nach unten und Pressing der Reichtümer nach oben. Fußball ist eine der wirkmächtigsten Religionen des Planeten. Der Junge in einem Flüchtlingscamp im Sudan oder Syrien, der gegen einen Knäuel Lumpen tritt und von der Weltmeisterschaft träumt, glaubt genauso daran wie der Junge, der von seinen profilneurotischen reichen Eltern in eine Fußballschule gesteckt wird und sich so Anerkennung und Liebe erhofft. Um diesen Fußball herum gedeiht das Gegenteil von selbständigem, freiem Denken: Man schaue sich nur die oft besoffenen Männerbünde an, meist nur für Nachmittage und Abende geschlossen, deren höchsten Glück es scheint, den „anderen" ordentlich „eins in die Fresse zu hauen". Hier fühlt Mann sich noch als Mann. Dennoch ist dieses Machogehabe beinahe harmlos, verglichen jedenfalls mit dem, was die Bosse mit dem Fußball anstellen. Soccer ist heute das Opium fürs Volk – und der Gebrauch daher genauso schmutzig wie der Griff nach den Mohnfeldern Afghanistans: Bei der WM in Brasilien 2014: Vertreibung und Umsiedlung zehntausender Familien, WM 1978 Argentinien: Vertuschung der bestialischen Folter und unzähligen Morde der Militärs, WM-Qualifikation 1969 aus Anlass eines verlorenen Spiels: „Fußballkrieg" zwischen Honduras und El Salvador mit über 2000 Toten. Die Liste ließe sich endlos fortführen. Und dann ist da das tägliche Geschäft. Der weltweite Fußballverband Fifa entblödete sich nicht, die WM 2022 an den Bewerber mit den höchsten Schmiergeldern zu verschachern, nämlich an die Golfautokratie Katar. Offensichtlich machen sich auch hier die Reichen und Großen daran, die Kleinen zu fressen. Zu sehen auch am Aufkauf von Profivereinen in den letzten fünfzehn Jahren: Der Emir Al Thani (aus Katar) investierte 95 Millionen Euro in den FC Malaga, Roman A. Abramovic 140 Millionen Pfund für den FC Chelsea, Malcom Glazer kaufte Manchester United für 790 Millionen Pfund, und Dietmar Hopp baute seiner TSG 1899 Hoffenheim immerhin ein hübsches Stadion (unter anderem).

Kleine Jungs übertrumpfen sich mit Top-As-Autokarten, große Jungs mit Top-Fußballvereinen.

Der Konzern Red Bull, dessen Fußballliebe ebenso unappetitlich wirkt wie sein klebriges Getränk, ist Eigentümer des achtfachen österreichischen Meisters Red Bull Salzburg, dazu gehören ihm New York Red Bull, Red Bull Brasil und Red Bull Ghana. Auch RB Leipzig wurde von Red Bull 2009 am Reißbrett entworfen, und zwar ohne die sonst in Deutschland überall vorhandene Stimmberechtigung von Mitgliedern!! Und gespielt wird immer noch mit Bällen, die unter erbärmlichen Bedingungen in Pakistan und China gefertigt werden. – Leute, kauft Fairtradebälle wie „Derbystar"! Capitalism kills.

All dies ist grotesk, aber eben leider wahr. Und doch lässt sich gerade beim Fußball auch völlig Gegensätzliches finden. Denn der Vergleich stimmt auch in die andere Richtung: Fußball wie Religion ist an und für sich weder gut noch schlecht, immerhin ließen Gläubige ihren Göttern wundervolle Tempel errichten oder fertigten Bücher wie das „Book of Kells" an. Vor allem aber hat Religion z.B. John Ball, Thomas Rainsborough, Malcolm X oder Thomas Münzer inspiriert, die für Freiheit und Gleichheit kämpften, labte MystikerInnen und helle Köpfe wie Rabia von Basra oder Meister Eckhart, die, obwohl tief religiös, keiner Fliege etwas zu Leide taten.

Und so geschieht auch Wunderbares im Fußball: Im Sommer 2013 begruben Istanbuler Fanvereine von Besiktas, Galatasaray und Fenerbace ihre jahrzehntelange Feindschaft, und die Besiktas-Fans schützten die Gezi-DemonstrantInnen vor den Übergriffen der Polizei, solidarisierten sich mit einer Basisbewegung, die mehr Mitbestimmung einfordert. Die Staatsmacht reagierte brutal: Während der Unruhen tötete sie landesweit acht und verletzte mehr als 7000 Menschen. Zudem zerrt die Staatsanwaltschaft 35 Mitglieder des linksgerichteten Besiktas-Club Carsi vor Gericht (der Club mit dem umrundeten A im Namen) und wirft ihnen, halb wahnsinnig oder vielleicht doch eher bösartig, die „Vorbereitung eines Staatsputsches" vor.

Was den Anarchismus betrifft, so hatte er auch seinen Verein, sogar einen der ruhmreichsten der Welt (allerdings teilte er sich ihn mit den linksgerichteten katalanischen Nationalisten): Den FC Barcelona. Viele Fans und sogar auch Spieler kämpften 1936 bewaffnet gegen die Franco-Faschisten. Der linke Präsident Josep Sunyol wurde von Falangisten ermordet. Nach Ende des Bürgerkrieges trafen sich Überlebende der bisher größten anarchistischen Bewegung der Geschichte bei den Spielen. Nicht zufällig bereiteten denn auch Barça-Fans dem sich etablierenden Francoregime eine erste Niederlage. In Barcelona wurde Anfang März 1951 wegen Fahrpreiserhöhungen die Straßenbahn boykottiert (die fünfzehn Jahre zuvor noch anarchistisch organisiert war). Niemand fuhr mit den wenigen Bahnen, deren Fahrer nicht streikten, 97 bis 99 Prozent der Fahrgäste blieben aus. In dieser Situation gab es ein Spiel gegen Santander im abgelegenen Stadion Les Corts. Der faschistische Stadtrat hoffte, den Boykott durch kostenlose Straßenbahnen zu brechen. Doch nach dem 2:1 Sieg von Barca liefen die Massen trotz strömenden Regens kilometerweit zu Fuß nach Hause. Eine klatschnasse Ohrfeige für die Diktatur. Schließlich musste die Fahrpreiserhöhung zurückgenommen werden.

Zurück in die Gegenwart: Es sind nicht selten die (echten) Fans, die sich dem Zugriff des grenzenlosen Kapitalismus entziehen. Als Manchester United aufgekauft wurde, gründeten über tausend enttäuschte AnhängerInnen kurzerhand einen neuen Verein, den FC United of Manchester. Auch hierzulande gibt es Vereine wie Roter Stern Leipzig oder Roter Stern Flensburg mit heute Hunderten von aktiven KickerInnen, die sich für Toleranz und Antirassismus einsetzen. Bei den Profis sticht hier St. Pauli heraus. Stellvertretend für vieles, was dessen Fans tun, sei die aktuelle Aktion der Ultras genannt, die Fahrräder und Winterkleider für Flüchtlinge sammelten.

„Nein zu Rassismus" läuft ja auch als Medienkampagne mit Manuel Neuer, Lionel Messi und anderen Halbgöttern und ist von den einzelnen Spielern sicher ehrlich gemeint und wirksam. (Und wenn der DFB endlich Fairtrade-Bälle und -Trikots produzieren lässt, anstatt mit Adidas auszubeuten, dann sing ich sogar ein Loblied auf ihn.) Doch wichtiger scheinen mir die ungezählten Soli-Fußballturniere und Spiele vor Ort. Hier bewegen immer wieder viele etwas selbstorganisiert und gemeinsam: Es wird geplant, gebacken, gesungen, verkauft und natürlich gekickt, am Ende werden durch die Erlöse z.B. Schulen oder Brunnen gebaut. Gelebte Solidarität also, und das weltweit in Hunderttausenden von kleinen und großen sozialen Projekten rund um den Fußball.

Hier zählt wirkliches Miteinander, und wer die Gesänge der irischen Fans nach ihren (irgendwann unvermeidlichen) Niederlagen gehört hat oder die Freude am Millerntor miterlebt, wenn Pauli ein Tor schießt, der oder die weiß, dass ein wirkliches „Wir" sich nicht gegen ein anderes richten muss.

Und rein sportlich gesehen? Ist dieses „Kampfspiel" nun mehr Kampf oder Spiel? Während Kampf und Krampf immer Verlierer zurücklässt, ist Spielen für mich das Schönste an der menschlichen Entwicklung. Auch Fußballspielen! So sollte die „dritte Halbzeit" keine verabredete Massenschlägerei von Hooligans mehr sein, sondern die gemeinsame Party beider Teams und ihrer Freunde mit Luftschlangen, Musik, veganer Sahnetorte. Und dann trotzdem die anderen nicht vergessen, die Fans von Besiktas Istanbul zum Beispiel, die weggesperrt werden sollen, weil sie solidarisch waren.

Oliver Steinke

A Touch Of Sin

Ein poetisches und systemkritisch-düsteres Sozialdrama aus China

A Touch Of Sin
China, Japan
2013
Originaltitel: *Tian Zhu Ding*
Regie: Jia Zhang-Ke
DVD: Rapid Eye Movies/Alive



Eine einsame Bergstraße in der chinesischen Provinz. Eine Gruppe Jugendlicher hält einen Mopedfahrer an, um ihn auszurauben. Dieser holt einen Revolver heraus und erschießt sie. Es ist die völlige Ruhe und Beiläufigkeit dieser Szene, die berührt und den Ton vorgibt für Jia Zhang-Kes Sozialdrama „A Touch Of Sin", in dem er vier Lebensgeschichten kunstvoll miteinander verknüpft und so einen ungeschminkten Einblick in das heutige China gewährt.

Die VerliererInnen von Chinas Wandel

Weiter die Bergstraße entlang liegt ein Dorf. Hier lebt der Minenarbeiter Dahai, der seiner Unzufriedenheit laut Luft macht. Der Bürgermeister hat das Kollektivvermögen verscherbelt, aus den Versprechungen des Minenbesitzers wurde nichts, und während dieser im Luxus schwelgt, ist die Situation der Arbeiter erbärmlich. In einer visuellen Allegorie sehen wir ein Pferd, das von seinem Besitzer, einem Bauern, grausam geschunden, misshandelt und auf die Knie gezwungen wird. Vergeblich versucht Dahai, Beschwerden nach Peking zu schicken. Er schreit, klagt die Neumillionäre an und wird von deren Handlangern mit einer Schaufel halb totgeschlagen. Dahai greift zum Gewehr und begibt sich auf seinen – in hypnotischer Ruhe gefilmten – blutigen Pfad der Rache. Als letzten Akt erschießt er den Bauern, der das Pferd misshandelte. Dahai lächelt, während das Pferd frei dahingaloppiert.

Als nächstes wird die Geschichte des Mopedfahrers vom Anfang wieder aufgegriffen, der sich als frustrierter Wanderarbeiter Zhou San herausstellt. Kurzzeitig kehrt er zu seiner Familie ins Bergdorf zurück; was er tut, um an Geld zu kommen, verrät er nicht. Bedrückende Enge und Hoffnungslosigkeit wird in ruhigen Einstellungen verdeutlicht und damit fast schon körperlich spürbar. Hier will niemand leben. So will niemand leben. Zhou San macht sich wieder auf, um zu arbeiten: Maskiert und völlig ungerührt erschießt er in der Glitzerwelt des Konsums ein reiches Pärchen.

Xiao Yu, die Protagonistin der dritten Geschichte, hat ein Verhältnis mit einem verheirateten Mann, spürt aber seine Zurückhaltung. Als sie sich als Rezeptionistin in einem Sauna-Club ein neues Leben aufbauen will, wird sie von einem reichen Gast gedemütigt und sexuell belästigt. Auch sie setzt sich blutig zur Wehr, und auch hier gibt es einen bizarr anmutenden Moment der Freiheit, in dem die bittere Realität ausgeklammert wird, als Xiao Yu vor Schlägern ins Zelt einer Wahrsagerin und Schlangenbeschwörerin flüchtet. Die hässliche, blutige Realität bleibt draußen.

Die letzte Geschichte handelt von dem jungen Arbeiter Xiao Hui, dessen Chef ihm die Folgen eines Arbeitsunfalls eines seiner Kollegen aufbürden will. Xiao Hui nimmt daraufhin einen anderen Job an, in einer anderen Stadt, in einem Themenbordell für reiche Kunden aus aller Welt. Die poetische, fast schon surreale Szene, in der Xiao Hui und die Prostituierte, in die er sich verliebt hat, einer Handvoll Goldfische in einem Fluss die Freiheit wiedergeben, steht in krassem Gegensatz zur vom Film gezeichneten Realität der Figuren. Als Xiao erkennt, dass es keine Hoffnung auf eine Besserung seiner Lebensumstände gibt, reagiert auch er drastisch und blutig.

Der Kreis schließt sich, als Xiao Yu, die ehemalige Sauna-Rezeptionistin, in Dahais Dorf einen neuen Job annimmt. Sie ist davongekommen, und mehr noch: Sie hat ihre Würde wiedererlangt.

Nicht von ungefähr ist der Titel eine Hommage an King Hus Martial-Arts-Klassiker „A Touch Of Zen". Auch bei Zia Zhang-Ke ist der Kampf des Individuums gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Korruption ein zentrales Thema, das mit brutaler Gewalt gelöst wird, „A Touch Of Sin" somit eine moderne Variante des Wuxia-Films. Andererseits ist der Film aber auch eine langsam erzählte poetische Studie über hemmungslose Gier, menschliche Verkommenheit, Korruption und schmutzige Gewalt, traurig und zugleich schön erzählt und ohne falsche Betroffenheit oder aufgesetzte Empörung in hypnotischer Ruhe inszeniert.

Der Film ist in China verboten. Was nicht weiter verwundert, wie jede*r, der oder die ihn gesehen hat, hinzufügen würde.

Karin Hoog

3. Anarchistische Buchmesse Mannheim

vom 24. bis 26. April 2015

Wie 2011 und 2013 wird es in Mannheim vom 24. bis 26. April 2015 wieder eine anarchistische Buchmesse geben, die von der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM) veranstaltet wird.

„Die aktuelle Situation in der Welt zeigt, dass Alternativen zum Kapitalismus und anderen autoritären Systemen dringend nötig sind. Der Anarchismus mit seinem herrschaftsfreien Anspruch kann diese Alternativen bieten", so das Pressereferat der AGM.

Über zwanzig libertäre und anarchistische Verlage und Aussteller*innen werden auf der Buchmesse präsent sein, die durch ein umfangreiches Begleitprogramm vervollständigt wird. Über zwanzig Lesungen, Vorträge und Diskussionen zu den unterschiedlichsten Themen sowie Kabarett- und Musikveranstaltungen werden angeboten.

„Buchmesse und Begleitprogramm zeichnen sich durch libertäre Vielfalt und Pluralismus aus. Und wir wollen mit der Messe dazu beitragen, ein anarchistisches Kulturleben in der Region aufzubauen. Die positiven Rückmeldungen 2011 und 2013 bestätigen uns", stellt das Pressereferat fest.

Die Buchmesse findet im Jugendkulturzentrum Forum statt, das barrierefrei erreichbar ist. Auch für das leibliche Wohl ist gesorgt: Ein Küchenkollektiv bekocht die Besucher*innen, das Café ist geöffnet. Der Eintritt ist natürlich frei. Die Veranstalter*innen verfolgen kein kommerzielles Interesse.

Weitere Informationen zum Programm, zur Schlafplatzbörse oder der Wegbeschreibung auf unserer Homepage:
www.buchmessemannheim.blogsport.de

Anarchistischen Gruppe Mannheim

Die langsame Revolution

Bejahte Vielfalt in einem Band

„Das Problem ist, wenn gesellschaftliche Verhältnisse Leute in Positionen rücken, wo sie sich wichtigmachen können, ohne irgendwas zu sagen zu haben oder je nach ihrer Meinung gefragt worden zu sein." (Gabriel Kuhn)

Soziale Bewegungsmenschen haben uns viel zu sagen. Anders als die hier treffend beschriebenen institutionalisierten Autoritäten. Statt der gleichförmigen Sprechblasen vermitteln sie tiefe Einsichten. Bunt, voller Lebendigkeit. Innehalten? – Ja! Zweifeln? – Ja! Fragen? – Ja! Doch niemals resignierend! Was sie antreibt? – Das menschliche Bedürfnis nach Freiheit, der Drang nach sozialer Gerechtigkeit.

Aus Wut wird Energie

Ihre oft anfängliche Wut wurde zur Energie. Zur treibenden Kraft, die Dinge nicht länger einfach nur hinzunehmen, sondern sich einzumischen. Das erfordert auch Mut. Denn staatliche Repression hat viele Facetten. Das wird nicht zuletzt hier deutlich.

Bernd Drücke und andere haben eine ganze Reihe dieser Bewegungsmenschen interviewt. Nicht mit distanzierten Fragen, sondern unter Einbringung der eigenen Person, eigener Standpunkte. Bisweilen auch provokant, unbequem, kritisch hinterfragend. Darin liegt die Besonderheit, das macht dieses Buch erst so lebendig.

Zu Wort kommen darin die Öko-Aktivistin Franziska Wittig, die feministische Bloggerin Antje Schrupp, die französische Kletteraktivistin Cécile Lecomte, der Liedermacher Konstantin Wecker, der Comiczeichner Gerhard Seyfried, die Zeichnerin Ziska Riemann, der emeritierte Politikprofessor Wolf-Dieter Narr, der russische Anarchismusforscher Vadim Damier, der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Rüddenklau, der Verleger Jochen Schmück, der Umweltaktivist und Arzt Michael Wilk, der Projektanarchist Bernd Elsner, die Soziologen Luz Kerkeling und Bernd Drücke sowie die österreichischen Anarchisten Gabriel Kuhn und Sebastian Kalicha.

Ja! Anarchismus

„Anarchismus Hoch 2" knüpft nahtlos an den 2006 ebenfalls vom Graswurzelrevolution-Redakteur im *Karin Kramer Verlag* herausgegebenen Interviewband „Ja! Anarchismus" an, dessen Titel zum Credo so mancher LeserIn geworden sein dürfte. Dies gilt nicht weniger für den aktuellen Band. Denn die Idee wirkt immer wieder ansteckend.

Selbstermächtigung, das Ringen um Würde, gelebte Solidarität – das sind zentrale Stichworte jener oft geschmähten Bewegung, die das logischste, machbarste und lebensbejahendste Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verwirklichen sucht. Und, nebenher bemerkt: Auch das ökologisch verträglichste!

Stete Erneuerung

Umwelt, Antimilitarismus, Feminismus, Wissenschaft und Kultur sind einige der großen Themenfelder, denen sich der Anarchismus als Bewegung mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive zuwendet. Sie alle finden ihre Entsprechung in diesem Band. Gemessen daran rückt hier allein der betriebliche Ansatz doch sehr in den Hintergrund. Das tut der Sache zwar keinen Abbruch, schmälert nicht den Gewinn, mit dem die einzelnen Interviews zu lesen sind. Und dennoch gäbe es auch hierzu einiges zu sagen. Erst recht, wenn in einem solchen Interview auch das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Erneuerung im Anarchosyndikalismus etwas näher beleuchtet werden würde.

„Anarchismus Hoch 2" fokussiert klar auf die Gegenwart des Anarchismus. Hierin liegt seine Stärke. Denn genau darum geht es: Traditionen mögen als positiver Bezugspunkt wichtig sein. Am Ende kommt es jedoch darauf an, sich zu jeder Zeit den jeweiligen Realitäten zu stellen, zeitgemäße Antworten zu finden. Sich zu öffnen, offen zu bleiben. Nur auf diese Weise kann Anarchismus attraktiv werden, wird er künftig mehr Menschen erreichen und begeistern, als das gegenwärtig noch der Fall ist. Denn die Grundidee ist gut. Aber sie allein reicht eben nicht. Es bedarf authentischer, nicht zuletzt auch sympathischer TrägerInnen.

Zuversicht und Hoffnung

Nichts wirkt bei den Interviewten aufgesetzt. Denn die Antworten sind nicht allein Ausdruck des eigenen Engagements, sondern auch persönlicher Identität. Sie alle machen deutlich: Menschen haben oft eine Wahl. Es gilt nur, sich bewusst zu entscheiden. Ängste, Fehler, Zweifel werden dabei ebenso wenig ausgespart wie Zuversicht, Liebe und Hoffnung.

Eine dieser Hoffnungen ist besonders zu unterstreichen, denn sie hat die heutige Realität der Bewegung klar im Blick: „Ich möchte noch sehen, wie bei uns die mächtigen, realen Bewegungen entstehen, die die soziale Situation in meinem Land ändern werden." (Vadim Damier) Dafür gilt es heute zu wirken! Denn: „Man macht eine Revolution nicht für sich selbst, sondern für die Leute und mit den Leuten des Landes." (Wolfgang Rüddenklau) Dazu müssen wir die Menschen jedoch erst erreichen, dann gewinnen. Dieses Buch vermag einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten.

Anarr

Bernd Drücke (Hg.):
Anarchismus Hoch 2. Soziale Bewegung, Utopie, Realität, Zukunft. Interviews und Gespräche.
Karin Kramer Verlag, Berlin 2014
240 Seiten, 24 Abbildungen,
18 Euro
ISBN 978-3-87956-375-3



Italiens Krisengewinner

CasaPound Italia – Mussolinis Erben

Während man sich hierzulande mit den Dumpfbacken von PEGIDA, NPD, Elsässer und Co. herumschlagen muss, sehen sich die AntifaschistInnen Italiens mit einer ganz anderen Herausforderung konfrontiert, die es in sich hat: Die junge, rechte Strömung CasaPound Italia ist laut Autor Heiko Koch nicht nur ein unverstaubter Propagandist des Faschismus. Sie lebt ihn bereits. Das ist auch an der deutschen Rechten nicht vorbei gegangen. Und so pilgern sie seit Jahren nicht nur gen Süden, um Urlaub zu machen.

Die wirtschaftliche und politische Krise Italiens hat es möglich gemacht: Die Kritik an einem vermeintlich schwachen Staat, der „sein Volk" nicht mehr ausreichend vor „Überfremdung" und „Fremdbestimmung" zu schützen weiß, findet zunehmend Anhang. Im Windschatten der alten, etablierten rechten Strukturen ist es der CasaPound gelungen, ein umfassendes Kulturprogramm auf die Beine zu stellen und somit, gleich einem trojanischen Pferd, in die Mitte der Gesellschaft vorzustoßen. 2003 besetzten Mitglieder verschiedener rechtsradikaler Gruppierungen ein leerstehendes Mietshaus in der Via Napoleone III in Rom und benannten es und sich nach dem amerikanischen Schriftsteller und Mussolini-Bewunderer Ezra Pound. In den Folgejahren wurden in insgesamt 30 Städten 50 Büros eingerichtet, man besitzt eine eigene, täglich zu hörende Radiosendung, mehrere Rechts-Rockbands zählt man zu den eigenen Reihen. Allein in Rom existieren zehn Niederlassungen, eine eigene Buchhandlung, ein Restaurant, ein Modeladen und vier besetzte Zentren, so genannte „Centri soziale di destra". Ferner gibt es mehrere eigene Sportvereine und ein eigenes Theater, auf dessen Bühne ausschließlich Mitglieder der CasaPound agieren dürfen.

Selbst eine Gewerkschaft, die BLU (Blocco del Lavoratori Unitario), nennen sie ihr Eigen. Wobei diese wohl hauptsächlich im Internet existiert. „Sie tritt meist fernab der anderen Gewerkschaften und isoliert an die Öffentlichkeit. Es gilt im öffentlichen Raum eine faschistische und korporatistische Note zu setzen und zu versuchen, mit seinen Argumenten einen Fuß in die Tür der realen Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz zu bekommen." (Heiko Koch, S. 71)

SchülerInnen und Studierende werden frühzeitig in der „blocco studentesco" organisiert. 2009 nahmen diese an Wahlen in Rom teil, bekamen 11.000 Stimmen (28 Prozent der Stimmabgaben) und damit 100 Sitze im Schülerparlament. Sie protestierten gegen Kürzungen im Bildungssektor, Schließungen pädagogischer Einrichtungen, Entlassungen von Lehrkräften, die Eigenbeteiligung beim Erwerb von Lehrbüchern und allgemein gegen die Privatisierung des italienischen Bildungssektors.

Und seit 2013 tritt CasaPound auch als Partei zu Wahlen an. Zurzeit kooperiert sie mit der immer weiter nach rechts außen marschierenden Lega Nord.

Querfrontstrategie

In der Gewinnung neuer MitstreiterInnen leistet ihnen auch die Vereinnahmung linker Kultursymbole ganze Dienste. Konterfeis vom Sub Marcos und Che Guevara finden sich ebenso auf CPI-Plakaten wie die von Proudhon und Pasolini. Links und rechts werden im Erscheinungsbild, teilweise aber auch in der politischen Themensetzung, vermischt, so dass für viele Außenstehende der tiefrechte Kern der Bewegung nur schwer auszumachen ist. Das ist laut Autor Heiko Koch durchaus beabsichtigt. Man verfolgt eine Querfrontstrategie, verzichtet medienbewusst auf einen „alten brachialen Stiefelfaschismus" und lehnt sich in dem Gebaren, kulturelle Hegemonie zu erlangen, an den linken Theoretiker Gramsci an. „Sich als neu, unabhängig, jenseits der bekannten Kategorien rechts und links, auszugeben, ist pure Rhetorik der Neuen Rechten …" (Heiko Koch, S. 26).

Das Programm ist tatsächlich stramm rechts: Die „Feinde des Volkes", so die CPI, und damit die Feinde der CasaPound sind vornehmlich „Moderne" und „Globalisierung". Einwanderer und Finanzspekulanten würden auf Kosten der Nation ihr Unwesen treiben. Oberflächlich und nur vermeintlich revolutionär übt sich CasaPound in der Kritik der kapitalistischen Zustände. Denn abschaffen möchte man überhaupt nichts, nur das Eine oder Andere korrigieren. Schuld am vermeintlichen Niedergang der Nation ist wieder mal, und da sind sie dann doch wieder an ein paar verwirrte linke Position anschlussfähig, das Finanzkapital, das der Hebel einer mächtigen Elite sei, vornehmlich jüdischer WeltverschwörerInnen, Wallstreet und Freimaurerei. So sei auch die aktuelle Wirtschaftskrise nur ein „Komplott der Hochfinanz".

National-revolutionäre Syndikalisten

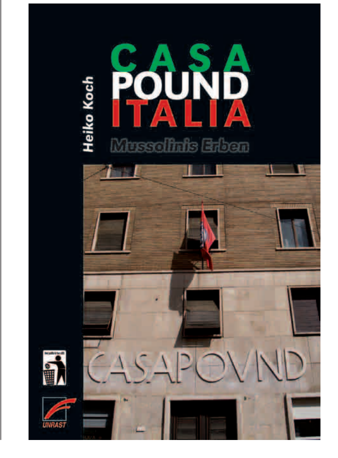
„Bei der Synthese nationalistischer, royalistischer, klerikaler und syndikalistischer Kreise und Diskurse aus der Entstehungszeit der faschistischen Ideologie wird die Rolle syndikalistischer und anarchistischer Renegaten stark betont. Vor allem die syndikalistischen Vorreiter wie Georges Sorel und der „Circle Proudhon" finden immer wieder Erwähnung." (Heiko Koch, S. 135)

Im Februar 2010 besetzten CPI-Mitglieder symbolisch das FIAT-Center in Rom und protestierten gegen die geplante Umstrukturierung sowie Produktionsverlagerungen ins Ausland.

Der Autor Heiko Koch, Mitbegründer und Autor verschiedener antifaschistischer Zeitungen, lebte selbst länger in Italien und hat sich ein umfassendes Bild der rechten Strukturen vor Ort machen können. Seine hier vorgelegte Recherche der CasaPound ist enorm aufschlussreich und hervorragend recherchiert. Lediglich bei der Ursachenforschung hätte Koch meines Erachtens tiefer gehen können.

Minou Lefebre

Heiko Koch:
Casa Pound Italia. Mussolinis Erben.
unrast Verlag, Münster 2013
13 Euro
ISBN 978-3-89771-536-3



Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Wenn die Maske der Politik fällt…

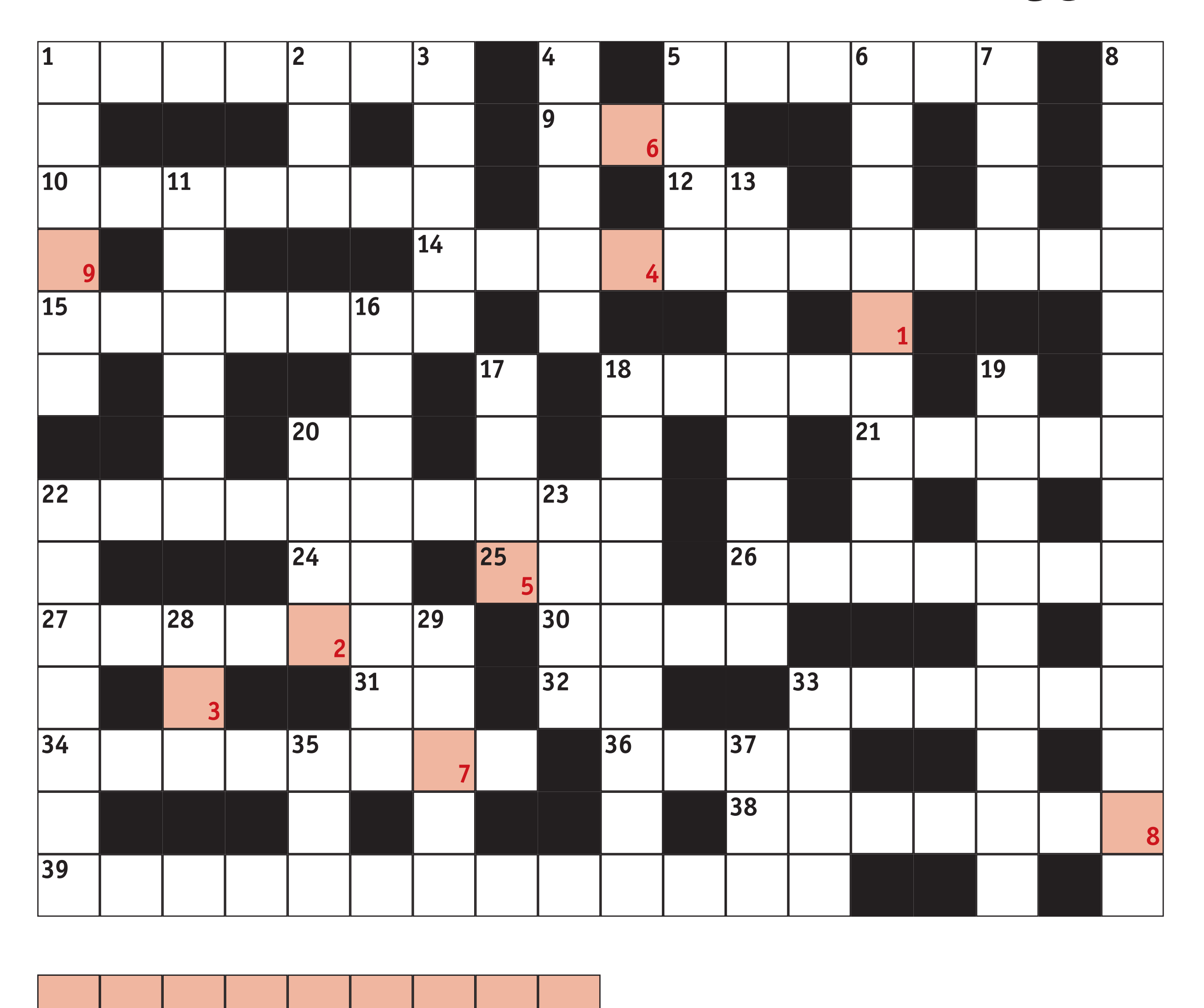
Des letzten Rätsels Lösung: Migration







Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 93



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Waagerecht

1. lebhaft, unruhig 5. falscher Weg, falsche Anschauung 9. eine Software zur Bewältigung großer E-Mail-Mengen in Unternehmen <Abk.> 10. das Einziehen von Geldforderungen, womit viel Schindluder getrieben wird 12. Kfz-Kennzeichen für Miesbach 14. bei diversen sozialen Missständen gibt es statistisch nicht erfasste Fälle 15. adieu, auf Wiedersehen <ugs.> 18. Laubbaum 20. eine Maßeinheit der Fläche <Abk.> 21. vergangen, verloren, vorbei 22. antiimperialistische Losung aus Lateinamerika, „Wir werden siegen“ <span.> 24. engl. Abkürzung für „zum Beispiel“ 25. außerparlamentarische Opposition <Abk.> 26. scheinbarer Schmerz in einem amputierten Glied: ˜schmerz 27. viele Schifffahrtsgesellschaften fahren unter der Flagge dieses Landes, was vor allem an den niedrigen Kosten (nur Registrierungsgebühren, keine Steuern) und der Verschwiegenheit der Behörden liegt; dadurch hat das kleine Land die zweitgrößte Flotte der Welt 30. deutsche „Artrock“-Band (1969 gegründet), deren Texte viele politische und gesellschaftliche Aussagen enthalten 31. Kfz-Kennzeichen für Landsberg am Lech 32. ein optisches Speichermedium <Abk.> 33. franz. Dichter, Schriftsteller und Theoretiker des Surrealismus, der diesen „im schwarzen Spiegel des Anarchismus“ fand, Vorname: André 34. einzig, unwiederholbar 36. beim Dachverband der Europäischen Fußballverbände <Abk.> lassen die nächsten schweren Korruptionsvorwürfe bestimmt nicht lange auf sich warten 38. Steueroase und Zwergstaat in den Pyrenäen 39. siehe Senkrecht 22 <Um-die-Ecke-Wort!>

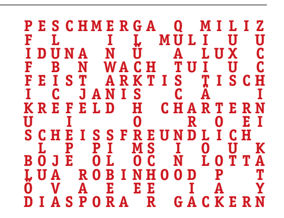
Senkrecht

1. ein Kernobstbaum und seine Frucht 2. Lotterieschein 3. alter Spruch der Wobblies: Direct action gets the ˜ 4. Ballade aus Brechts „Dreigroschenoper“: Die Seeräuber-˜ 5. Biene 6. Nachschlagewerk im Internet, das jede BenutzerIn ändern oder durch neue Artikel ergänzen kann 7. „Generation ˜“: Titel eines Buches von Florian Illies, das die tendenziell „unpolitischen“ Jahrgänge beschreibt, die in den 1980ern in der BRD aufwuchsen 8. schwer nachvollziehbares Detailspiel im Bundestagswahlrecht (Stichwort: negatives Stimmgewicht) 11. Fußball spielen <ugs.> 13. Bündnis aus mehreren Organisationen, das das Tagesgeschäft der Europäischen Zentralbank stören und gegen die europäische Finanzpolitik protestieren will 16. Vorsitzender der brit. Bergarbeitergewerkschaft NUM während des Bergarbeiterstreiks 1984-85 und geliebtes Hassobjekt der Thatcher-treuen Presse, Vorname: Arthur 17. Oberbegriff für eine Reihe von Bevölkerungsgruppen, die manchmal abwertend „Zigeuner“ genannt werden 18. Zahlung von Beamtengehalt, Dienstbezüge 19. Sturm der Entrüstung in einem Internet-Medium, der zum Teil mit beleidigenden Äußerungen einhergeht <engl.> 20. Unmenge, große Zahl <militär. Bild> 22. guter alter internationalistischer Begriff (leider etwas völkisch vorgeprägt) im Sinne der Verbrüderung und des Einander-Begreifens <Um-die-Ecke-Wort> 23. Kartell Erdöl exportierender Länder <Abk.> 28. Zusatz in arabischen und hebräischen Namen: Sohn, von 29. Außerirdischer 33. ängstlich 35. progressive Gesellenvereinigung, die auch Frauen aufnimmt; Mitglieder arbeiten in verschiedenen sozialen und gemeinnützigen Projekten mit: ˜ und Kelle 37. begeisterte AnhängerIn <engl.>

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main).

Gewinner#227: Jörn Z. aus Neubrandenburg

Auflösung # 92



DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt/Main

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 229: 3. April 2015